

16 Jahre Die Linke im Hessischen Landtag

Bilanz und Ausblick

Die Linke

Fraktion im
Hessischen Landtag

Impressum

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Alle Fotos mit freundlicher Genehmigung der Fotograf*innen,
herzlichen Dank insbesondere an Tim Dreyer, Hanna Hoefl, Jas-
min Romfeld, Sebastian Scholl und Dietmar Treber. In Gedenken
an Bernd Schmid.

Redaktion: Xenia Jakel, Sebastian Scholl u.a.

V.i.S.d.P. Jan Schalauske, Elisabeth Kula

linksfraktion-hessen.de

**16 Jahre DIE LINKE
im Hessischen Landtag**
Bilanz und Ausblick

Grußwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Ergebnis der Landtagswahl vom 8. Oktober wird DIE LINKE. im 21. Hessischen Landtag nicht mehr vertreten sein. Das ist mehr als schmerzlich. Dennoch blicken wir durchaus selbstbewusst auf 16 Jahre politische Arbeit im Landtag zurück, in denen DIE LINKE Spuren in der Landespolitik hinterlassen hat, auf die wir auch stolz sein können.

Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben und die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter wäre nicht aufgearbeitet worden. Ohne den Druck der LINKEN wäre kein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden, der die Rolle hessischer Behörden und Politiker*innen im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex beleuchtet hat. Auch die Einsetzung der Untersuchungsausschüsse zum Terroranschlag von Hanau und zur Ermordung von Walter Lübcke ist von der LINKEN wesentlich mit vorangebracht worden.

Ob im Kampf gegen die Rodung des Dannenröder Waldes und den Weiterbau der A 49 oder gegen den ungezügelter Ausbau des Frankfurter Flughafens war DIE LINKE die einzige Landtagsfraktion, die die Interessen der betroffenen Bürgerinitiativen und der kritischen Zivilgesellschaft zur Sprache gebracht hat.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat unsere Fraktion ein Gutachten vorgelegt, wie das privatisierte Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) wieder in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden kann.

Viele Forderungen, die DIE LINKE als erste in den Landtag eingebracht hat, wurden später zumindest teilweise umgesetzt – auch auf Druck von Initiativen und Gewerkschaften. Beispiele: Einführung Gehörlosen- und Taubblindengeld, hauptamtliche Kinderrechts- und Behindertenbeauftragte, Koordinierungsstelle zur Istanbul-Konvention, Sicherung der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte.

DIE LINKE hat sich immer gegen die Verschärfung des Asylrechts und gegen Abschiebungen eingesetzt. Durch unsere Arbeit im Petitionsausschuss und in Solidaritätskomitees konnten wir einzelne Abschiebungen verhindern und Bleiberechtsregelungen erwirken.

DIE LINKE. im Hessischen Landtag hat in den 16 Jahren viel Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Friedensbewegung, Mieterbündnissen sowie Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen sowie außerparlamentarischen Bewegungen gelegt.

Selbstverständlich passen nicht sechzehn Jahre und alle Themen in dieses Heft. Diese Broschüre kann und soll keine abschließende Bilanz sein, sondern einen kleinen Überblick über unser Wirken innerhalb und außerhalb des Parlaments geben.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, mit denen wir in den letzten Jahren zusammengearbeitet haben und die uns unterstützt haben. Unser Kampf für eine gerechte Gesellschaft geht weiter – erstmal ausschließlich außerparlamentarisch.

Wir bleiben aber zuversichtlich, dass in nicht allzu ferner Zukunft wieder Menschen im Landtag Platz nehmen werden, für die der Grundsatz der Hessischen Verfassung, wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfs dient (Art. 38 HV), ebenso die zentrale Richtschnur des politischen Handelns ist, wie er es für uns gewesen ist. Wir haben nicht weniger als eine Welt zu gewinnen.

Herzliche Grüße

Für die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag

Elisabeth Kula & Jan Schalauske

Im Dezember 2023

Personen

Seite 6

Im Landtag

Seite 18

In Aktion

Seite 86

Ausblick

Seite 109





Personen



Elisabeth Kula

Mitglied des Hessischen Landtages 2019 – 2024
Fraktionsvorsitzende 2021 – 2024

Zur Person:

- Jahrgang: 1990
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Wiesbaden
- Beruf: Politikwissenschaftlerin

Politische Vita:

- Mitglied im Landesvorstand der LINKEN Hessen
- Mitglied der IG Metall
- Mitglied der linksjugend ['solid]
- von 2012 bis 2018 aktiv bei Die Linke.SDS

Sprecherin für:

- Bildung,
- Schulpolitik,
- Jugend,
- Kultur,
- Forschung,
- Wissenschaft und Kunst

Mitglied in den Ausschüssen:

- Mitglied im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA)
- Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA).



Jan Schalauske

Mitglied des Hessischen Landtages 2017 – 2024
Fraktionsvorsitzender 2021 – 2024

Zur Person:

- Jahrgang: 1980
- Familienstand: verheiratet, zwei Kinder
- Wohnort: Marburg
- Beruf: Politikwissenschaftler

Politische Vita

- Politisiert aus Enttäuschung über die Politik der SPD-Grünen Bundesregierung ab 1998
- Ab 1999 aktiv im Jugendverband ['solid] – die sozialistische Jugend
- 2007 beteiligt an der Gründung des Studierendenverbandes die linke.SDS
- Ab 2005 Mitglied der Partei DIE LINKE.
- 2009-2013 Kreisvorsitzender DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf
- 2014-2022 Landesvorsitzender DIE LINKE. Hessen
- Seit 2011 Stadtverordneter, 2016-2018 Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken
- 2015 OB-Kandidat der Marburger Linken (9,8 Prozent)
- Aktiv in gesellschaftlichen Bündnissen und Bewegungen, Mitglied von ver.di, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, attac, VVN-BdA uvm.

Sprecher für Europapolitik, Friedenspolitik, Finanzpolitik, Haushaltspolitik

Mitgliedschaften:

- 2017-2018 Europaausschuss
- 2023-2024 Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
- 2017-2024 Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung
- 2017-2024 Beratendes Mitglied im Landesschuldenausschuss



Axel Gerntke

Mitglied des Hessischen Landtages 2019 – 2024
Parlamentarischer Geschäftsführer 2023 – 2024

Zur Person:

- Jahrgang: 1964
- Familienstand:
- Wohnort: Frankfurt
- Beruf: Jurist, Gewerkschaftssekretär

Politische Vita:

- seit 2014 Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt
- Mitglied der IG Metall

Sprecher für:

- Wirtschaft,
- Arbeitsmarktpolitik,
- Gewerkschaften,
- Verkehr,
- Energie,
- Fremdenverkehr,
- Mittelstand

Mitglied in den Ausschüssen:

- Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA),
- Enquete-Kommission „Mobilität der Zukunft in Hessen 2030“
- sowie im Beirat „Wirtschaft“ der WI-Bank



Ulrich Wilken

Mitglied des Hessischen Landtags 2008 – 2024
Vize-Präsident des Hessischen Landtags

Zur Person:

- Jahrgang: 1958
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Frankfurt am Main
- Beruf: Arbeitswissenschaftler

Politische Vita

- Gründungsmitglied Demokratische Sozialisten (DS), Mitgliedschaft bis zur Auflösung 1990
- 1985 – 1987 Generalsekretär der deutschen Sektion der Christen für den Sozialismus
- 2000 Eintritt in die PDS
- 2001 – 2003 Kreisvorsitzender Frankfurt am Main
- Delegierter zum Gründungskongress (Rom) und 1. regulären Kongress (Athen) der Europäischen Linkspartei
- 2003-2014 Landesvorsitzender DIE LINKE Hessen
- Mitglied bei Ver.di

Sprecher für:

- Medienpolitik,
- Rechtspolitik,
- Datenschutz

Mitglied in den Ausschüssen:

- Hauptausschuss (HAA)
- Rechtsausschuss (RTA)
- Unterausschuss Datenschutz
- Enquetekommission Verfassung
- Ältestenrat
- Präsidium



Heidemarie Scheuch-Paschkewitz

Mitglied des Hessischen Landtages 2019 – 2024

Zur Person:

- Jahrgang: 1959
- Familienstand: verheiratet, drei Kinder
- Wohnort: Schwalmstadt
- Beruf: Sozialpädagogin

Politische Vita:

- Langjährige Aktive in der Anti-AKW- und Friedensbewegung
- 2009-2018 Landesvorsitzende der LINKEN Hessen
- Seit Januar 2019 Abgeordnete des hessischen Landtags

Sprecherin für:

- Umwelt,
- Landwirtschaft,
- Forst und Naturschutz,
- Tierschutz,
- Gentechnologie,
- Verbraucherschutz,
- Kirchen
- Petitionen

Mitglied in den Ausschüssen:

- Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA),
- Petitionsausschuss (PTA),
- Schriftführerin Hessischer Landtag,
- Beirat „Landwirtschaft“ der WI-Bank
- Hessischer Tierschutzbeirat



Christiane Böhm

Mitglied des Hessischen Landtages 2019 – 2024

Zur Person:

- Jahrgang: 1957
- Familienstand: verheiratet
- Wohnort: Trebur
- Beruf: Diplom-Sozialpädagogin

Politische Vita:

- Seit 2011 kommunalpolitisch im Kreistag Groß-Gerau tätig, seit 2016 Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Offenen Liste, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Kreisklinik Groß-Gerau und Aufsichtsratsmitglied AVM Rüsselsheim.
- Seit 1996 in der PDS, jetzt Die Linke, aktuell Landesvorsitzende Hessen und Kreisvorsitzende Groß-Gerau
- Ab 1988 aktiv in der Migrationspolitik
- 1978 Beginn meines politischen Engagements, mehrere Jahre in SDAJ und DKP
- Seit 1978 Mitglied der Gewerkschaft, jetzt ver.di

Sprecherin für:

- Sprecherin für Behindertenpolitik (2019 bis 2022)
- Sprecherin für Familien- und Kinderpolitik (2019 bis 2022)
- Sprecherin für Frauenpolitik (2019 bis 2022)
- Sprecherin für Gesundheitspolitik (2019 bis 2022)
- Sprecherin für Justizvollzug (2019 bis 2022)
- Sprecherin für Sozialpolitik (2019 bis 2022)
- Sprecherin für soziale Teilhabe und psychische Gesundheit seit 01.09.22

Mitglied in den Ausschüssen:

- Stellvertretende Vorsitzende im Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss (2019 bis 2022)
- Unterausschuss Justizvollzug (2019 bis 2022)
- Informationsforum zum Rückbau des AKW Biblis



Torsten Felstehausen

Mitglied des Hessischen Landtages 2019 – 2024
Parlamentarischer Geschäftsführer 2020 – 2023

Zur Person:

- Jahrgang: 1965
- Familienstand: verheiratet
- Wohnort: Kaufungen
- Beruf: Berater beim ver.di Bildungswerk Hessen

Politische Vita:

- 2010 Eintritt DIE LINKE
- 2013 Kreisvorsitzender DIE LINKE Kassel-Land
- 2014 Mitglied Gemeindevertretung Kaufungen
- 2014 Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand DIE LINKE Hessen
- 2019 Mitglied des Hessischen Landtags

Sprecher für:

- Sprecher für Antifaschismus
- Innenpolitik
- Kommunalpolitik
- Sport und Datenschutz

Mitglied in den Ausschüssen:

- Mitglied im Innenausschuss (INA)
- Ausschuss für Digitales und Datenschutz (DDA)
- Lübcke-Untersuchungsausschuss (UNA 20/1)
- Landessportkonferenz



Saadet Sönmez

Mitglied des Hessischen Landtages 2019 – 2024

Zur Person:

- Jahrgang 1972
- Beruf: Diplom-Sozialpädagogin

Politische Vita:

- seit 2008 Mitglied der Partei DIE LINKE
- Mitglied der Gewerkschaft ver.di

Sprecherin für:

- Sprecherin für Europapolitik
- Flüchtlingspolitik
- Migration
- Integration
- Justizvollzug

Mitglied in den Ausschüssen:

- Mitglied im Europaausschuss (EUA)
- Sozial- und integrationspolitischen Ausschuss (SIA)
- Hanau-Untersuchungsausschuss (UNA 20/2),
- Unterausschüsse für Justizvollzug (UJV)
- Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW)
- Integrationsbeirat



Petra Heimer

Mitglied des Hessischen Landtags von 2022 bis 2024

Zur Person:

- Jahrgang: 1962
- Familienstand: verheiratet, 2 Kinder
- Wohnort: Niedernhausen
- Beruf: Erzieherin, Dipl. Psychologin, Mediatorin (MM)

Politische Vita:

- 2008 bis 2016 Mitglied im Vorstand DIE LINKE Rheingau-Taunus, davon 6 Jahre Kreisvorsitzende
- 2010 bis 2022 Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE Hessen davon 4 Jahre stellvertretende Vorsitzende und 4 Jahre Landesvorsitzende
- 2017 bis 2021 Kreistagsabgeordnete im Rheingau-Taunus

Mitglied im Ausschuss:

- Sozial- und integrationspolitischer Ausschuss (SIA)
- Beirat „Freilichtmuseum Hessenpark“



Janine Wissler

Mitglied des Hessischen Landtags 2008 – 2021
Fraktionsvorsitzende 2009 – 2021

Zur Person:

- Jahrgang: 1981
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Frankfurt am Main
- Beruf: Diplom-Politologin

Politische Vita:

- Seit 2021 Parteivorsitzende der LINKEN
- Mitglied bei ver.di
- ab 2001 bei attac aktiv
- von 2001 bis 2004 eine der Sprecher*innen von attac Frankfurt

Sprecherin für:

- Energiepolitik,
- Forschungspolitik,
- Fremdenverkehr,
- Verkehrspolitik,
- Wirtschaftspolitik,
- Wissenschaft u. Kunst,
- Mittelstandspolitik

Mitglied in den Ausschüssen:

- Wirtschaft und Verkehr (WVA)
- Wissenschaft und Kunst (WKA)
- Untersuchungsausschuss zur Elite-Uni EBS (UNA 18/3)
- Untersuchungsausschuss zur fehlerhaften Stilllegung des AKW Biblis (UNA 19/1)
- stv. Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss (UNA 19/2)



Hermann Schaus

Mitglied des Hessischen Landtags 2008 – 2022
 Vize-Präsident des Hessischen Landtags 2008
 Parlamentarischer Geschäftsführer 2009 – 2020

Zur Person:

- Jahrgang: 1955
- Familienstand: verheiratet, 2 Kinder
- Wohnort: Wetzlar
- Beruf: Gewerkschaftssekretär

Politische Vita

- ehemaliges aktives Mitglied der SPD (1972-1993)
- ehem. Mitglied im gf. Landesvorstand der WASG
- Landesvorstand DIE LINKE Hessen (2007 - 2016)
- Vorsitzender von KommuneLinks e.V. - Kommunalpolitischen Forum Hessen (seit 2006)
- Kreistagsmitglied im Hochtaunuskreis (2006-10)
- Stadtverordneter in Neu-Anspach (2016 - 2018),
 Stadtverordneter in Wetzlar (seit 2021)

Sprecher für:

- Gewerkschaftspolitik,
- Innenpolitik,
- Sportpolitik,
- Kommunalpolitik,
- Wohnungsbaupolitik,
- Kirchenpolitik
- Antifaschismus

Mitglied in den Ausschüssen:

- Innenausschuss (INA)
- Ältestenrat (ÄR) und Präsidium (beratend)
- Untersuchungsausschuss zur Polizeichef-Affäre (UNA 18/2)
- NSU-Untersuchungsausschuss (UNA 19/2)
- stv. Vorsitzender des Lübcke-Untersuchungsausschusses (UNA 20/1) bis August 2022)



Marjana Schott

Mitglied des Hessischen Landtags 2008 – 2018
 Parlamentarische Geschäftsführerin 2008 – 2009

Zur Person:

- Jahrgang: 1958
- Familienstand: verheiratet
- Wohnort: Fuldabrück
- Beruf: Insolvenzverwalterin

Politische Vita:

- 2005-2007: stlv. Landesvorsitzende der Linkspartei. Hessen
- 2007-2008: stlv. Landesvorsitzende der LINKEN
- Seit den 1980 aktiv in der Anti-AKW-Bewegung
- Seit den 1980 aktiv in der Friedensbewegung
- Mitglied der GEW

Sprecherin für:

- Forsten und Naturschutz,
- Frauenpolitik,
- Gesundheitspolitik,
- Justizvollzug,
- Familien-, Kinder- und Jugendpolitik,
- Landwirtschaftspolitik,
- Sozialpolitik,
- Umweltpolitik,
- Behindertenpolitik

Mitglied in den Ausschüssen:

- Ausschuss Umwelt und ländlicher Raum (ULA)
- Sozialausschuss (SPA)
- Ständiger Unterausschuss Justizvollzug (UJV)



Barbara Cárdenas

Mitglied des Hessischen Landtags 2008 – 2016

Zur Person:

- Jahrgang: 1954
- Familienstand: verheiratet, 2 Kinder
- Wohnort: Dietzenbach
- Beruf: Dipl.-Psychologin, Dipl.-Pädagogin

Politische Vita

- in den 70er Jahren Mitglied in verschiedenen Universitäts- und Studierendengremien, dort aktiv im Kampf gegen die Berufsverbote und für Studierendenrechte
- als Mitglied der DFG aktiv in der Friedensbewegung
- seit den 70er Jahren aktiv im Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichstellung von MigrantInnen
- kommunalpolitische Erfahrung als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Dietzenbacher Liste (DL), ab 2011 der Linksfraktion in Dietzenbach
- Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN des Kreises Offenbach, Sprecherin der Ortsgruppe

Barbara Cárdenas vertrat die Fraktion zuletzt in folgenden Ausschüssen:

- Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
- Petitionsausschuss (PTA), in der 18. Wahlperiode als Ausschussvorsitzende
- Enquetekommission Bildung
- Enquetekommission Integration
- Integrationsbeirat, Integrationskonferenz
- Tierschutzbeirat

Außerdem nahm sie für die Fraktion die wichtige Funktion als Wahlbeobachterin bei mehreren Wahlen in der Türkei teil, insbesondere in der mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Osttürkei.



Gabi Faulhaber

Mitglied des Hessischen Landtags 2016 – 2019

Zur Person:

- Jahrgang: 1953
- Familienstand: verheiratet
- Wohnort: Karben
- Beruf: Sonder- und Heilpädagogin, Lehrerin an einer Förderschule

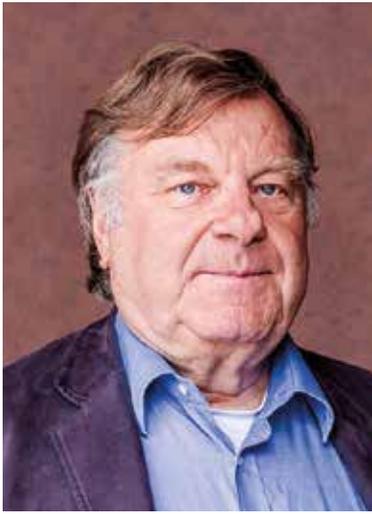
Politische Vita

- politisiert im sozialistischen Jugendverband SDAJ
- Bis 1991 Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei
- Aktivistin der Friedensbewegung der 70er und 80er Jahre, Antifaschistisches Bündnis Wetterau
- Mitglied der Linken seit Januar 2006
- 2008 bis 2014 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der Linken Hessen, davon vier Jahre als stellvertretende Landesvorsitzende
- 2014 bis 2016 und seit 2018 im Landesvorstand DIE LINKE. Hessen
- Kreisvorsitzende DIE LINKE. Wetterau
- Kreistagsabgeordnete in der Wetterau
- Abgeordnete in der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV)

Sprecherin für Bildungspolitik, Petitionen und Härtefälle, Integrations- und Migrationspolitik, Tierschutz

Gabi Faulhaber vertrat die Fraktion zuletzt in folgenden Ausschüssen:

- Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
- Petitionsausschuss (PTA)
- Enquetekommission Bildung
- Ältestenrat; Hessischer Tierschutzbeirat



Willi van Ooyen

Mitglied des Hessischen Landtags 2008 – 2017
Fraktionsvorsitzender von 2008 bis 2017

Zur Person:

- Jahrgang: 1947
- Familienstand: verheiratet, 2 Söhne
- Wohnort: Frankfurt am Main
- Beruf: Pädagogischer Leiter

Politische Vita

- erste Aktivitäten in den 60er Jahren in der Lehrlingsbewegung
- seit den 70er Jahren Organisator diverser Friedens- und Solidaritätsveranstaltungen, z.B. Vietnam oder Chile, seit 1980 Organisator der Ostermärsche
- aktiv in der nationalen und internationalen Sozialforumsbewegung
- jahrelanges Engagement in der internationalen Friedensbewegung

Willi van Ooyen vertrat die Fraktion zuletzt in folgenden Ausschüssen:

- Haushaltsausschuss
- Europaausschuss
- Unterausschuss Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Wiedergutmachung
- Unterausschuss Finanzcontrolling
- Untersuchungsausschuss Steuerfahnder-Affäre (UNA 18/1)

Danke an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter 2008–2024





2017

2019



... und den vielen hier nicht abgebildeten Beschäftigten in Wiesbaden und den Wahlkreisen, allen Praktikant*innen, den Beschäftigten des Landtags, den Reinigungskräften, dem Landtagsrestaurant und allen anderen, ohne die unsere politische Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

HESSISCH





ER LANDTAG

Im Landtag

Aktuelle Stunden auf Antrag der LINKEN

2008

- Frieden schaffen ohne Waffen! Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden
- Verurteilung aller Formen von Rechtsextremismus in Hessen
- Unverantwortliche Geschäftspolitik der Telekom - Keine Schließung der Call-Center

2009

- Wir zahlen nicht für eure Krise (nicht auf die Tagesordnung zugelassen)
- Hessen setzt sich für Frieden und Abrüstung ein (60 Jahre NATO)
- Solidarität mit den Beschäftigten bei Federal Mogul - in Zeiten wie diesen kämpfen wir um jeden
- Arbeitsplatz
- Soziale Arbeit in Hessen braucht gute Arbeitsbedingungen (Streiks der Sozial- und Erziehungsdienste)
- Hessen setzt sich für friedliche Konfliktlösung ein - keine Kriegsübungen auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken
- Keine Tariffucht in hessischen Betrieben (Arbeitsplatzabbau und Tariffucht in der Druckindustrie - Geplantes neues Druckzentrum im Rüsselsheim)
- Solidarität mit dem Bildungstreik! Die Forderungen der hessischen Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Studierenden sind berechtigt
- Das System Koch – Weimar, Jung, Steinbach und Co. richten Schaden über Hessen hinaus an

2010

- „Wetzlar Kurier“ hetzt wie ein NPD-Blatt und gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Hessen
- Einladung von Herrn Sarrazin ins Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa ist ein fatales Signal für die Integration in Hessen
- Kein Platz für Nazis in Hessen – gegen Rassismus und rechte Gewalt in Wetzlar (Naziübergriffe in Wetzlar und Schwalm-Eder)
- Am 8. Mai gegen Faschismus und Krieg – Nazi-Aufmarsch in Wiesbaden verhindern
- Stadt Wiesbaden und Polizei lassen Neonazis am 8. Mai marschieren – gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements
- Schwarz-gelbe Klientelpolitik: Eliteförderung statt

Bildung für alle – bei öffentlichen Hochschulen wird gekürzt, für die European Business School (EBS) werden Millionen aus Steuergeldern bereitgestellt

- Rassismus in Arztpraxen zurückweisen
- Verfassungsgerichtsurteil zu Hartz IV beachten – auch hessische Kinder brauchen mehr zum Leben
- Pflegenotstand abwenden – Bedarfsdeckende Ausbildung in der Altenpflege sichern

2011

- Hessen verhindert Missbrauch der Leiharbeit und sagt „Ja“ zum Mindestlohn
- Landesbedienstete verdienen mehr - Tarifierhöhung für die Beschäftigten in Hessen
- Hessen muss abrüsten – Konversion ist möglich
- Neueste Erkenntnisse, wie das Land Hessen die Steuerfahndung behindert – Frankfurter Rundschau vom 16.05.2011 – Interview mit Frank Wehrheim
- Streiks in der hessischen Druckindustrie – die 35-Stunden-Woche erhalten
- Keine Ausweitung der Sonntagsarbeit in Hessen – Bedarfsgewerbeverordnung stoppen
- Henzlers Jubelmeldungen sind „falsch“ – Schuldenbremse bremst gute Bildung aus (Kürzungen bei Lehrern im Vorbereitungsdienst, Klassenschließungen und geplante Lehrerzuweisungen)
- Wegsperrern von Kindern ist keine Lösung – Hessen braucht eine fortschrittliche Kinder- und Jugendhilfe
- Stille Nacht nicht nur an Weihnachten – Nordwestlandebahn stilllegen

2012

- Geheimdienst: Rechten Terror „ignorieren“, LINKE „bespitzeln“. Werden auch hessische Abgeordnete überwacht?
- Schlecker-Arbeitsplätze in Hessen erhalten – Solidarität am Internationalen Frauentag zeigen
- Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst - auch Hessens Angestellte sind mehr wert
- „Versagen“ in R(h)ein-Kultur – „Chaos“ im Hessischen Innenministerium (Umstrittene Stellenbesetzung bei der Bereitschaftspolizei, IT-Vergabep Praxis der Polizei und Ermittlungen gegen die LKA-Präsidentin)
- Hessentag „entmilitarisieren“ – kein „Werben fürs

Sterben“ (keine Bundeswehr auf dem Hessentag)

- Sozialbericht - „Armutzeugnis“ für die Landesregierung
- Minister Hahn beschützt hessische „Steuerhinterzieher“ (Geplantes Abkommen mit der Schweiz und Ankauf von „Steuer-CDs“)
- Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: UmFairTeilen auch in Hessen dringend geboten
- European Business School (EBS) als Millionengrab – 23 Millionen Gründe für den Rücktritt der Ministerin (Verdacht der Untreue gg. Ex-EBS-Präsidentin)

2013

- G8-Murks, Landesschulamt, Blockade beim Ganztagschulausbau: Schwarz-Gelb hält an einer Bildungspolitik gegen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Beschäftigte in Hessen fest
- Amazon zeigt: Hessische Landesregierung und Bundesregierung müssen handeln – Hartz-Gesetze zurücknehmen
- Equal Pay Day – Frauen in Hessen verdienen mehr als 22 % weniger als Männer
- Lebensgefahr durch Wirbelschleppen beenden – Nordwestlandebahn stilllegen
- Hessen begrüßt internationale Blockupy-Proteste in Frankfurt am Main
- Solidarität mit den Streikenden: Gute Arbeitsbedingungen für den hessischen Einzelhandel sichern
- Aachener Friedenspreis an Offenbacher Schule vergeben – wir gratulieren

2014

- Rabattprogramm „FRACconnect“ bringt mehr Lärm – Genehmigung widerrufen
- SOS Seepferdchen in Not – Schwimmbäder erhalten – Schwimmunterricht für alle Kinder in Hessen garantieren
- Bürgerproteste unterstützen – keine NSA-Geheimdienstzentrale in Hessen
- Neue Panne beim hessischen Verfassungsschutz – 17 untergetauchte Neonazis trotz Haftbefehl
- Ahnungslose Landesregierung - NSA in Hessen
- Mehr Hortplätze in Hessen – Betreuung für Grundschülerinnen und -schüler sicherstellen
- Gescheiterte Regierungspolitik – die Landesregie-

rung muss Arbeitsplätze bei K+S sichern

- Buchmesse in Frankfurt: Freihandelsabkommen TTIP bedroht Buchhandel und Kulturlandschaft
- Leere Worte der Hessischen Landesregierung reichen nicht gegen Gewalt gegen Frauen

2015

- Irmer gibt Ämter ab, bleibt aber in der CDU-Fraktion: Hessen-CDU muss sich endlich klar von Rechtsaußen abgrenzen
- Blockupy in Frankfurt willkommen heißen
- Soziale Berufe in Hessen aufwerten – Erzieherinnen verdienen mehr
- Hessen braucht dezentrale Energiewende – Sued-Link stoppen
- Aufwerten jetzt – mehr Geld für soziale Berufe in Hessen
- Solidarität mit den Streikenden bei der Deutschen-Post AG – keine Genehmigung von Sonntagsarbeit durch das Land Hessen
- Keine Preiserhöhung – ÖPNV in Hessen besser finanzieren und ausbauen
- Fraport-Deal schadet Griechenland: Landesregierung darf Ausverkauf der griechischen Infrastruktur nicht unterstützen
- Nullrunde und Disziplinarmaßnahmen gegen streikende hessische Lehrerinnen und Lehrer – beamtenfeindliche Politik der Hessischen Landesregierung stoppen

2016

- Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts – die Landesregierung darf im Bundesrat der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere 24 Herkunftsstaaten“ im Sinne des Asylgesetzes nicht zustimmen
- Nach der Kommunalwahl: rechte und rassistische Parolen und Politik stoppen
- Aufstehen gegen Rassismus – Aktionskonferenz in Frankfurt unterstützen
- Hessen hat Platz für Flüchtlinge und will sichere Reisewege statt weiterer Aushöhlung des Asylrechts
- Aus für Krankenhaus Lindenfels – Minister Grüttners gefährdet die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
- Denn sie wissen nicht was sie tun – Landesregierung wollte hessische Anteile am Flughafen Hahn

- an eine Briefkastenfirma verscherbeln
- Kinder müssen schwimmen lernen – auch in Hessen
- Recht auf Wohnen: Landesregierung muss bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen
- Mehr Lehrkräfte für die hessischen Grundschulen und gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte

2017

- Mehr Wertschätzung für Busfahrerinnen und Busfahrer – ÖPNV zurück in die öffentliche Hand
- Steuerflucht stoppen: Auch FRAPORT „flie(h)gt“ ins Steuerparadies Malta
- Abschiebungen aus Schule und Psychiatrie sind unmenschlich – für eine humanitäre Flüchtlingspolitik
- Rechten Terror und Gefahr von rechts ernst nehmen und bekämpfen
- „Einstürzende Schulbauten“: Marode Schulen mit Hilfe des Landes sanieren, kommunales Investitionsprogramm 2 reicht nicht aus
- Die Hessische Landesregierung muss den Einsatz von Attac für eine gerechte Besteuerung, soziale Gerechtigkeit und Solidarität als gemeinnützig anerkennen
- Gute Arbeit am Frankfurter Flughafen: Hessische Landesregierung muss bei Vergaben Tarifbindung sichern – Solidarität mit den Beschäftigten bei den Bodenverkehrsdiensten
- Nach der Bundestagswahl - Rechtsruck entgegen treten - soziale Gerechtigkeit in Bund und Hessen durchsetzen
- Massenentlassung trotz Milliardengewinn: Solidarität mit den Beschäftigten bei Siemens in Offenbach und an den anderen Standorten

2018

- Solidarität mit den Streikenden in Hessen: IG Metall setzt wichtiges Thema Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung
- Bundesregierung erwägt kostenlosen ÖPNV - Hessen muss Vorreiter sein, statt zu bremsen
- Wetzlar bleibt bunt - Festival der Demokratie statt Nazi-Konzert
- Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen bei Opel erhalten - Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit zum 1. Mai
- Ryanair steht für durchlöcherntes Nachtflugverbot und Lohndumping - Landesregierung lässt sich auf der Nase herumtanzen
- Roland Kochs Privatisierungspolitik kommt Hessen

- teuer zu stehen - Immer mehr Details über das Ausmaß des Schadens durch Verkauf und Rückmietung des Sozialministeriums kommen ans Licht
- Ländlicher Raum braucht keine warmen Worte des Ministerpräsidenten, sondern eine gute Verkehrsanbindung - sozial-ökologische Verkehrswende in Stadt und Land
- Gefahr für die Demokratie: Schützende Hand von Maaßen und den Verfassungsschutzbehörden über AfD und Neonazis. Verfassungsschutzbehörden auflösen - auch in Hessen

2019

- § 219a vollständig abschaffen – Hessische Ärztinnen und Ärzte sollen straffrei informieren können
- Unmenschliche Abschiebepaxis in Hessen beenden
- Klimaschutz in Hessen verbindlich auf das 1,5-Grad-Ziel ausrichten – Kohleausstieg beschleunigen – Klimaproteste ernst nehmen
- Taxi-Proteste in Hessen gegen Dumpingkonkurrenz von Uber und Co.: Für faire Bedingungen, gute Löhne und ein flächendeckendes Angebot
- Schulgeldfreiheit für die therapeutischen Heilberufe in Hessen schnellstmöglich realisieren
- Roland Kochs teures Erbe: gescheitertes Privatisierungsprogramm LEO schadet hessischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bis heute
- Gute Arbeit und gute Behandlung in der hessischen Psychiatrie – mehr Fachkräfte statt Personalabbau nach neuer Bundesrichtlinie
- Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und Zerstörung der Selbstverwaltung in Nordsyrien durch NATO-Land Türkei mit in Hessen hergestellten Leopard-II-Panzern beenden – Solidarität mit Rojava
- Gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne im öffentlichen Nahverkehr statt Dumpingkonkurrenz auf Kosten der Busfahrerinnen und Busfahrer

2020

- In Thüringen, Hessen und Bundesweit: klare Abgrenzung und keine Zusammenarbeit mit Rechtsaußen (nicht abgehalten; Absetzung der 35. Plenarsitzung nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau)
- Wer zahlt für die Krise? Das Land Hessen muss sich für einen fairen Lastenausgleich und eine gerechtere Besteuerung der Vermögenden einsetzen
- #blacklivesmatter: Auch in Hessen gehen Zehntausende Menschen gegen Rassismus auf die Straße – struktureller Rassismus ist ein großes gesellschaft-

liches Problem und muss endlich entschieden bekämpft werden

- Versteckspiel beim Thema Hebammen ist endlich beendet – Gutachten zeigt dramatischen Mangel
- Flucht hat Gründe: Flüchtlinge aus Moria in Hessen aufnehmen – Landesaufnahmeprogramm endlich umsetzen
- Hessens Schulen auf Corona-Winter vorbereiten: Kultusminister muss Verantwortung übernehmen

2021

- Haarsträubende Prioritätensetzung der Landesregierung: keine Kapazitäten für Einbürgerung, aber für Abschiebung? Ausbau der Abschiebehaftanstalt stoppen
- UN-Atomwaffenverbotsvertrag ist großer Hoffnungsschimmer für die Menschheit – Hessen soll sich für Unterzeichnung und eine atomwaffenfreie Welt einsetzen
- Die desaströsen Arbeits- und Lebensbedingungen der Erntehelferinnen und -helfer in Hessen endlich verbessern
- Evaluation von Roland Kochs teurem Erbe bestätigt: Gescheitertes Privatisierungsprogramm LEO schadet hessischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern immens
- Innenminister Beuth muss endlich die persönliche Verantwortung für die Polizeiskandale übernehmen
- SOS Seepferdchen in Not – Schwimmen für Kinder und Jugendliche stärker fördern und Schwimmbadbesuch kostenfrei machen
- Privatisierung von Wohnungen durch landeseigene Nassauische Heimstätte/Wohnstadt stoppen – in Schotten und überall
- Brandbriefe, Personalmangel, geschlossene Stationen: Hilferufe aus dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) müssen von der grünen Wissenschaftsministerin endlich erhört werden – Mit einer Petition fordern über 17.500 Menschen eine Rückabwicklung der gescheiterten Privatisierung durch das Land
- Umweltschäden aus der Kaliproduktion müssen anerkannt werden – staatsanwaltschaftliche Ermittlungsergebnisse zur Laugenversenkung müssen Konsequenzen haben

2022

- Explodierende Energie- und Lebenshaltungskosten in Hessen – Sofortmaßnahmen gegen Energiearmut und Stromsperren ergreifen
- Geplante Preiserhöhung im RMV und NVV ist un-

sozial und bremst die Verkehrswende aus – ÖPNV ausbauen und Preise senken mit dem Ziel Nulltarif

- Verzögerungen bei der Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen am RP Darmstadt sind untragbar – Landesregierung muss Personal aufstocken, um dem Demokratiedefizit zu begegnen
- Nein zur Aufrüstung – Hessen soll im Bundesrat das Bundeswehr-Sondervermögen ablehnen
- „#ichbinarmutsbetroffen – im reichen Hessen sind viele Menschen arm – jetzt muss die Hessische Landesregierung handeln
- Solidarität mit den Beschäftigten am Uniklinikum Frankfurt am Main – Landesregierung muss für mehr Personal sorgen
- „Heißer Herbst“ gegen soziale Kälte auch in Hessen nötig – Bund und Land versagen im Kampf gegen Preissteigerungen und wachsende Armut!
- Alarmstufe ROT – hessische Krankenhäuser in Not
- Soziale Träger in Not – Landesregierung muss soziale Sicherheit in Hessen garantieren

2023

- Ministerpräsident Rhein fischt mit Forderung nach „Abschiebeoffensive“ am rechten Rand – stattdessen muss das Land die Kommunen besser bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten unterstützen und sich um die sozialen Probleme in Hessen kümmern!
- Solidarität mit den Menschen in den Erdbebenregionen: Hessische Landesregierung muss Abschiebestopp in die Türkei erlassen!
- Warnstreiks im öffentlichen Dienst #zusammengehtmehr – Öffentlich ist wesentlich auch in Hessen
- Anhaltende Trockenheit und Wasserknappheit in der Klimakrise: Landesregierung versagt bei der Sicherung der Wasserressourcen
- Tarifbindung sinkt auch in Hessen. Die Landesregierung muss gegensteuern!
- Lehrermangel, Unterrichtsausfall, marode Schulgebäude – Zeit für eine bessere Bildungspolitik in Hessen – Bildungswende jetzt.

Alle Debatten können in den Plenarprotokollen über starweb.hessen.de nachgelesen, ab Mitte 2015 auch auf dem Youtube-Kanal des Hessischen Landtags angesehen werden.



Anträge

Alle Anträge und zugehörige Debatten können über das Landtags-Informationssystem unter starweb.hessen.de eingesehen werden.

Eine Auswahl:

- Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie die Regelungen gleicher Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte (Drs. 17/21)
- Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige (Drs. 17/22)
- Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen - mehr Betriebsprüfer/innen und Steuerfahnder/innen in Hessen (Drs. 17/143)
- Armut-Reichtums-Bericht (Drs. 17/175)
- Gleichstellung der Abgeordneten des Hessischen Landtags in der gesetzlichen Rentenversicherung (Drs. 17/244)
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (Drs. 17/377)
- Senkung der Klassenobergrenzen in den Schulen und Gruppengrößen in den Kindertagesstätten (Drs. 18/25)
- Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige (Drs. 18/207)
- Keine hochriskanten Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen (Drs. 18/442)
- Weigerung der Landesregierung zur Unterstützung des Projekts „Zug der Erinnerung“ zum Gedenken an die Deportationen während der Zeit des Faschismus (Drs. 18/872)
- Steuerfalle für Kurzarbeiter abschaffen - Progressionsvorbehalt für Kurzarbeitergeld streichen (Drs. 18/1073)
- Einsetzung einer Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ (Drs. 18/1159)
- Ausweitung der Erstausbildungsförderung für Altbewerberinnen und Altbewerber (Drs. 18/1242)
- Staatsfreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleisten – Angriffe auf die Rundfunkfreiheit abwehren (Drs. 18/1674)
- sofortiger Stopp des Rechtsbruchs bei Arbeitslosigkeit II (Drs. 18/1772)
- freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in staatliche Museen und Theater (Drs. 18/1794)
- Studie zu den Gesundheitsrisiken durch Fluglärm in der Region Rhein-Main (Drs. 18/1827)
- endlich Gerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – auch in Hessen (Drs. 18/1898)
- Hartz IV ersetzen durch eine bedarfsdeckende Mindestsicherung (Drs. 18/1987)
- Finanzkrise der Kommunen bekämpfen – kommunale Handlungsfähigkeit sichern (Drs. 18/2081)
- Leiharbeit und Lohndumping bekämpfen – Spaltung der Belegschaften beenden (Drs. 18/2153)
- ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Schulessen (Drs. 18/2216)
- besorgniserregende Zustände am privatisierten Universitätsklinikum Gießen und Marburg – das Land muss eingreifen (Drs. 18/2242)
- Einsetzung einer Enquetekommission „Gesundheitsschutz und umweltbedingte Gesamtbelastung in hessischen Ballungsräumen“ (Drs. 18/2311)
- Sonntagsarbeitsverbot nicht weiter aushöhlen (Drs. 18/2389)
- öffentliche Vergabe nach sozial-ökologischen Kriterien (Drs. 18/2646)
- Campus Bockenheim sozial gestalten – öffentliches Eigentum erhalten (Drs. 18/2873)
- Abschiebestopp für kosovarische Staatsangehörige (Drs. 18/2988)
- Laufzeitverlängerung der Atomreaktoren Biblis A und B: Zustimmungspflicht des Bundesrates für die Elfte Novelle des Atomgesetzes (Drs. 18/3118)
- Notstand bei studentischem Wohnraum endlich begegnen (Drs. 18/3183)
- Wortbruch durch Wiedereinführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung verhindern – Rechte Hessischer Bürgerinnen und Bürger schützen (Drs. 18/3651)
- Schuldenbremse schränkt Handlungsfähigkeit der Kommunen ein (Drs. 18/3752)
- Demokratie braucht Vertrauen - Gegen eine Kultur der Verdächtigung - Verzicht auf die „Antiextremismusklausel“ (Drs. 18/4026)
- Renten sichern - weitere Verschärfung der Altersarmut verhindern, Lebensabend in Würde ermöglichen

chen! (Drs. 18/4028)

- die unverzügliche Anhebung der Grundleistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Verankerung der Leistungen in den allgemeinen sozialen Sicherungssystemen (Drs. 18/4296)
- Lockerung der Visumpflicht für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (Drs. 18/4427)
- „Luftnummer“ Kassel-Calden stoppen (Drs. 18/4429)
- überdurchschnittliche Zahl von Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern über 65 Jahre in Hessen (Drs. 18/4475)
- keine soziale Auslese an Privatschulen (Drs. 18/4516)
- keine Inbetriebnahme der Nordlandebahn (Drs. 18/4531)
- Einführung von Gehörlosengeld analog zum Landesblindengeldgesetz (Drs. 18/4533)
- Landesregierung muss sich glasklar zum Nachtflugverbot und Lärmschutz bekennen (Drs. 18/4616)
- Neonaziterror bekämpfen - Demokratie und Toleranz stärken (Drs. 18/5039)
- europäische Finanzkrise wirksam bekämpfen (Drs. 18/5064)
- keinen Verkauf der Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte-Wohnstadt (Drs. 18/5192)
- Nordwest-Landebahn sofort stilllegen (Drs. 18/5193)
- Folgen der Schlecker-Insolvenz nicht auf die Beschäftigten abwälzen (Drs. 18/5284)
- ACTA stoppen - Internetfreiheit wahren - Urheberrechte stärken (Drs. 18/5325)
- Einnahmenverantwortung nachkommen, Spitzensteuersatz erhöhen (Drs. 18/5326)
- hessenweite Abschaffung der Gebühren im Bereich der frühkindlichen Betreuung (Drs. 18/5375)
- freies W-Lan in Hessen (Drs. 18/5508)
- Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses – § 57 muss wieder eingeführt werden (Drs. 18/5520)
- Wiederaufnahme der Heizkostenpauschale für Wohngeldempfänger im Wohngeldgesetz (Drs. 18/5527)
- „Betreuungsgeld“ verhindern und frühkindliche

Bildung stärken (Drs. 18/5876)

- Keine Rüstungsforschung an hessischen Hochschulen (Drs. 18/6069)
- Lärmaktionsplan zurückziehen, Fluglärm vermindern, Kurzstreckenflüge auf die Bahn verlagern (Drs. 18/6194)
- Konzept zur Einrichtung von Mieter/innenbeiräten in Wohnungsbaugesellschaften (Drs. 18/6269)
- Anhebung des Schulgeldes für die Altenpflegeausbildung auf ein auskömmliches Niveau (Drs. 18/6525)
- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur European Business School (Drs. 18/6803)
- Einbürgerungen erleichtern - Optionspflicht abschaffen (Drs. 18/7127)
- Büchereien müssen erhalten bleiben! Landesprogramm zum Erhalt kommunaler Bibliotheken auflegen (Drs. 18/7353)
- Genug der Experimente – G 8 muss endlich der Vergangenheit angehören (Drs. 18/7400)
- Beamtenkennzeichnung (Drs. 18/7509)
- Fass ohne Boden – Regionalflygafen Kassel-Calden schließen – Schaden in Millionenhöhe für die öffentlichen Haushalte abwenden (Drs. 18/7510)
- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Umstände hinsichtlich der über Stunden dauernden Einkesselung von Personen während der Blockupy-Demonstration am 1.6.2013 in Frankfurt am Main und der damit verbundenen Auflösung der Demonstration (Drs. 18/7516)
- Fracking über Hessische Bergverordnung verbieten (Drs. 18/7654)
- Aufnahme syrischer Flüchtlinge schnellstens in Hessen ermöglichen (Drs. 18/7707)
- Keine Fortsetzung der Operation düstere Zukunft (Drs. 18/7797)
- Kaliproduktion in Hessen erhalten - Arbeitsplätze sichern (Drs. 19/34)
- Qualität der Kinderbetreuung sichern - KiFÖG zurücknehmen (Drs. 19/35)
- Rückkehrmöglichkeit zu G9 (Drs. 19/50)
- jährliche Erstellung eines Sonntagschutzberichts (Drs. 19/107)
- wohnortnahe Betreuung für werdende Mütter (Drs. 19/137)

- Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) verhindern (Drs. 19/198)
- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung des Handelns, Tuns oder Unterlassens der Landesregierung, der hessischen Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich ihrer politischen Leitungen, Mitarbeitern und mit ihnen zusammenarbeitenden Personen sowie das Zusammenwirken hessischer Ministerien und Behörden mit denen anderer Bundesländer und des Bundes im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund zugeschriebenen Aktivitäten und Straftaten und der wahrheitsgemäßen und vollständigen Informierung des Parlamentes und der Öffentlichkeit über die Vorgänge (Drs. 19/398)
- Tötung von Eintagsküken beenden (Drs. 19/598)
- humanitäre Hilfe statt Waffen: Verfolgte aus dem Irak jetzt aufnehmen (Drs. 19/851)
- sogenannte Lärmpausen bringen keine Lärmreduzierung. Konsequentes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr statt schwarz-grüner Mobelpackung ist nötig (Drs. 19/852)
- Keine Abschiebung in Ebola-Gebiete (Drs. 19/950)
- Terminal 3 ist überflüssig – kein Einstieg in eine neue Wachstumsrunde (Drs. 19/1525)
- Entsorgung von Abfällen aus der Kaliindustrie: Arbeitsplätze und Umwelt sichernde Entsorgung erarbeiten – Versenkung von Salzabwässern sofort beenden (Drs. 19/1628)
- soziale Berufe in Hessen aufwerten - Erzieherinnen und Erzieher verdienen mehr (Drs. 19/1789)
- 8. Mai – Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden (Drs. 19/1854)
- Anhörung zur Qualitätsentwicklung im ärztlichen Bereitschaftsdienst (Drs. 19/1856)
- kein erneutes Sonderopfer für hessische Beamtinnen und Beamte - zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses TV-H (Drs. 19/1911)
- Beschäftigungssituation am Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM) (Drs. 19/1989)
- Fahrerlaubniswerb auch den Menschen ohne Ausweispapiere ermöglichen (Drs. 19/2069)
- Sanktionsmoratorium für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher (Drs. 19/2075)
- Pflichtaufgaben der Kommunen vollständig finanzieren (Drs. 19/2210)
- keine Bereicherung auf Kosten Griechenlands durch die Übernahme griechischer Flughäfen durch die Fraport AG (Drs. 19/2471)
- Gesellschaftsjagden einstellen (Drs. 19/2518)
- Gräber der Verfolgten des Naziregimes erhalten (Drs. 19/2519)
- keine Abschiebungen in die Obdachlosigkeit – Winterabschiebestopp jetzt (Drs. 19/2902)
- bekannten Rechtsradikalen die Erlaubnis zum Besitz von Waffen endlich entziehen (Drs. 19/3043)
- Nahverkehr stärken, Angebot ausbauen, Preise senken – Neue Finanzierungsmöglichkeiten für Bus und Bahn schaffen (Drs. 19/3066)
- keine weitere Aushöhlung des Asylrechts: Maghreb-Staaten nicht als „sichere Herkunftsstaaten“ einstufen (Drs. 19/3107)
- Kooperationsverbot für Bildung endlich umfassend aufheben (Drs. 19/3171)
- Alle nicht-einvernehmlichen Handlungen müssen unter Strafe stehen. Hilfen für Opfer von Sexualstraftaten in Hessen verbessern (Drs. 19/3175)
- Konsequenzen aus den Panama Papers ziehen – Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit herstellen (Drs. 19/3280)
- Handels- und Investitionsschutz-Abkommen CETA im Bundesrat und Bundestag ablehnen (Drs. 19/3307)
- Sicherung der Aufgaben von Grundschulen in Hessen (Drs. 19/3366)
- Flughafen Kassel-Calden als Verkehrslandeplatz erhalten – Vergabeverstöße ahnden (Drs. 19/3477)
- Einführung einer bundesweiten Verlaufsstatistik zu Straftaten, Strafverfahren und Verfahrensabschlüssen durch verbindlichen und zeitnahen Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz (Drs. 19/3490)
- Beschulung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen (Drs. 19/3563)
- Anhörung zur Wiedererhebung einer Vermögenssteuer (Drs. 19/3564)
- Kurzstreckenflüge auf die Schiene – ein Beitrag zum Lärm- und Klimaschutz (Drs. 19/3571)
- keine Rabatte für Billigflieger am Frankfurter Flughafen (Drs. 19/4120)
- Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale durch

- Berufsverbote einrichten (Drs. 19/4409)
- Sicherheitspopulismus schafft keine Sicherheit (Drs. 19/4439)
- Kahlschläge beim Straßenbegleitgrün stoppen – Bäume und Sträucher an den Straßen erfüllen wichtige Funktionen (Drs. 19/4664)
- für einen Aktionsplan gegen Kinderarmut (Drs. 19/4818)
- keine Abschiebeknäste in Hessen - in Aufnahmestrukturen investieren, nicht in die Abschiebelogistik (Drs. 19/5083)
- Klares Zeichen gegen Atomwaffen setzen - friedenspolitisches Engagement und Aufklärung unterstützen (Drs. 19/5173)
- Altersarmut von Frauen wirksam bekämpfen (Drs. 19/5174)
- Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Drs. 19/5272)
- Mehr Personal für mehr Qualität in der Altenpflege (Drs. 19/5413)
- „Swiss Leaks“, „Lux Leaks“, „Panama Papers“, „Paradise Papers“ - Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit herstellen (Drs. 19/5414)
- Abschaffung des Paragraphen 219a StGB (Drs. 19/5455)
- Familien gehören zusammen - Familiennachzug zu Geflüchteten ermöglichen (Drs. 19/5735)
- Personenkreis der Berechtigten für das LandesTicket erweitern (Drs. 19/5766)
- Stickoxide: Grenzwerte in hessischen Kommunen einhalten - Öffentlichen Personennahverkehr stärken (Drs. 19/5986)
- Glyphosateinsatz auf landeseigenen Äckern beenden (Drs. 19/6032)
- Überlastung und Lehrkräftemangel an hessischen Schulen (Drs. 19/6098)
- Vorstoß der Bundesregierung zum ÖPNV-Nulltarif in Hessen aufgreifen - Anhörung zum Verzicht auf Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen bei Bus und Bahn (Drs. 19/6099)
- gute, flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Hessen (Drs. 19/6167)
- Unterrichtsausfall ernst nehmen statt verschleiern (Drucksache 19/6295)
- Rasseliste abschaffen - Beißvorfälle effektiv verhindern - Tierschutz verbessern (Drucksache 19/6432)
- Sozialen Wohnungsbau endlich konsequent fördern - Fünf Jahre Schwarz-Grün sind verlorene Jahre in der Wohnungspolitik (Drucksache 19/6760)
- 15 Jahre Hartz IV – 15 Jahre Verletzung der Menschenwürde – es reicht (Drucksache 20/1637)
- Hessische Behörden versagen beim Wursthersteller Wilke – Neuordnung bei Lebensmittelüberwachung in Hessen notwendig (Drucksache 20/1422)
- Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Hessen ausbauen (Drucksache 20/1421)
- Gute Arbeit und gute Behandlung in der Psychiatrie (Drucksache 20/1231)
- Mieterhöhungen und unsoziale Modernisierungen bei der GWH verhindern – Geschäftspraxis der GWH grundlegend verändern (Drs. 20/690)
- „Aus Seenot gerettete Flüchtlinge in Hessen aufnehmen“ vom 14.05.2019, Drucksache 20/624
- „Bodenschutz ist Klimaschutz: Protestcamp gegen neues Logistikzentrum in Neu-Eichenberg unterstützen – Die Hessische Landesregierung muss der Gemeinde Neu-Eichenberg ein Angebot zur Aufgabe ihrer Pläne unterbreiten“ vom 06.05.2019, Drucksache 20/570
- „Aufklärung und Konsequenzen aus aktuellen Polizeiskandalen in Hessen“ vom 29.01.2019, Drucksache 20/68
- „Landesregierung muss sich für die Freilassung der hessischen Friedenspreisträgerin Şebnem Korur Fincancı und anderen politischen Gefangenen in der Türkei einsetzen“ vom 29.01.2019, Drucksache 20/67 (Mit SPD zusammen)
- „‚Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten‘ – kein Weiterbau der A 49 – Dannenröder Wald erhalten – Verkehrswende durchsetzen, um Menschen und Klima zu schützen – #waldstattasphalt“ vom 25.08.2020, Drucksache 20/3467
- „Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hessen entschieden bekämpfen“ vom 02.06.2020, Drucksache 20/2874
- „Digitale Teilhabe für alle Schülerinnen und Schüler sicherstellen – Lehr- und Lernmittelfreiheit müssen auch in der Krise gelten“ vom 19.05.2020, Drucksache 20/2785
- „Prävention und Bekämpfung von Frauenmor-

- den (Femiziden)“ vom 17.03.2020, Drucksache 20/2570
- „Standort-Zwischenlager Biblis: mangelhafter Genehmigung widersprechen, Castor-Transporte stoppen, Sicherheitseinrichtungen nachrüsten“ vom 12.03.2020, Drucksache 20/2544
 - „NATO-Großmanöver „Defender 2020“ ist unverantwortliches Säbelrasseln und gefährdet Frieden und Sicherheit in Europa“ vom 11.02.2020, Drucksache 20/2363
 - „Grundwasserversalzung beenden – Laugenversenkung sofort stoppen“ vom 30.09.2021, Drucksache 20/6595
 - „Lage in Afghanistan erfordert auch in Hessen entschlossenes Handeln – Aufnahme und Integration ermöglichen“ vom 16.09.2021, Drucksache 20/6394
 - „Reichtum gerecht besteuern, um einen solidarischen Aufbruch aus der Krise zu finanzieren“ vom 08.06.2021, Drucksache 20/5903
 - „Nicht auf Kosten unserer Gesundheit: eine verlässliche und flächendeckende öffentliche Gesundheitsversorgung für alle Menschen mit guten Arbeitsbedingungen sicherstellen“ vom 08.06.2021, Drucksache 20/5893
 - „Mieterinnen und Mieter endlich wirksam schützen: bundesweiten Mietendeckel einführen, bestehende landesgesetzliche Instrumente konsequent nutzen“ vom 08.06.2021, Drucksache 20/5892
 - „Fachkräfte in der pädagogischen und sozialen Arbeit nicht verheizen – sondern schützen und impfen“ vom 20.04.2021, Drucksache 20/5537
 - „Schule unter Corona verlässlich gestalten – gute Bildung auch für benachteiligte Schülerinnen und Schüler garantieren“ vom 25.02.2021, Drucksache 20/5189
 - „Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit“ vom 26.01.2021, Drucksache 20/4905
 - „Freie Fahrt für freie Bürgerinnen und Bürger – 9-Euro-Ticket verlängern, Kapazitäten ausbauen“ vom 13.09.2022, Drucksache 20/9140
 - „Freigabe der „NSU-Akten“ und Unterstützung eines bundesweiten Archivs zum Thema Rechtsterrorismus“ vom 08.11.2022, Drucksache 20/9494
 - „Gezerre um die Zukunft des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) belegt: Die Privatisierung war, ist und bleibt ein Fehler, der rückgängig gemacht gehört“, vom 29.11.2022, Drucksache 20/9637
 - „Krieg und Krise verschlimmern die Wohnungssituation. Für eine Zeitenwende in der hessischen Sozial- und Wohnungspolitik“ vom 05.07.2022, Drucksache 20/8773
 - „Ersatzfreiheitsstrafe endlich abschaffen – Grundlagen für einen menschenwürdigen Umgang mit Bagatelldelikten schaffen“ vom 24.05.2022, Drucksache 20/8525#
 - „Pflege geht uns alle an – gute Pflege für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte“ vom 03.05.2022, Drucksache 20/8397
 - „Istanbul-Konvention in Hessen vollumfänglich umsetzen“, vom 08.02.2022, Drucksache 20/7851
 - „Ohmtalbahn reaktivieren und mit dem Ausbau der Vogelsbergbahn verbinden“ vom 09.02.2022, Drucksache 20/7867
 - „Preise runter statt rauf! - RMV-Preiserhöhung um 8,2 Prozent ist der völlig falsche Weg“ vom 06.07.2023, Drucksache 20/11330
 - „Menschenrechte verteidigen, das Recht auf Asyl bewahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen schaffen - in Hessen und ganz Europa!“ vom 20.06.2023, Drucksache 20/11221
 - „Landesaktionsplan für soziale Teilhabe und gegen Armut“ vom 08.05.2023, Drucksache 20/11027
 - „Hört auf mit dem Quatsch“ - Klimaschutz in Hessen muss nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und auf dem Boden der Verfassung erfolgen“ vom 14.03.2023, Drucksache 20/10756
 - „Frühkindliche Bildung braucht gute Arbeits- und Rahmenbedingungen“ vom 14.03.2023, Drucksache 20/10754

Der Landtag soll sich aussprechen ...

Entschließungsanträge sind nach der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags Anträge, die die Landesregierung nicht direkt zu etwas auffordern, sondern eine Meinungsbekundung des Landtags darstellen. Dem entsprechend hat die Fraktion DIE LINKE von 2008 bis 2023 **141 Entschließungsanträge** gestellt. Der Landtag möge sich unter anderem aussprechen:

- gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn AG (Drs. 17/90)
- gegen alle Formen des Rechtsextremismus (Drs. 17/523)
- gegen Arbeitsplatzabbau bei der Telekom (Drs. 17/703)
- gegen rechte Gewalt (Drs. 18/46)
- gegen den Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise (Drs. 18/155)
- gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg (Drs. 18/209)
- für die Aktionen der Friedensbewegung (Drs. 18/279)
- für die Vergesellschaftung des Bankensektors (Drs. 18/443)
- gegen staatliches Geld für Elite-Unis (Drs. 18/797)
- für die Forderungen der Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen und Sozialarbeiter_innen (Drs.18/816)
- gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer (Drs. 18/910)
- gegen Hartz-IV-Sanktionen (Drs. 18/1072)
- gegen Tariffucht und Arbeitsplatzabbau (Drs. 18/1199)
- für Solidarität mit dem Bildungsstreik (Drs. 18/1551)
- für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Opel (Drs. 18/1553)
- gegen die Kriminalisierung von Studierendenprotesten (Drs. 18/1709)
- gegen den rassistischen Wetzlar-Kurier des CDU-Abgeordneten Irmer (Drs. 18/1745)
- gegen eine Laufzeitverlängerung des AKW Biblis (Drs. 18/1830)
- für die Schaffung von Arbeit statt der Diskriminierung von Arbeitslosen (Drs. 18/1831)
- für die Abschaltung des AKW Biblis (Drs. 18/1988)
- für die Bekämpfung des Rechtsextremismus (Drs. 18/2082)
- gegen Kürzungen im Bildungsbereich (Drs. 18/2235)
- gegen die gescheiterte hessische Bildungspolitik (Drs. 18/2534)
- gegen die Schließung von Gerichten und anderen Justizstandorten (Drs. 18/2563)
- gegen die Pensionierung erst mit 67 und die Rente erst mit 67 (Drs. 18/2766)
- für Karenzzeiten nach dem Ausscheiden aus Regierungssämtern (Drs. 18/3130)
- gegen Kürzungen beim Programm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen (Drs. 18/3447)
- gegen „Gigaliner“ (Drs. 18/3621)
- gegen die Förderung der EBS (Drs. 18/4564)
- gegen die Genehmigung von Salzlaugenversenkung im Kalirevier (Drs. 18/4669)
- für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Drs. 18/5232)
- gegen Erika Steinbach (Drs. 18/5249)
- gegen Krankenhaus-Privatisierungen (Drs. 18/5364)
- für Kita-Plätze statt Herdprämie (Drs. 18/5596)
- für Proteste gegen die Bankenkrise in Frankfurt (Drs. 18/5639)
- für ein NPD-Verbot (Drs. 18/6795)
- gegen Polizei-Gewalt (Drs. 18/6832)
- gegen Diktatur, Faschismus und Krieg - zum 80. Jahrestag der Machtübernahme deutscher Faschisten (Drs. 18/6889)
- für eine schnelle Inbetriebnahme des Partikeltherapiezentrum am Uniklinikum Gießen-Marburg (Drs. 18/6928)
- gegen den Entwurf des KiFöG (Drs. 18/7007)

- für Solidarität mit den Beschäftigten der insolventen Frankfurter Rundschau (Drs. 18/7042 und 7070)
- gegen Erika Steinbach (Drs. 18/7069)
- gegen Nazis und Nazistrukturen (Drs. 18/7286)
- gegen Lebensgefahr durch Wirbelschleppen am Frankfurter Flughafen (Drs. 18/7302)
- für das Verhalten des Frankfurter Oberbürgermeisters bei der Räumung des Ivl (Drs. 18/7309)
- für die LINKEN Steuerpläne (Drs. 18/7401)
- für den demokratischen und sozialen Neustart der EU (Drs. 18/7414)
- für Solidarität mit regierungskritischen Demonstrationen in der hessischen Partnerregion Bursa in der Türkei (Drs. 18/7558)
- für eine Überprüfung des Planfeststellungsbeschlusses der Nordwestlandebahn (Drs. 18/7717)
- für eine Fortsetzung der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Hessen (Drs. 19/27)
- für die Verteidigung der Demokratie im digitalen Zeitalter (Drs. 19/29)
- gegen Videoüberwachung im öffentlichen Straßenraum (Drs. 19/225)
- gegen die Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ (Drs. 19/396)
- gegen Geheimdiensttätigkeiten in Hessen (Drs. 19/554)
- gegen rechtswidrige Abschiebehaft in Frankfurter JVA (Drs. 19/631)
- für ein Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und gegen Krieg heute (Drs. 19/677)
- für Blockupy Frankfurt als wichtige Plattform der Vernetzung von Kapitalismuskritik (Drs. 19/1155)
- für die Tarifbindung im Versandhandel und Solidarität mit den Amazon-Beschäftigten (Drs. 19/1240)
- für die Herabstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz und dessen Umbenennung in „Roland-Koch-Landeplatz“ (Drs. 19/1252)
- für Aufklärung und Verantwortung statt Vertuschungen im NSU-Komplex (Drs. 19/1681)
- gegen die Verarmungspolitik in Europa (Drs. 19/1772)
- für eine humane Flüchtlingspolitik und gegen das Massensterben an den europäischen Außengrenzen (Drs. 19/1899)
- gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (Drs. 19/2023)
- für menschenwürdige Verhältnisse in den Erstaufnahmeeinrichtungen (Drs. 19/2213)
- gegen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (Drs. 19/2294)
- für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesstätten statt Betreuungsgeld (Drs. 19/2297)
- gegen die Bedrohung der hessischen Landwirtschaft durch die Milchkrise (Drs. 19/2414)
- für eine Umkehr in der Asylpolitik (Drs. 19/2444 und 2649)
- für eine Aufarbeitung der sich widersprechenden Aussagen von Merkel und Bouffier vor dem Biblis-Untersuchungsausschuss (Drs. 19/2650)
- für eine gut ausgebildete und bezahlte Polizei statt immer mehr Wachpolizisten (Drs. 19/3511)
- gegen das CETA-Abkommen (Drs. 19/3747)
- für Solidarität mit den Menschen im Kalirevier (Drs. 19/3784)
- gegen das „Abhören unter Freunden“ durch die NSA (Drs. 19/4047)
- für Solidarität mit Journalist_innen, Bürgermeister_innen, Gewerkschafter_innen und Abgeordneten der HDP in der Türkei (Drs. 19/4118)
- gegen Abschiebungen aus der Schule (Drs. 19/4121)
- gegen den Einsatz pensionierter Polizisten für Abschiebungen (Drs. 19/4556)
- gegen Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge (Drs. 19/4563)
- für die Freilassung des Journalisten Deniz Yücel (Drs. 19/4663)
- für die Umsetzung des Friedensgebotes der Hessischen Verfassung und Abrüstung (Drs. 19/4665)
- für einen Stopp der Pläne zur Autobahnprivatisie-

rung (Drs. 19/4868)

- für die „Ehe für alle“ (Drs. 19/5066)
- gegen Ungerechtigkeiten beim Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für alle (Drs. 19/5767)
- gegen den völkerrechtswidrigen Angriff des Erdogan-Regimes auf die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien und für Solidarität mit den Menschen in Afrin (Drs. 19/5990)
- für den Erhalt des Krankenhauses in Bad Schwalbach (Drs. 19/6192)
- für die Verurteilung rechter Gewalt und rechten Terrors, Trauer um Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke (Drs. 20/850)
- für mehr Gegenwehr gegen rechte Drohungen, Rassismus, Gewalt und Terror brauchen Gegenwehr - Zivilgesellschaft, Prävention und Strafverfolgung stärken und Waffenrecht verschärfen (Drs. 20/1228)
- für Trauer um die Opfer von Halle – Rechtsterror und Antisemitismus stoppen (Drs. 20/1461)
- für Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre (Drs. 20/4903)
- für die Unterstützung zivilgesellschaftlichem Engagement für Demokratie und Frieden in der Türkei und im Nordirak (Drs. 20/5971)
- für Respekt, Anerkennung und Entschädigung für Betroffene anlässlich von 50 Jahren „Radikalerlass“ - Kommission zur Aufarbeitung einrichten (Drs. 20/7731)
- für Erleichterung und Beschleunigung von Einbürgerungen - auch in Hessen! (Drs. 20/9672)
- für das Feststellen einer Notsituation aufgrund von Energiekrise und Klimakatastrophe (Aussetzen der Schuldenbremse) (Drs. 20/10369)
- für die Bekämpfung Rechten Terrors und den Schutz von Opfern rechter Gewalt: aus Hanau Konsequenzen ziehen! (Drs. 20/11551)
- Faktencheck Schwarzgrün - vernichtende Bilanz der Landesregierung, nicht nur in der Wirtschaftspolitik (Drs. 20/11584)

Der Volltext der Anträge sowie die Protokolle und Videos der dazugehörigen Debatten können über das Landtags-Informationssystem unter starweb.hessen.de eingesehen werden.

Gesetzesentwürfe

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat von 2008 bis 2023 insgesamt **41 Gesetzesentwürfe** eingebracht, darunter:

- Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen (Drs. 17/16)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes (Streichung der Sonderregeln zum Hochschulzugang an der Uni Frankfurt, Drs. 17/69)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes (Drs. 17/144)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes (u.a. Wiederherstellung der sechsjährigen Sekundarstufe I in allen Klassen des gymnasialen Bildungsganges und Umstellung der Stunden tafeln, Drs. 17/145)
- Hessisches Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum (Wiederherstellung des Wohnraumzweckentfremdungsverbotes, Drs. 17/289)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Landkreisordnung (Absenkung des kommunalen Wahlrechtes auf das 16. Lebensjahr, Drs. 17/516)
- Gesetz zur Wiederherstellung des bewährten Mitbestimmungsstandards der Personalräte in Hessen (Drs. 18/24)
- Gesetz zur Landessozialberichterstattung in Form eines Armuts- und Reichtumsberichts (Drs. 18/52)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Regelungen in den Bereichen Tariftreue und sozial-ökologische Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Drs. 18/1075)
- Hessisches Gesetz über die Freiheit des Informationszugangs (Drs. 18/1225)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes (Einführung des Internationalen Frauentags am 8. März als gesetzlichen Feiertag, Drs. 18/1957)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (umfassend, u.a. Wahlalter, Senkung der Hürden für Bürgerbeteiligung; Drs. 18/3116)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Landkreisordnung (Drs. 18/3117)
- Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Bannmeile des Hessischen Landtags (Drs. 18/3719)
- Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Drs. 18/5190)
- Hessisches Gesetz über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer (Drs. 18/5540)
- Hessisches Mindestlohngesetz (Drs. 18/5582)
- Gesetz zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf Lernmittelfreiheit in Hessen (Drs. 18/6075)
- Hessisches Gesetz zur Neuordnung der Aufgaben zum Schutz der Verfassung und zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz (Drs. 18/6176)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes (Begrenzung des Zinssatzes für Überziehungskredite auf maximal fünf Prozent über dem EZB-Leitzins; Drs. 18/6549)
- Gesetz zum Abbau von Diskriminierung von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Drs. 18/7738)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Drs. 19/134)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte; Drs. 19/394)
- Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe; Drs. 19/629)
- Gesetz für mehr demokratische Beteiligungsrechte in den Kommunen (Drs. 19/1520)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (Regelung der Aufwandsentschädigung für schwerbehinderte ehrenamtliche Mandatsträger_innen; Drs. 19/2412)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (Abschaffung der Elternbeiträge, Erhöhung und Berechnungsvereinfachung von zwei Pauschalen für die Kindertagesbetreuung; Drs. 19/3065 und 4263)
- Gesetz zum Wahlrecht für vollbetreute Menschen (Drs. 19/5271)
- Gesetz zur Ergänzung des Artikel 8 der Verfassung des Landes Hessen (Recht auf Wohnen; Drs. 19/5734)
- Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen (Drs. 19/5961)
- Hessisches Gesetz für soziale und ökologische Kriterien, Tariftreue und Mindestlohn bei Vergaben (Drs. 19/6166)

- „Hessisches Gesetz für ein Gesetz zur Beschränkung von dienstlichen Kurzstreckenflügen im Rahmen des Hessischen Reisekostengesetzes“ vom 17.09.2019, (Drucksache 20/1229)
- „Hessisches Gesetz zum Wahlrecht für vollbereite Menschen“ vom 14.05.2019, (Drucksache 20/622)
- „Gesetz zur Änderung des Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Aufhebung der Regelung zur Schuldenbremse)“ vom 23.11.2020, (Drucksache 20/4130)
- „Hessisches Gesetz zur Schaffung von Clearingstellen sowie eines Behandlungsfonds zur Unterstützung von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz“ vom 12.06.2020, (Drucksache 20/2969)
- „Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagesgesetzes (HessFeiertagsG)“ vom 29.11.2021, (Drucksache 20/6833)
- „Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Hessen (Reparierte Schule Gesetz)“ vom 04.10.2022, (Drucksache 20/9293)
- „Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen“ vom 05.07.2022, (Drucksache 20/8771)
- „Hessisches Antidiskriminierungsgesetz (HADG)“ vom 16.03.2022, (Drucksache 20/8077)
- „Hessisches Gesetz zum Schutz vor Störung Schwangerer bei Schwangerschaftsberatung und -abbruch“ vom 01.03.2023, (Drucksache 20/10658)
- „Gesetz zur vorübergehenden Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden und zur Abwendung von Obdachlosigkeit“ vom 01.02.2023, (Drucksache 20/10475)
- „Hessisches Gesetz für ein Gesetz zur Beschränkung von dienstlichen Kurzstreckenflügen im Rahmen des Hessischen Reisekostengesetzes“ vom 17.09.2019, (Drucksache 20/1229)
- „Hessisches Gesetz zum Wahlrecht für vollbereite Menschen“ vom 14.05.2019, (Drucksache 20/622)
- „Gesetz zur Änderung des Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Aufhebung der Regelung zur Schuldenbremse)“ vom 23.11.2020, (Drucksache 20/4130)
- „Hessisches Gesetz zur Schaffung von Clearingstellen sowie eines Behandlungsfonds zur Unterstützung von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz“ vom 12.06.2020, (Drucksache 20/2969)
- „Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagesgesetzes (HessFeiertagsG)“ vom 29.11.2021, (Drucksache 20/6833)
- „Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Hessen (Reparierte Schule Gesetz)“ vom 04.10.2022, (Drucksache 20/9293)
- „Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen“ vom 05.07.2022, (Drucksache 20/8771)
- „Hessisches Antidiskriminierungsgesetz (HADG)“ vom 16.03.2022, (Drucksache 20/8077)
- „Hessisches Gesetz zum Schutz vor Störung Schwangerer bei Schwangerschaftsberatung und -abbruch“ vom 01.03.2023, (Drucksache 20/10658)
- „Gesetz zur vorübergehenden Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden und zur Abwendung von Obdachlosigkeit“ vom 01.02.2023, (Drucksache 20/10475)

Der Volltext der Gesetzentwürfe sowie die Protokolle und Videos der dazugehörigen Debatten können über das Landtags-Informationssystem unter starweb.hessen.de eingesehen werden.



Oben: Solidarität mit Bildungsprotesten

Unten: Abstimmung zur Abschaffung der Studiengebühren in Hessen



Anfragen

Große Anfragen

Geheimdienst-Skandale, Massenüberwachung sowie Grund- und Völkerrechtsverletzungen in Hessen

08.05.2014 Drucksache 19/382
Antw 19.02.2015 Drucksache 19/1614
Plenarprotokoll 19/43 29.04.2015 S.2911-2921

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hessen

31.07.2014 Drucksache 19/749
Antw 05.12.2014 Drucksache 19/1208
Plenarprotokoll 19/37 04.03.2015 S.2446-2455

Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus nach § 63 StGB in Hessen

10.06.2015 Drucksache 19/2048
Antw 16.02.2016 Drucksache 19/3133
Plenarprotokoll 19/83 15.09.2016 S.5852-5859, 5867

Blockupy Proteste am 18. März 2015

21.07.2015 Drucksache 19/2288
Antw 02.12.2015 Drucksache 19/2817
Plenarprotokoll 19/66 08.03.2016 S.4665

Verbot der Benachteiligung nach den Besitzverhältnissen der Eltern an Schulen in freier Trägerschaft

16.03.2016 Drucksache 19/3235
Antw 16.06.2016 Drucksache 19/3499
Plenarprotokoll 19/85 12.10.2016 S.5964-5972

Pakt für den Nachmittag

14.12.2016 Drucksache 19/4326
Antw 21.03.2013 Drucksache 19/4710
Plenarprotokoll 19/107 31.05.2017 S.7537-7547

Schwermetallverseuchung durch die K+S Rückstandshalde Hattorf

21.12.2016 Drucksache 19/4354
Antw 12.04.2017 Drucksache 19/4778
Plenarprotokoll 19/110 28.06.2017 S.7792-7801

Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Hessen sowie mittel- und langfristige Maßnahmen gegen Armut

28.06.2017 Drucksache 19/5082

Herkunftssprachlicher Unterricht in Hessen

25.01.2018 Drucksache 19/5974 2019:

„**Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hessen**“ vom 10.09.2019, Drucksache 20/1168

„**Hessische Abschiebehafteinrichtung Darmstadt-Eberstadt**“ vom 06.06.2019, Drucksache 20/773

„**Altersarmut in Hessen**“ vom 08.05.2019, Drucksache 20/575

„**Bilanz der Biodiversitätsstrategie in Hessen**“ vom 25.02.2020, Drucksache 20/2470 2021:

„**Waffen und Sprengstoff in Hessen**“ vom 02.12.2021, Drucksache 20/6889

„**Schulen in freier Trägerschaft und private Hochschulen**“ vom 07.09.2021, Drucksache 20/6346

„**Studentischer Wohnraum**“ vom 27.07.2021, Drucksache 20/6201

„**Arbeitsschutzkontrollen in Hessen**“ vom 23.04.2021, Drucksache 20/5570

Kleine Anfragen

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat von 2008 bis 2023 insgesamt **1.104 Kleine Anfragen** gestellt.

Alle Anfragen, die dazugehörigen Antworten und alle Drucksachen können über das Landtags-Informationssystem unter starweb.hessen.de eingesehen werden.

Reden aus sechzehn Jahren

Die allererste Rede

Willi van Ooyen zur Konstituierung des 17. Hessischen Landtags am 5. April 2008

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ich weiß, wir sind neu in diesem neuen Landtag. Tarek Al-Wazir hat schon darauf hingewiesen, dass es dafür einen Grund gibt, dass eine neue Partei in diesen Landtag eingetreten ist. Das hängt damit zusammen, dass wir andere Themen, andere Inhalte, andere Schwerpunkte gesetzt haben, die bisher im Landtag nicht vertreten waren.

Ich will noch einmal deutlich machen: Die Partei DIE LINKE gehört nicht zu dem neo-konservativen, neo-liberalen Spektrum. Unsere politischen Inhalte stellen sich natürlich anders dar als die der CDU und der FDP, aber auch gegenüber SPD und GRÜNEN.

Wir sind der Meinung, der hessische Wähler hat am 27. Januar tatsächlich dafür gesorgt, dass künftig diese geschäftsführende Landesregierung in Opposition zur Mehrheit der Wähler in Hessen steht.

Diese Erkenntnis führte dazu, dass wir einen Landtag haben, der zum ersten Mal wieder souveräner, unabhängiger ist und nicht mehr aus dem Kabinettsessel und der Staatskanzlei dirigiert werden kann.

Wir sollten unsere Souveränität in diesem Parlament tatsächlich nutzen. Wir sollten einander zuhören und sicherlich auch streitig miteinander diskutieren, um die für die Menschen in Hessen beste Lösung zu finden. Dazu wollen wir beitragen. Herr Ministerpräsident, gestern habe ich mit einigem Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie in Ihrer Rede zur Eröffnung dieses Landtags Georg August Zinn und den Antifaschisten Eugen Kogon zitiert haben. Da habe ich mir gedacht: Es gibt einen gewissen Klimawechsel, vielleicht öffnet man sich.

Aber in Ihrer heutigen Rede haben Sie nochmals Ihr gesundes Feindbild genannt, dass Sie mit allen reden wollen, nur nicht mit uns. Ich hatte gedacht, es ändert sich klimatisch etwas. Das stimmt nicht.

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Für mich als junger Gewerkschafter in der Lehrlingsbewährung war gerade Eugen Kogon derjenige, der mich dadurch beeindruckt hat, dass er als ehemaliger KZ-Häftling und Antifaschist ein Buch geschrieben hat, das wir aufgezehrt haben. Daher gehört er im Grunde genommen für die gesamte LINKE in die antifaschistische Tradition. Wir sollten Eugen Kogon und seinen Geist in der antifaschisti-

schen Tradition dieses Landes bewahren und dieses Andenken auch über Parteigrenzen hinweg wachhalten.

An diesem Tag möchte ich aber auch – das trifft sich gerade so – an einen anderen Wiesbadener erinnern, an Martin Niemöller. Er nahm genau heute vor 50 Jahren am 1. Ostermarsch teil, der von London nach Aldermaston ging, und er trug maßgeblich dazu bei, dass es in der Bundesrepublik heute eine gute Tradition ist, Ostermärsche für Abrüstung und gegen den Krieg durchzuführen.

Martin Niemöller hat auch mich in vielen Gesprächen, die wir miteinander geführt haben, geprägt. Wir danken ihm viel, vor allen Dingen, dass es in diesem Land eine übergroße Mehrheit in der Bevölkerung gibt, die sich klar gegen Kriege, gegen Gewalt, für nicht militärische Formen der Konfliktaustragung einsetzt.



Nach diesem Blick zurück will ich auf die Situation eingehen, die vor uns liegt. Von der geschäftsführenden Landesregierung erwarten wir, dass sie die Parlamentsentscheidungen nicht behindert und verzögert, sondern dass sie diese Entscheidungen respektiert und mithilft, sie schnell umzusetzen.

Wir wollen – und dies sehen wir als Chance dieses Parlaments –, dass die Debatten öffentlich werden und auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Zumindest war dies das Signal der letzten Wochen aus den Medien, die sich sehr konstruktiv nicht nur wegen der heutigen konstituierenden Sitzung mit uns beschäftigt haben. Ich denke, es ist wichtig, die Inhalte, über die wir streiten und die wir hier beschließen, auch in die Öffentlichkeit zu tragen und dadurch mitzuhelfen, dass diese Inhalte im Interesse der Menschen umgesetzt werden.

Wir sehen uns nicht als Stellvertreter der verschiedensten Initiativen und sozialen Bewegungen, sondern

wir sind Bestandteil der außerparlamentarischen Bewegung. Auch das ist ein Unterschied zu den Parteien in diesem Landtag.

Wir sind vor allen Dingen angetreten, für die Menschen ein Ohr zu haben, die bisher kein Ohr gefunden haben und die allzu oft abgestoßen wurden.

Unsere Politik ist eindeutig erkennbar als eine, die sich gegen die Agenda 2000 und gegen Hartz IV wendet. Wir wollen, dass die Ein-Euro-Jobs tatsächlich nicht mehr aus den Sozietats finanziert werden, sondern dass daraus andere, vernünftige Arbeitsverhältnisse zu Mindestlohnbedingungen finanziert werden.

(Beifall des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Die Menschen in Hessen wollen soziale Gerechtigkeit und keine Kinderarmut. Sie wollen eine gerechte Steuerpolitik, die die bisherige gesellschaftliche Umverteilung beendet und die Reichen wirklich besteuert. (Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eueueu!) Wir wenden uns gegen jegliche Privatisierung und wollen Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge tatsächlich in öffentlicher Hand behalten. Das gilt für Wasser und Strom, natürlich aber auch für Bildung und Gesundheit.

In Art. 38 der Hessischen Verfassung steht, dass die Wirtschaft des Landes die Aufgabe hat, „dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen“. Deshalb müssen soziale Ungerechtigkeit, Armut und Not bekämpft werden. Das ist der Auftrag der Hessischen Verfassung.

In den nächsten Tagen werden wir sicherlich Themen aufgreifen, die schon genannt wurden. Das betrifft auch die Studiengebühren. Dort gehen wir etwas weiter, denn wir glauben, dass man verfassungswidrig einbehaltenes Geld wieder zurückzahlen muss. Das muss getan werden: Diese eingezogenen Studiengebühren gehören denen, die sie eingezahlt haben.

Wir gehen davon aus, dass es in der Bildungspolitik sehr grundsätzliche Entwicklungen der Integration geben muss, nicht nur von Migranten in das Schulsystem, sondern das gemeinsame Lernen muss Vorrang haben.

Wir gehen davon aus, dass es in Wiesbaden kein neues US-Headquarter geben muss. Gerade dieses Headquarter ist dafür verantwortlich, dass in Abu Ghuraib gefoltert wurde.

Wir treten für diese Dinge hier im Parlament ein, weil wir – um Herrn Hahn ein bisschen entgegenzukommen – nicht nur mit Voltaire agieren, sondern weil wir Freiheit, Gleichheit und Solidarität, also die Ideale der Französischen Revolution, als inhaltliche Zielvorstellungen haben.

Wir wollen dies im Parlament einbringen, aber wir wol-

len diese Dinge auch in den außerparlamentarischen Bewegungen, der Friedensbewegung mit vorantreiben. Wir wissen, dass unsere politischen Möglichkeiten in diesem Parlament relativ begrenzt sind. Aber ich glaube, wenn wir Druck entfalten, wenn wir die Bevölkerung aktivieren, wenn wir die Menschen mitnehmen, dann wird sich in diesem Land tatsächlich etwas verändern lassen. Dann ist der Politikwechsel, von dem geredet wurde, eine Möglichkeit, die wir alle anstreben sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Die erste Rede von Janine Wissler

zur Abschaffung der Studiengebühren am 9. April 2008

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für Solidarität und freie Bildung – das ist das Motto der hessischen Studierendenbewegung. Zehntausende Studierende, aber auch Schüler und Eltern sind für das Recht auf gebührenfreie Bildung auf die Straße gegangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Studierendenvertretungen hat fast 80.000 Unterschriften im Rahmen der Verfassungsklage gesammelt. Das zeigt, wie groß die Solidarität und die Sympathie für die Studierenden und ihre Proteste sind und wie breit die Unterstützung für ihre Forderungen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Studiengebühren kippen, ist das nicht der Erfolg dreier Parlamentsparteien, sondern ein Erfolg der Studierendenbewegung und der Beharrlichkeit der Aktiven. In vielen Bundesländern sind Studiengebühren eingeführt worden. In keinem Bundesland haben die Studiengebühren eine solch wichtige Rolle im Wahlkampf gespielt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Aber in 70 % aller Universitäten gibt es Studienbeiträge!)

In keinem Land waren die Proteste so groß wie in Hessen. Ich denke: Sollten die Studiengebühren abgeschafft werden, ist das doch auch ein Zeichen, dass es sich lohnt, für seine Rechte einzutreten, dass es sich lohnt, sich zu engagieren, und dass es sich lohnt, auf die Straße zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das stärkt doch die Demokratie, weil die Menschen merken, dass sie Einfluss nehmen können und dass Veränderungen von unten möglich sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es der LINKEN besonders wichtig, dieses Anliegen so schnell wie möglich in den Landtag einzubringen und für die sofortige Abschaffung von Studiengebühren einzutreten, damit im Wintersemester kein Student mehr die verfassungswidrigen Studiengebühren zahlen muss.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU):Woher wissen Sie das denn?)

Zu meinem Erstaunen nannte Ministerpräsident Koch in seiner heutigen Regierungserklärung die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit als zentrales Anliegen der Bildungspolitik seiner Regierung. Diese Regierung hat jedoch in den letzten Jahren eine sozial ungerechte Bildungspolitik in Hessen vorangetrieben, die auch in der Bevölkerung auf große Ablehnung gestoßen ist. Als „Auslesen statt Fördern“ hat die Gewerkschaft GEW die Politik der Regierung meiner Meinung nach treffend bezeichnet.

Der Rückzug der beiden zuständigen Minister Wolff und Corts spricht ja auch Bände – für die verfehlte Bildungspolitik dieser Regierung. Die Einführung der allgemeinen Studiengebühren ist unserer Meinung nach ein Bruch der Hessischen Verfassung.

Sie verstößt gegen Art. 59, der einen unentgeltlichen Unterricht an allen Schulen und Hochschulen garantiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Studierenden haben mit ihren Protesten ihr in der Verfassung verankertes Recht auf freie Bildung verteidigt, und wir wenden uns gegen alle Versuche, diese Bewegung zu kriminalisieren. Der Protest ist und war legitim.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will jetzt zu unserem Gesetzentwurf kommen und dazu einige Ausführungen machen. Es handelt sich um ein wahlkampfnahe Gesetzgebungsvorhaben, wie der Ministerpräsident es heute Morgen bezeichnete. Das Schöne an solchen Gesetzesvorhaben ist nämlich, dass sie sich daran orientieren, was man im Wahlkampf versprochen hat. Bei der Gelegenheit will ich schon einmal ankündigen, dass wir auch in Zukunft sehr viele wahlkampfnahe Gesetzesinitiativen hier einbringen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Gesetzentwurf beinhaltet die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, des Verwaltungskostenbeitrages sowie der Langzeit- und Zweitstudiengebühren.

Wir halten Studiengebühren für sozial zutiefst ungerecht. Sie treffen nicht nur Studierende, sondern

gerade auch deren Familien, die sich weiter finanziell einschränken müssen, um dem Kind oder den Kindern ein Studium finanzieren zu können. Die LINKE tritt für mehr Chancengerechtigkeit und gegen eine verstärkte Auslese ein. Vielleicht kann sich auch jeder von Ihnen einmal fragen, ob Sie den Lebensweg, den Sie gegangen sind, auch gegangen wären, wenn es Studiengebühren gegeben hätte und Sie selber keinen freien Zugang zu Hochschulen gehabt hätten. Der Zugang zu Bildung muss unabhängig von Status und Geldbeutel der Eltern sein. Die Tochter des Bankdirektors darf keine besseren Chancen aufgrund ihrer Herkunft haben als das Kind der alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerin.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)



Wer erreichen will, dass Studierende ihr Studium in kürzerer Zeit absolvieren, der muss die Bedingungen an den Hochschulen verbessern. Denn sonst kann man gar nicht feststellen, ob ein Student selbstverschuldet die Regelstudienzeit überschreitet. Ich bin Studentin, und ich weiß, wie unzumutbar zum Teil die Bedingungen an den hessischen Hochschulen sind. Ich weiß, dass man Seminare nicht besuchen kann, weil sie überfüllt sind, dass man Scheine nicht machen kann und dass man ins Hintertreffen gerät.

Es ist auch eine Tatsache, dass 70 % aller Studierenden arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt und ihr Studium finanzieren zu können. Das kostet natürlich Zeit. Das ist Zeit, die zum Studieren fehlt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren, und deshalb lehnen wir auch den Art. 3 im Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN ab,

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

mit dem Zwangsexmatrikulationen unserer Meinung nach erleichtert werden sollen. Das lehnen wir ab.

Die bereits gezahlten Studienbeiträge müssen zurückgezahlt werden. Wenn es falsch war, allgemeine Ge-

bühren zu erheben, dann ist es jetzt auch richtig, sie zurückzuzahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Hochschulen müssen die Ausfälle durch die Abschaffung der Studiengebühren aus Landesmitteln erstattet werden.

Jetzt möchte ich etwas zur vermeintlichen Nichtfinanzierbarkeit der Forderungen sagen, die wir aufstellen. Ich möchte darauf hinweisen, dass allein durch die Unternehmensteuerreform, an der der Ministerpräsident tatkräftig zur Unterstützung von Peer Steinbrück mitgewirkt hat, über 200 Millionen Euro dem hessischen Haushalt jedes Jahr fehlen. Ich habe niemanden gehört, der aufgeschrien hätte: „Das ist zu teuer, das können wir nicht gegenfinanzieren, das können wir uns nicht leisten, da müssten wir uns verschulden.“

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wer hat Ihnen das erzählt?)

Da hat niemand aufgeschrien. Das kann man sich offensichtlich leisten. Diese 200 Millionen Euro würden reichen, um die Studiengebühren zumindest finanzpolitisch überflüssig zu machen.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was für eine Logik!)

Zudem fordern wir die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Die würde dem Land Hessen 1,2 Milliarden Euro jährlich bringen. Das ist das Zehnfache der Einnahmen, die jetzt durch die Studiengebühren entstehen. Ich denke, man kann nicht immer Steuersenkungen für Unternehmer und für Vermögende fordern und sich dann beschweren, dass die Kassen so leer sind.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie haben es nicht verstanden!)

– Ich weiß nicht, wer Sie sind, ich kenne Ihren Namen noch nicht. Ich habe auch den Zwischenruf nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich möchte Ihnen noch den Vorschlag machen, wie man kurzfristig im Landshaushalt umschichten kann, beispielsweise bei teuren Verkehrsprojekten wie dem Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, den wir im Übrigen auch aus ökologischen Gründen ablehnen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Es ist unserer Meinung nach keine Frage des Nicht-Könnens. Es ist jahrzehntelang möglich gewesen, in Hessen kostenfrei zu studieren, in Deutschland kostenfrei zu studieren. Deutschland ist nicht ärmer geworden. Hessen ist ein reiches Land, wie wir auch

in der Regierungserklärung gehört haben. Warum also soll ein kostenfreies Studieren

heute nicht mehr möglich sein? Ich denke, es ist eine Frage der Prioritäten, nicht der Möglichkeiten. Es muss

möglich sein, dass in einem der reichsten Länder jedes Kind gleichberechtigt Zugang zu Bildung hat.

Es geht dabei auch nicht ums Piesacken. Das Geld gehört nicht der Landesregierung, man will es ihr nicht entreißen.

Vielmehr soll das Geld von der Regierung verwaltet werden, und zwar zum Wohle der Menschen. Dazu gehört auch der gleichberechtigte Zugang zu Bildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE steht darüber hinaus für einen grundsätzlich anderen Bildungsbegriff, der sich nicht an der Verwertbarkeit des Marktes, sondern am Menschen orientiert. Bildung darf eben keine Ware werden, die man kaufen kann, wenn man es sich leisten kann – oder eben nicht, wenn man es sich nicht leisten kann. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft, weder bei der Bildung noch bei der Gesundheit, noch beim Zugang zu Kultur. Für DIE LINKE gilt: Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht zum Privileg werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Möglichkeit, in Hessen ein Zeichen für freie Bildung, für Chancengerechtigkeit zu setzen, indem wir die Studiengebühren wieder abschaffen. Das wäre ein Signal für ganz Deutschland: In Hessen gibt es keine Auslese nach dem Geldbeutel der Eltern. Der freie Hochschulzugang ist eine Errungenschaft, die erkämpft wurde. Heute gilt es sie zu verteidigen. Deshalb ist es nötig, dass die Studierendenbewegung und die Gewerkschaften so lange Druck machen und auf die Straße gehen, bis dieses Gesetz endlich gekippt ist. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Posch:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. Es ist eine Tradition, dass in diesem Hause darauf hingewiesen wird, wann jemand seine erste Rede gehalten hat. Diese Tradition wollen wir beibehalten, weil es viele neue Abgeordnete gibt.

Herzlichen Dank, Frau Abg. Wissler.

(Allgemeiner Beifall)

Rede von Barbara Cárdenas

zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Für ein solidarisches Europa: Schutz und Hilfe für Flüchtlinge“
am 22. Mai 2014

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Spätestens seit dem Bootsunglück vor Lampedusa, als am 3. Oktober 2013 390 Geflüchtete vor der italienischen Mittelmeerinsel ertranken, steht die Flüchtlingspolitik wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Lampedusa, ein 20 km² großes Stück Land zwischen Tunesien und Sizilien, ist zum Synonym geworden für das Scheitern der europäischen Asylpolitik, für ein inhumanes Grenzregime, das den Tod verzweifelter Flüchtlinge nicht nur in Kauf nimmt, sondern als Bestandteil seiner Abschreckungspolitik einkalkuliert.

Am 26. Mai 1993, als der Bundestag mit den Stimmen der damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sowie mit Zustimmung der SPD den sogenannten Asylkompromiss beschloss, der die Asylgarantie des Grundgesetzes aushebelte, sagte Gregor Gysi in seiner Rede vor dem Parlament: Wer heute der faktischen Abschaffung des Asylrechts zustimmt, muss wissen, dass er Mitverantwortung trägt, wenn eines Tages an den Grenzen auf Flüchtlinge geschossen wird. Heute wissen wir: Die Grenzschutzagentur Frontex, die Europa eigens eingerichtet hat, um Migrantinnen und Migranten von seinen Grenzen fernzuhalten, muss gar nicht schließen.

Die Festung Europa kommt ohne Mauern und Schießanlagen aus, denn sie hat einen Burggraben. Fast täglich erreichen uns Nachrichten von Asylsuchenden, die – angewiesen auf lebensgefährliche Fluchtwege – im Mittelmeer, in der Ägäis oder im türkisch-griechischen Grenzfluss Evros verunglücken und sterben. Über 23.000 Geflüchtete sind seit dem Jahre 2000 auf dem Weg nach Europa ertrunken, verdurstet, erfroren oder auf andere Weise ums Leben gekommen. Wer schiffsbrüchigen Flüchtlingen zu Hilfe kommt – das hat nicht nur der Cap-Anamur-Prozess gezeigt –, riskiert, wegen Beihilfe zur illegalen Einreise strafrechtlich belangt zu werden. Das können wir nicht weiter hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Europa, das sich gerne als ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sieht, tatsächlich ein solcher Raum werden möchte, dann muss Europa zuallererst sein Grenzregime überdenken und in seiner Flüchtlingspolitik einen grundlegenden Kurswechsel einleiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Europa wird niemals ein Raum der Freiheit sein, wenn es Verfolgte und Schutzsuchende weiterhin brutal

abweist. Europa kann kein Raum der Sicherheit sein, wenn es das Massensterben vor seinen Toren nicht verhindert. Und Europa wird auch kein Raum des Rechts werden, wenn es den Rechtsschutz derjenigen, die in besonderem Maße darauf angewiesen sind, auf ein Minimalmaß reduziert, wenn es mit der Dublin-Verordnung ein Asylsystem bereitstellt, in dem Fragen der Zuständigkeit einzelner EU-Länder eine größere Rolle als die Fluchtgründe der Betroffenen spielen.

(Beifall bei der LINKEN)



Heute, drei Tage vor der Europawahl, fordern wir LINKE daher: Die Praxis, Flüchtlingsboote abzufangen und abzudrängen, muss aufhören. Wer Schiffsbrüchigen zu Hilfe kommen will, der darf juristisch nicht belangt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern: Schafft sichere Fluchtkorridore für Menschen, die Schutz bei uns suchen. Nur ein Bruchteil der Personen, die schutzbedürftig sind, kommt nach Europa. Das muss angesichts rechtspopulistischer Scharfmacher, die den Untergang Europas durch Flüchtlingsströme beschwören, immer wieder gesagt werden. Dem UNHCR-Bericht „Global Trends“ zufolge hielten sich Ende 2012 von den weltweit insgesamt 45 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind, 81 % in Entwicklungsländern auf. Dass Geflüchtete meist in ihrer Region bleiben, zeigt uns das Beispiel syrischer Kriegsflüchtlinge. Nach Deutschland sind laut UNHCR bislang 30.000 Personen geflüchtet, in die Nachbarstaaten Syriens dagegen 2,6 Millionen Menschen. Daher fordern wir LINKE: Europa muss einen substanziellen Beitrag dazu leisten, die Erstzufluchtsländer von Flüchtlingen, die strukturell meist überfordert sind, zu entlasten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Resettlement-Initiative des UNHCR, bei der es um die dauerhafte Aufnahme von Schutzbedürftigen in aufnahmebereiten Drittstaaten geht, muss zu einem europäischen Projekt werden. Von den 80.000

Resettlement-Plätzen, die weltweit tatsächlich zur Verfügung stehen, bieten alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen nur 5.500 an. 20.000 Neuansiedlungsplätze müssten es aber sein, um dem Richtwert des UNHCR für die Europäische Union zu genügen. Wir fordern weiterhin, denjenigen Asylsuchenden, die es trotz aller Widrigkeiten nach Europa geschafft haben, ein faires Asylverfahren zu garantieren, das sie schützt. Wir wollen weg von der bisherigen Regelung der Dublin-Verordnung, die Asylsuchende zwingt, ihr Asylverfahren im Land ihrer Einreise durchzuführen, und sie in allen anderen Ländern der Europäischen Union in die Rechtlosigkeit treibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Verordnung, die dazu führt, dass Schutzsuchende in einem entwürdigendem Verfahren zwischen den EU-Ländern hin und her geschoben, inhaftiert oder in die Illegalität getrieben werden, ist auch zutiefst unsolidarisch, weil sie einseitig die südlichen Randstaaten belastet. Wir LINKE fordern daher eine grundlegende Reform des Dublin-Systems. Wir fordern, wie übrigens auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in seiner Initiativstellungnahme vom 16. Oktober 2013, dass Geflüchtete selbst entscheiden, in welchem Land sie das Asylverfahren durchführen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss noch ein Wort zu den jüngsten Gesetzesentwürfen der Bundesregierung. In dem Entwurf für ein Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung will die Bundesregierung durch die Einführung einer Art Aufnahmehaft die Haftgründe für Asylsuchende ins Uferlose ausdehnen. Diese Initiative ist, wie es Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ auf den Punkt brachte, „Perfidie in Paragrafenform“. Wir meinen, das ist ein Entwurf, der nicht zu geltendem Recht werden darf.

(Beifall bei der LINKEN)

In einem weiteren Vorstoß der Bundesregierung sollen Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. In diesem Kabinettsentwurf kommt eine gesellschaftliche Stimmung zum Ausdruck, die von antiziganistischen Ressentiments geprägt ist – eine Stimmung, die nicht zuletzt von Stellungnahmen aus dem Regierungslager befeuert wird, wonach Romaflüchtlinge nur aus wirtschaftlichen Gründen gekommen seien und das Asylrecht missbräuchten. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Verfolgungssituation von Roma in den angeblich sicheren Balkanstaaten findet nicht statt, weder in der Begründung zum Kabinettsentwurf noch in anderer Form. Die Lageanalyse im Entwurf sei

verharmlosend und irreführend und berücksichtige nicht den unionsrechtlich relevanten Rechtsmaßstab, schreibt folgerichtig der Asylrechtsexperte Dr. Reinhard Marx in seinem Rechtsgutachten vom 23. April 2014. Man muss hinzufügen: Dieser Entwurf berücksichtigt auch in keiner Weise die historische Verantwortung Deutschlands. Ein Land, das den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma als historische Schuld auf seinen Schultern trägt, kann sich weder eine öffentliche, schamlos quer durch alle Fernsehkanäle geführte antiziganistische Debatte leisten, noch kann es sich leisten, Schutz suchende Roma vor seinen Toren abzuweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern daher die Landesregierung auf, im Bundesrat die Zustimmung zu diesem Gesetz zu verweigern. Abschließend: Sehr verehrte Damen und Herren, wir meinen, in der Flüchtlingspolitik kristallisiert sich der moralische Anspruch eines Gemeinwesens. Wir wollen ein Europa, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, das seine Mitglied- und seine Nachbarstaaten fair behandelt und dessen maßgeblicher Maßstab beim Umgang mit Menschen in Not der Gedanke der Solidarität ist. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Rede von Gabi Faulhaber

zum Antrag der LINKEN „Unterrichtsausfall ernst nehmen, statt verschleiern“ am 25. April 2018

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gerade erst behauptete der Kultusminister wieder: in Hessen fällt kein Unterricht aus. Es gebe Vertretungen und genügend Personal für Vertretungen.

Jetzt frage ich Sie: Gibt es Paralleluniversen in der hessischen Bildungspolitik?

Ein ahnungsloser Kultusminister, der auf der lichtdurchfluteten Sonnenseite agiert und eine dunkle Seite, auf der es diesen geheimnisvollen Unterrichtsausfall gibt und diesen Lehrermangel und diese Überlastungen?

Gibt es keine fachfremd eingesetzten Kräfte an unseren Schulen oder sind das vielleicht Aliens?

Und beide Welten sind ohne Kontakt? Und ohne kompatible Kommunikationsstruktur?

Die Frage ist doch: Sind Sie wirklich ahnungslos, Herr Lorz, oder verbreiten sie nur eitel Sonnenschein in der Öffentlichkeit und ignorieren arrogant alle Versuche,

Ihnen die Probleme an den hessischen Schulen nahe zu bringen? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Wäre Letzteres der Fall, würde ich sagen: Ein solcher Kultusminister ist nicht tragbar.

Und ein bildungspolitischer Sprecher, der wie eine hüpfende Schallplatte ständig wiederholt, an den hessischen Schulen sei alles bestens und so gut wie nie zuvor, ist im Übrigen auch nicht tragbar.

Sie, Herr Schwarz, sind doch nach eigener Aussage ständig an den Schulen unterwegs. Dann erklären Sie mir mal bitte, wieso Sie dann nicht einen einzigen Blick auf einen der Vertretungspläne geworfen haben.

Über was unterhalten Sie sich denn mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort?

Meine Damen und Herren,

Sie wundern sich über die Politikverdrossenheit junger Menschen? Über das fehlende Vertrauen in die Politiker? Ja, hier haben Sie ein Paradebeispiel dafür, wie so eine Verdrossenheit entsteht.

Da behauptet ein Kultusminister jahrelang, es gäbe keinen Unterrichtsausfall an hessischen Schulen und der Landesschülervertretung gelingt es durch eine simple Abfrage, dies zu widerlegen.

Dann soll das Vertrauen in die Politik schaffen? Also ich bitte Sie!

Und nun schauen wir uns doch mal an, was die Schülerinnen und Schüler erfragt haben: Herausgefunden haben sie, dass es massiven, aber wirklich massiven Unterrichtsausfall in Hessen gibt.

Hochgerechnet auf etwa 700 weiterführenden Schulen fallen pro Schule über 23 Unterrichtsstunden im Schnitt aus – täglich!

Und wenn man da nicht von massivem Unterrichtsausfall reden kann, Herr Lorz, dann weiß ich es auch nicht!

Es hilft doch auch nicht, wenn Sie hier darstellen, wie komplex die Beurteilung sei, ob es sich um Unterrichtsausfall handele oder nicht und über Englischlehrer erzählen, die ausfallende Mathematikstunden auffangen. Als ob wir ausreichend Fachlehrer als Vertretungsreserve hätten! Diese Fachlehrer sind verplant! Natürlich haben die Schulen Vertretungspläne. Aber ich war Lehrerin von Beruf und Sie können mit nicht erzählen, dass alle Stunden pädagogisch sinnvoll oder aber überhaupt vertreten werden.

Und immer wiederholen Sie auf Anfragen der Opposition allen Ernstes, Unterrichtsausfall sei kein Thema!

Ebenfalls kein Thema für Sie sind die zahlreichen Überlastungsanzeigen Ihrer Lehrkräfte und ebenso

wenig deren Gesundheit.

Kein Thema ist eine gerechte Bezahlung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, kein Thema ist eine umfassende Bedarfsanalyse bezüglich des tatsächlichen Investitionsbedarfs für Schulgebäude und kein Thema ist die Ungerechtigkeit in Bezug auf das Schülerticket.

Daher finde ich die Bezeichnung der SPD „Minister Ahnungslos“ durchaus zutreffend.

Sie weigern sich hartnäckig, Dinge zur Kenntnis zu nehmen!



Was für Sie selbst, Herr Lorz, kein Thema ist, wird von Ihnen auch nicht als Thema wahrgenommen.

Da liegen wirklich beunruhigende Studien über Arbeitsbelastungen und Gesundheitszustände von Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Bundesländern vor, und das interessiert sie überhaupt nicht! Ich finde das skandalös!

Stattdessen verkauften Sie uns und der Öffentlichkeit gestern in einer Pressekonferenz die Mogelpackung „Pakt für den Nachmittag“ als ein Erfolgskonzept.

Mal davon abgesehen, dass viele Betreuungseinrichtungen des Pakts schon lange vor seiner Einführung die gleiche Arbeit getan haben, für die Schwarzgrün sich hier lobt, kann man eine Beteiligung von nicht einmal 20 Prozent der Grundschulen doch nicht als großen Erfolg propagieren! Das ist doch lächerlich!

25 von 33 Schulträgern sind im Ganztagsprogramm – das klingt gut. Das sagt aber nichts über die Zahl der Schulen. Und dass 70 Prozent der hessischen Schulen ein Ganztagsangebot hätten, halte ich für ein Gerücht. Nur weil es ab und zu eine Nachmittags-AG gibt, kann man das noch lange nicht Ganztagsangebot nennen!

Und dann wird dieser Pakt nicht einmal finanziell von der schwarzgrünen Landesregierung getragen.

Dafür sind dann die Kommunen verantwortlich.

Die allerdings werden bei der Lobdudelei nicht berück-

sichtigt. Auf keiner einzigen der Pressekonferenzen oder Ausschusssitzungen, die sich um den Pakt für den Nachmittag drehten, war auch nur eine kommunale Vertretung anwesend.

Aber nochmal kurz zurück zum Ausgangspunkt: So kann es ja nicht weitergehen! Wir fordern eine umfassende Bedarfsanalyse, die den tatsächlichen Lehrermangel erfasst und den zukünftigen Lehrerberarf in Hessen hochrechnet.

Dabei müssen sowohl der Unterrichtsausfall als auch die gesundheitlich bedingten Arbeitsausfälle erfasst werden.

Es hilft ja nicht weiter, wenn sie immer wieder schöne Zahlen aufzählen und alles in rosaroten Farben malen.

Wenn ein Kultusministerium die gesundheitsrelevanten Probleme nicht wissen will und keine Vorstellung von Unterrichtsausfall und Lehrerberarf hat – kann es nicht beurteilen, was zukünftig getan werden muss.

Diese gefährliche Nachlässigkeit darf nicht weiter auf dem Rücken von Lehrkräften, Schulleitungen und Schülerinnen und Schülern ausgetragen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede von Hermann Schaus

zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses am 23.08.2018

Herr Präsident / Frau Präsidentin,

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als im November 2011 bekannt wurde, dass die Ceska-Mordserie und der Mord an Halit Yozgat von Neonazis verübt wurden, haben die Bundesregierung und auch wir alle im Hessischen Landtag lückenlose Aufklärung versprochen.

Alle Hintergründe und eventuelles Behördenversagen zum NSU-Komplex sollten aufgedeckt werden.

Doch dieses Versprechen wurde nicht eingelöst:

Aber weil die Behörden – auch in Hessen – im Kampf gegen rechts versagt haben und insbesondere Volker Bouffier als damaliger Innenminister eine hohe politische und persönliche Mitverantwortung trägt, sollte der NSU-Skandal möglichst vertuscht werden.

Schon bevor der Untersuchungsausschuss im Mai 2014 nur mit den Stimmen von SPD und LINKEN eingesetzt wurde, standen gravierende Vorwürfe im Raum:

- Der Geheimdienstler Andreas Temme war beim NSU-Mord in Kassel unmittelbar am Tatort, er hatte sich aber nicht als Zeuge gemeldet, Kollegen belogen und behauptet er kenne den Tatort und das Opfer nicht, und hatte zudem zahlreiche weitere Dienstvergehen begangen.
- Die hessische Polizei warf dem Geheimdienst vor, Temme vor den Ermittlungen zu schützen. Von einer Unterstützungshaltung des LfV war die Rede.
- Die Ermittler wollten Temmes V-Leute vernehmen, aber der Geheimdienst verweigerte dies. Selbst der bayerische Innenminister Beckstein intervenierte vergeblich bei Bouffier.
- Aber Volker Bouffier, der das Parlament über all diese Vorgänge nicht informierte, verfügte am Ende höchst persönlich, alle V-Leute zu sperren und behinderte die Mordaufklärung damit.

Insbesondere Volker Bouffier wies jeden Fehler und jede Verantwortung von sich und sagte im Bundestagsuntersuchungsausschuss 2012:

„Die Entscheidung war richtig, auch aus heutiger Sicht. Ich kenne niemanden, der ernsthaft bestreitet, dass das anders wäre.“ Doch: *Ich* bestreite das!

Im Abschlussbericht des 1. NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages, der im Gegensatz zu Hessen einstimmig beschlossen wurde, heißt es zur Sperrung der V-Leute:

„Die Polizei sah ihre Ermittlungen dadurch zu Recht massiv beeinträchtigt (...) Die Entscheidung in diesem besonderen Fall traf ein halbes Jahr nach der Tat im Oktober 2006 der damalige Innenminister von Hessen, Volker Bouffier.“

Welch gravierende Vorwürfe gegen den ehem. Innenminister wie: Ermittlungen massiv beeinträchtigt. Dem müsste eigentlich ein Parlament, dessen Aufgabe es ist die Regierung zu kontrollieren, unverzüglich nachgehen! Ein Untersuchungsausschuss ist laut Verfassung ein Instrument zur Kontrolle der Regierung. Und mit der Beantragung des Hessischen NSU-Untersuchungsausschusses und der intensiven Arbeit über 4 Jahre, hat DIE LINKE versucht, unter schwierigen Bedingungen, unser 2012 gemeinsam gegebenes Aufklärungsversprechen einzulösen.

Wir sagen: Die NSU-Opfer, deren Angehörige und die Öffentlichkeit hatten ein Recht darauf!

2000 Akten, über 100 Zeugenvernehmungen und 7000 Protokoll-Seiten später, gilt es heute festzustellen: Wir haben einiges erreicht, aber anderes bleibt weiter im Dunkeln.

Zunächst aber möchte ich mich bei den unzähligen

Besuchern und Gästen des NSU-Ausschusses, bei den NSU-Opfer-Anwälten, bei den vielen Sachverständigen, darunter auch die NSU-Obleute aller Fraktionen im Deutschen Bundestag, bei den ehrenamtlichen Initiativen z.B. „NSU-Watch“ „Initiative 6. April“ und „Nachgefragt“, bei zahlreichen Journalistinnen und Journalisten und bei der Landespresse sowie bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Interesse und ihr Durchhaltevermögen bedanken. Ohne diese Begleitung, ohne die zahlreichen Veröffentlichungen und ohne öffentlichen Druck wäre eine Aufklärung so nicht möglich gewesen. Und öffentlichen Druck brauchen wir auch weiterhin!

Auch bei der SPD möchte ich mich bedanken, trotz unterschiedlicher Auffassung in manchen Punkten. Denn als LINKE hätten wir allein weder einen Ausschuss noch Beweisanträge durchbekommen. Dafür braucht man 20 Prozent der Stimmen.

Wir haben als LINKE ein 250-seitiges Sondervotum vorgelegt. Das Sondervotum war nötig, weil wir sowohl mit der Sachdarstellung als auch mit dem Fazit der Regierungsfractionen an vielen Stellen überhaupt nicht einverstanden sind.

Schon bei der ersten Lesung des Entwurfs des Berichterstatters machten wir an 242 Stellen Anmerkungen.

CDU und Grüne haben von Beginn an gemeinschaftlich ihre Verfahrensmehrheit dazu missbraucht, so viel wie möglich zu blockieren. Der Ausschuss-Vorsitz ging – wie immer – an die CDU.

Die Akten, die uns über die Staatskanzlei zugestellt wurden, kamen erst gar nicht, dann mit unzähligen Fehlblättern, Schwärzungen und als geheim eingestuft. Auch die Geheimakten waren geschwärzt. Das heißt: Man kann sie erstens nicht richtig lesen und darf zweitens nicht öffentlich darüber sprechen. Etwa 30 Prozent aller Akten waren von Schwärzungen, Lücken und Geheimhaltungen betroffen.

Versuchen Sie mal ein Buch zu lesen, in dem durchgängig zahlreiche Seiten fehlen und die spannendsten Stellen auch noch geschwärzt sind.

Auch der Berichterstatter, also derjenige der den Abschlussbericht verantwortet, wurde mit Jürgen Frömmrich von den Grünen besetzt. Er durfte am Ende, nach 4 Jahren versuchter Blockade durch CDU und Grüne, feststellen, was der Ausschuss angeblich herausgefunden hat und was nicht.

Immerhin, dass muss man dem Bericht von Herrn Frömmrich lassen, wird zumindest die desaströse Rolle von Andreas Temme und des LfV nicht weiter geleugnet. Es werden erstmals Fehler eingestanden. Es

wird sogar eingestanden, dass Hinweisen auf Rechtsterror und den NSU nicht nachgegangen wurde und dass Akten fehlen.

All das war aber nicht mehr zu leugnen, weil SPD und LINKE es im Ausschuss herausgearbeitet haben.

Dazu gehört auch, dass dem hessischen Untersuchungsausschuss, wie auch dem UNA im Deutschen Bundestag entscheidende Dokumente und Akten vorenthalten wurden.



Hierzu einige Beispiele:

- die Vermerke zum Disziplinarverfahren gegen Temme. Sie belasten Temme und Volker Bouffier. Nachzulesen in unserem Sondervotum;
- den für 120 Jahre geheimen NSU-Prüfbericht des Verfassungsschutzes – er wurde jahrelang verschwiegen und auch dem Bundestag nicht übermittelt. Er benennt gravierende Versäumnisse im NSU-Komplex in Hessen:

Massenhaft sei Hinweisen auf Waffen- und Sprengstoffbesitz nicht nachgegangen worden, ebenso auch nicht den Hinweisen auf „allgemeinen Rechtsterror“ und NSU-Bezüge. 541 Aktenstücke gingen verloren, wichtige Akten wurden auch in Hessen geschreddert

All dies wurde lange verschwiegen und noch dazu für 120 Jahre zur Geheimsache erklärt. Hinzu kommt, dass die Quellenabfrage, mit der wir belegen können, dass Andreas Temme und das LfV schon vor dem NSU-Mord von Kassel dienstlich mit der Ceska-Serie befasst waren erst nachträglich aufgrund expliziten Antrags von uns geliefert wurde

Das ist eine ganz gravierende Tatsache! Denn genau das wurde der Polizei, dem Bundestag und dem Landtag gegenüber immer geleugnet und das Dokument genau deshalb zurück gehalten.

Dies alles mussten wir eigenständig durch Zeugenaussagen herausarbeiten, um die Landesregierung zur Herausgabe dieser Akten explizit auffordern zu können, obwohl sie längst hätten geliefert werden müssen.

Ebenso mühsam und aufwendig war der Kampf hinter den Kulissen zur teilweisen Herabstufung von Geheimpapieren, um sie für die Öffentlichkeit freizugeben.

Dies sagt selbst der NSU-Ausschusses des Deutschen Bundestages:

„Gerade auch vor diesem Hintergrund sieht der 3. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode in der lückenhaften Aktenvorlage des Landes Hessen eine erhebliche Beeinträchtigung seiner Aufklärungsarbeit.“

Der Vorsitzende dieses NSU-Ausschusses im Bundestag, war übrigens der CDU-Abgeordnete Binniger.

Nein: Herr Bellino, Herr Hahn, meine Damen und Herren: Die einzige Verschwörungstheorie, die wir nachweisen konnten, ist, dass der Verfassungsschutz angeblich die Verfassung schützt.

Durch das V-Leute System, auf das die wesentliche Arbeit des LfV aufbaut, macht sich der Verfassungsschutz abhängig von den Informationen die Neonazis liefern. Das sind aber oftmals mehrfach verurteilte Straftäter, die dann dafür bezahlt werden.

Als LINKE werden wir deshalb weiterhin diese Tatsache immer wieder anzuprangern und fordern:

Hören Sie auf Nazis dafür zu bezahlen, dass sie Nazis sind, damit stärken sie nur deren Strukturen!

Meine Damen und Herren,

es gab nachweislich gravierende Versäumnisse im Kampf gegen rechte Gewalt und rechten Terror, in Hessen.

Auf ca. 50 Seiten haben wir unsere wichtigsten Erkenntnisse zur nach wie vor aktiven Neonazi Szene in Hessen zusammengefasst. Insbesondere dem Geheimdienst und dem Innenministerium ist vorzuwerfen, dass über Jahre hinweg, reihenweise Belege und Hinweise auf Waffen, Sprengstoff, Militanz und Rechtsterror vorlagen, aber dies öffentlich geleugnet und zur Geheimsache erklärt wurde. Selbst noch nach Auffliegen des NSU in 2011. Es gab seit 1998 in Hessen Hinweise auf den späteren NSU und über Beziehungen hessischer Nazis zum späteren NSU.

Hätte man die sogenannte 2. Fallanalyse des LKA-Bayern nach dem Mord von Kassel ernst genommen, nämlich, dass die Täter abgetauchte Neonazis mit Waffen- und Sprengstoff sind und hätte man 2006 einfach mal in die eigenen Akten und Berichte in Hessen geschaut, dann wäre man zwangsläufig bei Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gelandet.

Denn genau dazu gab es einen LfV-Bericht an das Innenministerium.

Es gilt ferner festzustellen, dass weitere Belege auf NSU-Bezüge, Bilder von Beate Zschäpe mit hessischen Neonazis – angeblich nicht mehr zuordenbar waren,

Die Akten der im Rechtsterror-Milieu in Hessen und Thüringen sehr aktiven Corynna G. – leider aus unerklärlichen Gründen im LfV angeblich 2009 gelöscht wurden.

In einem weiteren, bis vor Kurzem noch geheimen Dokument, ist belegt, wie das LfV auf Temmes V-Mann Gärtner bei dessen BKA-Vernehmung Einfluss nahm. Der Vorgang sollte geheim gehalten werden, es gab die Anweisung, keine Akten anzulegen und alle Hinweise darauf zu vernichten. Nachzulesen nur im Bericht der LINKEN.

Niemand im LfV wurde bis heute zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil: Temme wurde geschützt, das Budget des Geheimdienstes seither verdoppelt, die Befugnisse ausgeweitet und die Parlamentarische Kontrolle des Geheimdienstes ist weiterhin völlig unzureichend.

DIE LINKE fühlt sich deshalb nachhaltig darin bestärkt, dass die Verfassungsschutzbehörden abgeschafft und in wissenschaftlich arbeitende Dokumentations-, Demokratie- und Menschenrechtsstellen umgewandelt werden müssen.

DIE LINKE ist davon überzeugt, dass der Geheimdienstler Andreas Temme den Mord an Halit Yozgat wahrgenommen oder zumindest dessen Leiche gesehen haben muss. Dafür sprechen die Abläufe am Tatort und auch sein Verhalten nach dem Mord:

Temme hat sich trotz Zeugenaufwurf nicht bei der Polizei gemeldet. Er hat kurz nach der Tat gegenüber seinen Kollegen behauptet, das Internetcafé und Opfer nicht zu kennen und damit ganz klar gelogen.

Er wusste ebenfalls schon am Montag nach dem Mord, dass dabei die Ceska benutzt wurde, ohne dass dies vorher in der Zeitung stand.

Er wurde am gleichen Tag bei einem Gespräch mit seinem V-Mann Gärtner nervös, als dieser ihn auf den Mord ansprach. Warum? Und Temme löschte kurz darauf seinen Chat-Account, den er im Internet-Café vor bzw. während des Mordes benutzte – er löschte also die Spur, welche die Polizei dann aber doch zu ihm führte.

All das macht aber doch nur dann Sinn, wenn Temme zumindest die Leiche gesehen und die Verbindung zur Ceska-Serie hergestellt hat.

Temme hatte Wahrnehmungen des Mordes und verbirgt sein Wissen bis heute. Damit aber nicht genug: Die Polizei ermittelte, dass Temme sich einer ganzen Reihe weiterer schwerer dienstlicher Verfehlungen

schuldig gemacht hatte.

So wurden Verschlussachen bei ihm zu Hause gefunden. Er hatte private Kontakte zum lokalen Hells-Angels Chef. Er hatte Waffen auf die Dienststelle mitgenommen. Er hatte Dutzende Nazi-Texte zu Hause und vieles mehr.

Schon zu Beginn der Ermittlungen begann dann die Vertuschung. Erst durch den Geheimdienst und dann durch den ehemaligen Innenminister Bouffier:

Die Polizei wollte wissen, ob Temme mit V-Leuten über die Mordserie gesprochen hatte und wollte sie deshalb selbst vernehmen.

Heute wissen wir, dass es 2 Wochen vor dem Mord eine Quellenabfrage zur Ceska-Serie gab. Nicht nur Temme, sondern alle V-Mannführer waren also mit der Mordserie betraut.

Die Polizei hätte also allen Grund gehabt, bis tief in den Geheimdienst zu ermitteln. Das galt es zu verhindern. Temme und das LfV verheimlichten der Polizei diese Tatsache und der Innenminister es dem Parlament. Das LfV traf sich immer wieder mit Temme, auf Raststätten und in Wiesbaden. Vorgesetzte geben telefonische Beratung wie er seine dienstliche Erklärung verfassen soll und das LfV weigerte sich - trotz Mordermittlungen - und reihenweise Dienstverfehlungen ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Das LfV wollte Temme sogar Mitte Juli 2006 wieder in Dienst stellen - bei laufenden Mordermittlungen!

Erst als die Presse den Hinweis auf einen Verdächtigen Geheimdienstler bekam, wurde Temme eilig geraten selbst ein Disziplinarverfahren einzuleiten und ihm der Text hierfür diktiert. Alles nachweisbar und nachlesbar. Wie aber verhielt sich dabei der Innenminister Bouffier, der sowohl für die Polizei, wie auch für den Verfassungsschutz zuständig war?

Wir wissen, dass Bouffier ebenso wie die Spitze des LfV und des Innenministeriums sofort nach der Festnahme Temmes am 21. April 2006 informiert wurde.

Die Tatsache, dass ein LfV-Mitarbeiter unter Verdacht der Beteiligung an einer Mordserie steht, dass er reihenweise Dienstverfehlungen begangen hat, dass es einen Konflikt zwischen Polizei und Geheimdienst um V-Leute gibt, ist natürlich berichtspflichtig gegenüber der Kontrollkommission und dem Innenausschuss.

Im Innenministerium wurde aber eine Geheimhaltungsstrategie, nachweisbar durch die Vermerke aus dem Landespolizeipräsidium und aus dem Innenministerium beschlossen. (Sie) Herr Bouffier und (ihre) seine Mitarbeiter waren zu diesem Zeitpunkt voll im Bilde, sie bekamen detaillierte schriftliche Berichte.

Am 17. Juli 2006 kommt es dann zu einer eiligst einberufenen Sondersitzung des Innenausschusses. Dort sagt der Innenminister Bouffier mehrfach die Unwahrheit. Sie (Er) sagten Sie (er) hätten „es gerade erst aus der Zeitung“ erfahren, es gäbe „kein Regierungshandeln in irgendeiner Form“. Das war falsch! Sie (Er) und das LfV waren ab dem 21. April voll informiert, Ihnen (Ihm) lagen schriftliche Bericht vor, es gab Absprachen zum Disziplinarverfahren und es gab die Befassung auf der Innenminister-Konferenz (BKA) Anfang Mai. Sie (ER) sagten zudem: „ein Disziplinarverfahren haben wir nicht“, auch falsch (Herr Bouffier). Das Verfahren wurde bereits am 12.07.2006 eingeleitet, Sie und ihre Mitarbeiter und das LfV wussten auch dies. Sie (Er) haben (hat) ja sogar einen Tag nach der INA-Sitzung zusammen die weiteren Schritte im Disziplinarverfahren im Ministerium besprochen. Sie (Er) sagten dem Innenausschuss: (Temme) „kann es nicht gewesen sein. Daraus kann man auch ableiten, dass der Mann unschuldig ist“. Und das bei laufenden Mordermittlungen! Von sämtlichen weiteren dienstlichen Verfehlungen gegen Temme aber kein Wort! Und Sie (er) sagten: dass es „keinen dienstlichen Bezug in irgendeiner Form“ gibt und begründeten damit auch noch, warum zuvor nicht berichtet worden war.

Aber auch das war völlig falsch, wie nicht nur durch die oben angesprochene Quellenabfrage bewiesen ist und Sie (Bouffier) behaupten im Beisein der LfV-Spitze und ihrer Mitarbeiter, die das alles wussten, es gäbe keinen dienstlichen Bezug?

Und dann passiert das absolut Ungeheuerliche:

Temme blieb trotz Allem disziplinarrechtlich völlig unbehelligt. Und zwar weil durch ihre Anweisungen das Disziplinarverfahren von Beginn in den Sand gesetzt wurde. In den Akten steht, dass „Fürsorgeerwägungen für den Bediensteten und Ansehen der Behörde“ entscheidend sind und dass auf Ihren Wunsch hin „die Bezüge des Beamten nicht gekürzt“ werden sollen. Alles Schwarz auf Weiß nachlesbar.

Die Frage - Herr Bouffier - ist: Wie können Sie das denn verfügen, wenn zeitgleich die Polizei immer noch wegen Mord ermittelt und Temme sich so verhalten hat?

Wir haben auch herausgearbeitet, dass Temme Teilnehmer bei dem CDU-Arbeitskreis im Geheimdienst war? Und dass Sie beide bei mindestens einer Veranstaltung zeitgleich anwesend waren?

Und zuletzt stellte der neue LfV-Präsident Eisvogel 2007 das Verfahren gegen Temme einfach ein, um ihm nach eigenen Worten „Pardon“ zu geben und hat die Gründe hierfür nicht dokumentiert.

Der Aussage von Katharina Sch., die als erste mit dem

Disziplinarverfahren beauftragt war, es sei „unsäglich, wenn man einen Mitarbeiter oder ehemaligen Mitarbeiter so ungeschoren davonkommen lässt“, schließt sich DIE LINKE ausdrücklich an.

Das war unsäglich, Herr Bouffier. Und genau diese Akten wurden uns gegenüber zurück gehalten. Auch das ist ihre politische Verantwortung, Herr Bouffier!

Aber das ist noch nicht alles!

Obwohl es im August 2006 eine Einigung zwischen Staatsanwaltschaft und LfV gab, wonach die Quellen vernommen werden konnten - der Streit also mit Hilfe des Generalstaatsanwaltes beigelegt wurde - haben Sie (er) persönlich diese Einigung wieder einkassiert und die Quellen im Oktober 2006 gesperrt. Ihre Begründung war ein sogenanntes Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Das Blöde ist jetzt aber, dass der Verfasser dieses sogenannten Gutachtens selber sagt, dass nur eine Stellungnahme zu fünf V-Leuten war, ohne jede rechtliche Bedeutung und Abwägung.

Zitat Zeuge Eisvogel:

„Um mehr wurde nicht gebeten, insbesondere auch nicht um eine rechtliche Stellungnahme oder gar einen Entscheidungsvorschlag. Auch war keineswegs die Rede davon, ob und inwieweit man sich mit den Strafverfolgungsbehörden bereits auf eine nur teilweise unmittelbare förmliche Einvernahme von Quellen geeinigt habe.“

Ihre Sperrerklärung umfasste einen einzigen pauschalen Satz, wonach alle Quellen zu sperren sind. Mit den Ermittlern haben sie darüber nicht ein einziges Mal gesprochen, mit dem LfV aber ständig. Ihnen (Ihm) ist damit vorzuwerfen, die Ermittlungen in einer bundesweiten Mordserie persönlich und ohne rechtswirksame Abwägung behindert zu haben, weil Ihnen (ihm) der Schutz Temmes und der V-Leute wichtiger war, als die Mordermittlungen. Die Vorwürfe des Bundestages waren also mehr als berechtigt.

Herr Bouffier: Sie waren von 1999 bis 2010 der zuständige Innenminister. Ihnen (Ihm) lagen sämtliche Informationen vor, sowohl zur tatsächlichen Gefahr der Nazi-Szene und den abgetauchten Bombenlegern. Als auch zu den Vorwürfen der Polizei gegen Temme und den Geheimdienst! Sie (Er) haben wider besserm Wissen die Gefahr durch Rechtsterror und vernetzte, militante Nazis in Hessen immer wieder heruntergespielt. Sie (Er) persönlich haben schützend die Hand über Temme und den Geheimdienst gehalten! Sie (Er) persönlich haben (hat) durch ihre rechtswidrige Entscheidung, die V-Leute für Polizei-Ermittlungen zu sperren, die Mord-Ermittlungen behindert - so wie

es Ihnen der Bundestag, mit den Stimmen aller Abgeordneten des Untersuchungsausschusses, zurecht vorgeworfen hat. Und Sie (er) persönlich haben (hat) das Parlament 2006 nachweislich und wissentlich völlig desinformiert - um die ganze Affäre um Temme zu vertuschen.

Herr Bouffier, es wäre mehr als gut, wenn sie nun endlich an dieses Pult treten, um sich ihrer Verantwortung als langjährigem Innenminister und Ministerpräsident zu stellen.

Ich halte Sie für völlig untragbar und die Arroganz, mit der Sie seit Jahren behaupten, alles richtig und sogar alles wieder so machen zu wollen, für völlig unerträglich.

Nun noch ein Wort zur Hessischen Polizei.

Es war durchaus beeindruckend, wie intensiv hier ermittelt wurde und wie weit man bereit war, auch gegen das LfV und den Innenminister einen Konflikt zu führen. Wir haben auch festgestellt, dass die Ermittlungen der Polizei gegen Temme größtenteils nicht zu bemängeln sind. Wo die Polizei und Staatsanwaltschaft allerdings einen schrecklichen Fehler gemacht haben, war im Umgang mit der Familie Yozgat. Zwar gab es einzelne Ermittler, die bis heute ein gutes Verhältnis zur Familie pflegen, hervorzuheben ist der damalige Leiter der MK Café, Herr Wetzel.

Aber wir haben auch festgestellt, dass schwere, teilweise rechtswidrige Grundrechtseingriffe gab:

- Die Telefone der Familie wurden mehr als 6 Monate abgehört,
- der Vater von Halit Yozgat wurde observiert,
- es gab sogar einen rechtswidrigen Einsatz von verdeckten Ermittlern gegen die Familie.
- Sie wurde teilweise so behandelt, als wären sie keine trauernden Angehörigen und Zeugen, sondern Tatverdächtige.

Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund frappierend, dass die Familie bereitwillig mit der Polizei zusammengearbeitet hat, und ihr großes Vertrauen entgegenbrachte. Auch ist völlig unverständlich, dass bei einer Mordserie, der bereits damals acht weitere Personen zum Opfer gefallen waren, die nach dem damaligen Ermittlungsstand keinerlei Bezüge zueinander hatten, dennoch der Fokus der Ermittlungen so einseitig auf den Bereich der Familien gerichtet gewesen ist, statt aus dem einzigen, die Opfer verbindenden Element, - dem Migrationshintergrund - die richtigen Schlüsse zu ziehen, und nach rassistisch motivierten Tätern zu suchen. Bei diesem Automatismus handelt es sich um institutionellen Rassismus. Diesem sind auch die Angehörigen von Halit Yozgat zum Opfer

gefallen. Dafür möchte ich mich bei der Familie entschuldigen und erneut das Mitgefühl meiner Fraktion übermitteln, verbunden mit dem Versprechen, dass wir weiterhin auf eine rückhaltlose Aufklärung drängen werden.

Zuletzt: Wir haben in 33 Handlungsempfehlungen niedergelegt, was unserer Meinung nach geschehen müsste, damit sich derartiges nach Möglichkeit nicht wiederholt. Unsere Kritik am Geheimdienst, am Innenministerium, an den Sicherheitsbehörden ist bereits deutlich geworden. Die Erfahrungen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss bestätigen und verstärken sogar unsere Kritik.

Dennoch: Rassismus, auch institutioneller Art ist und bleibt ein Problem der ganzen Gesellschaft. Der Kampf gegen Menschenhass, Rassismus und Antisemitismus geht uns alle an!

Rede von Jan Schalauske

zur Aktuellen Stunde der LINKEN mit dem Titel „Hilferufe aus dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) müssen von der grünen Wissenschaftsministerin endlich erhört werden – mit einer Petition fordern über 17.500 Menschen eine Rückabwicklung der gescheiterten Privatisierung durch das Land“ am 11. Oktober 2021

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Uniklinikum Marburg musste im Juli dieses Jahres die Station 121 der HNO-Klinik geschlossen werden, weil Pflegekräfte fehlen. Das Problem war der Geschäftsführung seit zwei Jahren bekannt. In der Station hatten sich über 3.000 Überstunden verteilt auf 14 Köpfe angesammelt. Man fühle sich, so eine Pflegerin, „bis auf den letzten Tropfen ausgepresst und ausgenutzt“. Vor nicht einmal vier Wochen kündigten auf einer Station der Gefäßchirurgie 15 von 16 Pflegekräften auf einmal.

Fast die ganze Station wechselte geschlossen an das Evangelische Krankenhaus in Gießen. Eine junge Pflegerin wurde mit den Worten zitiert: Ich bin fertig. Und ich kriege das mit meinem Gewissen den Patienten gegenüber nicht mehr klar. Der Betriebsrat berichtet: Nicht nur in der Pflege, sondern auch in anderen Bereichen würde man derzeit Kündigungswellen wahrnehmen. Der Krankenstand sei momentan so hoch wie noch nie.

Betriebsrat Frank Eggers sagt: „Diese Arbeit macht krank“. In einem Brandbrief schreiben Assistenzärzte der Kinderklinik – ich zitiere –: Durch Zeitmangel, Multitasking und dauerhafte Ermüdung verletzten

die Assistenzärzte letztlich die Rechte der kleinen Patientinnen und Patienten hinsichtlich ihres Rechts auf Information, Mitbestimmung und bestmögliche Gesundheit. Heute meldet sich der Personalrat des UKGM zu Wort: 46.500 Überstunden, keine Zeit mehr für Forschung und Lehre. Ich frage mich: Wie viele Brandbriefe und Hilferufe braucht es eigentlich noch, bis diese Landesregierung endlich tätig wird? Wie viele Berichtsanhänge und Kleine Anfragen müssen SPD und LINKE noch stellen, bis die zuständige Ministerin endlich den Ernst der Lage erkennt, meine Damen und Herren?

(Beifall DIE LINKE, SPD und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Am Uniklinikum Gießen und Marburg – damit es da auch keinen Zweifel gibt – geben Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Kollegen in der Reinigung, Küche und Verwaltung, Medizinstudierende tagtäglich unter schwierigen Bedingungen ihr Bestes, um unser aller Gesundheit zu gewährleisten. Sie alle haben es verdient, dass die Landesregierung ihre Hilferufe endlich ernst nimmt. Betriebsräte, Gewerkschaft, Pflegekräfte, Studierende, sie alle berichten, dass sich der Druck jetzt durch die Übernahme von Asklepios noch einmal verschärft hat. Frau Staatsministerin Dorn, nehmen Sie deswegen diese Hilferufe ernst, stellen Sie sich dem Renditedruck von Asklepios entgegen, weisen Sie den in die Schranken, und nutzen Sie endlich Ihre millionenschwere Vereinbarung zur Trennungsrechnung und schaffen Sicherheit und Perspektive für Patienten, für Beschäftigte und für Forschung und Lehre.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Der Weiterverkauf unseres Klinikums zeigt doch noch einmal eindeutig: Die europaweit einmalige Privatisierung eines Universitätsklinikums durch eine CDU-geführte Landesregierung war, ist und bleibt ein großer Fehler, der endlich rückgängig gemacht gehört. (Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD) Unser aller Gesundheit ist doch viel zu wichtig, als dass wir sie zu einem Spielball auf den Finanzmärkten verkommen lassen dürfen. Privatisierung und Kommerzialisierung haben unser Gesundheitswesen für Profitstreben und Spekulation geöffnet. Diese fatale Entwicklung müssen wir endlich umkehren. Lange hieß es vor allem von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die Privatisierung sei schlecht, man sei immer dagegen gewesen, aber man könne halt heute nichts machen. Man beließ es bei einem eher halbherzigen Versuch, die Change-of-Control-Klausel zu verlängern, was dann auch leider gescheitert war. Es stimmt aber nicht, dass man nichts machen kann. Auf der Grundlage eines fundierten Rechtsgutachtens fordert der Pfleger und Medizinstudent Mark Müller zusammen mit 18.202 weiteren

Unterstützern mithilfe einer Petition die Rückführung unseres Klinikums auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung. Frau Ministerin, es mag schon sein, dass dieser Weg kein einfacher Weg sein wird. Wo aber ein politischer Wille ist, da ist auch ein Weg. Der Unterstützung aus der Bevölkerung in Mittelhessen, der Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus Forschung und Lehre könnten Sie sich sicher sein. Sie alle wissen, dass dieses Klinikum zurück in die öffentliche Hand muss.



(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Natürlich werden Sie jetzt einwenden, nicht allein Privatisierung, sondern auch Unterfinanzierung, Pflegenotstand, Fallpauschalen usw. seien das eigentliche Problem im Krankenhauswesen. Hinzu kommen Sonderprobleme bei Universitätskliniken. Das stimmt auch alles. Auch an öffentlichen Häusern ist nicht alles gut. Deswegen geht an dieser Stelle ein solidarischer Gruß unserer Fraktion an die Kolleginnen und Kollegen vom Universitätsklinikum in Frankfurt, die morgen für bessere Löhne und für bessere Arbeitsbedingungen streiken werden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin der Meinung, Dividenden für Aktionäre sollten nicht aus unseren Krankenkassenbeiträgen finanziert werden. Deswegen möchte ich zum Abschluss zitieren: Wir appellieren an die Landesregierung, bald Vorschläge für die Lösung der aufgezeigten Probleme vorzulegen und die Rückabwicklung der Privatisierung ernsthaft zu prüfen. Aus Sicht der Marburger GRÜNEN wäre die Überführung in die öffentliche Hand bzw. eine öffentliche Rechtsform die stabilste und zukunftsfähigste Lösung für das Marburger Universitätsklinikum. Das waren die Marburger GRÜNEN. Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

(Beifall DIE LINKE)

Rede von Marjana Schott

zur Aktuellen Stunde der Grünen mit dem Titel „Umwelt-Enzyklika von Papst Franziskus weist den Weg auch für Hessen“ am 25. Juni 2015

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Für Kapitalismusgläubige rund um den Globus geht ein Gespenst im Papstgewand um. Franziskus spricht klare Worte. Der globalisierte Kapitalismus steckt in der Krise. Eine allein profitorientierte Marktwirtschaft bringt neben Wachstum mehr Gewalt und Kriege, mehr soziale Ungleichheit, mehr Umweltzerstörung und verstärkten Klimawandel.

Er sagt: „Die menschliche Umwelt und die natürliche Umwelt verschlechtern sich gemeinsam, und wir werden die Umweltzerstörung nicht sachgemäß angehen können, wenn wir nicht auf Ursachen achten, die mit dem Niedergang auf menschlicher und sozialer Ebene zusammenhängen.“

Weiter betont er, „dass die schwersten Auswirkungen all dieser Umweltverletzungen von den Ärmsten erlitten werden“.

Die Verbindung der sozialen mit der ökologischen Frage – ein großes Defizit grüner Politik – gelingt dem Papst ausgesprochen gut. Er sagt:

„Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozioökologische Krise. Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen ... und sich zugleich um die Natur zu kümmern.“

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Lösung der Krise wendet sich Franziskus explizit gegen marktbasierende neoliberale Konzepte, wie den CO₂-Emissionshandel, dessen weltweite Einführung Bundeskanzlerin Merkel forderte. Der Markt ist ökologisch blind und sozial rücksichtslos, so lautet ein Standard der Kapitalismuskritik. Franziskus formuliert das so: „In manchen Kreisen meint man, dass die jetzige Wirtschaft und die Technologie alle Umweltprobleme lösen werden, ebenso wie man ... behauptet, dass die Probleme des Hungers und das Elend in der Welt sich einfach mit dem Wachstum des Marktes lösen werden.“

Es gibt keinen Green New Deal, nicht mehr Markt oder mehr Technik werden den Klimawandel, Hunger und Armut beseitigen. Das kann nur mit politischen Eingriffen gelingen.

Franziskus weiß, wovon er spricht. Er hat die Folgen neoliberaler Schocktherapie, wie sie heute die Griechen über sich ergehen lassen müssen, als Seelsorger

in den Armenvierteln seiner argentinischen Heimat in den Neunzigerjahren selbst miterlebt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Er kritisiert: Daher bleibt heute „alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes, die zur absoluten Regel werden“. Das sind die Worte von Franziskus. Da steckt mehr Kapitalismuskritik drinnen als in den Wahlprogrammen der hessischen GRÜNEN in den letzten zehn Jahren zusammen.

(Timon Gremmels (SPD): Ich hätte jetzt gesagt: der LINKEN!)

– Ja, vielleicht auch bei uns.

(Heiterkeit bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Franziskus könnte auch den Weg für Hessen weisen. Weder die GRÜNEN noch die Christlich-Demokratische Union interessieren sich in Wahrheit einen Pfifferling für das, was der Papst ihnen zu sagen hat. Zu Recht fordert Franziskus:

„Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, ...“

Das hätte die grüne Umweltministerin Priska Hinz am Verhandlungstisch mit Kali + Salz berücksichtigen sollen, um den DAX-Konzern auf eine nachhaltige Kaliförderung zu verpflichten.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stattdessen verhilft sie ihm zu Extraprofiten. Über Bundeswirtschaftsminister Gabriel will ich an dieser Stelle ganz schweigen.

(Zuruf: Bauen Sie doch den Poststreik noch mit ein!)

Als hätte Franziskus auch nach Frankfurt geschaut, schreibt er: Unter anderem werden „ökologische“ Wohnanlagen geschaffen, die nur einigen wenigen dienen, wo man zu vermeiden sucht, dass andere eintreten und die künstliche Ruhe stören. Eine schöne Stadt voller gut gepflegter Grünflächen findet man gewöhnlich in einigen „sicheren“ Gebieten, jedoch kaum in weniger sichtbaren Zonen, wo die von der Gesellschaft Ausgeschlossenen leben. Das wendet sich explizit gegen grüne Mittelstandökonomie.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Passivhäuser mit Breitbandanschluss für die, die es sich leisten können. Die sozial Abgehängten bleiben in Offenbach. Das ist grüne Metropolenpolitik. Anstelle hier mit Bezug auf die Umwelt-Enzyklika Weihrauch zu verströmen, sollten sich die GRÜNEN die Hal-

tung von Franziskus zu eigen machen. Sie ist sozial, ökologisch und technik- und kapitalismuskritisch.

Was setzt der grüne Wirtschaftsminister den Wachstumsansprüchen der Fraport entgegen? Wo sind die schwarz-grünen Initiativen zur Postwachstumspolitik? – Die GRÜNEN haben keine Plan B. Sie haben kein Konzept für eine solidarische Postwachstumspolitik. Aber sie finden den Papst toll, weil er von Ökologie redet. Das ist doch ihr Thema.

(Beifall bei der LINKEN)



Grüne Umweltpolitik ist aber im Kern neoliberal. Als Neoliberaler – –

(Unruhe – Manfred Pentz (CDU): Ich verstehe Sie überhaupt nicht mehr! – Glockenzeichen der Präsidentin)

– Ja, Sie schreien so laut. – Marktapologeten werden sich an der Umwelt-Enzyklika des Papstes wie der Teufel am Weihwasser die Finger verbrennen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der SPD: Ui!)

Ohne Wachstum des Frankfurter Flughafens geht in Hessen die Welt unter, hören wir seit Jahren von Mitgliedern der CDU. Jetzt sagt der Papst, dass die Welt wirklich untergeht, wenn wir so weitermachen. Die hessischen Regierungsparteien betreiben mit der Umwelt-Enzyklika Greenwashing. Um im Genre zu bleiben, sage ich: Das ist

Blasphemie.

Die Regierungsparteien haben Glück, denn die Inquisition ist abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Ei, ei, ei!)

Rede von Ulrich Wilken

zum Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE: „Verarmungspolitik in Europa beenden – Gewalt keinen Platz geben“ am 24. März 2015

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit einer hoffentlich vollkommen unmissverständlichen Bemerkung beginnen: Nein, das war keine Politik, die wir am Morgen des 18. März erlebt haben, das war pure Gewalt. Das war menschenverachtend. Ich war entsetzt über das, was ich selbst erlebt habe, bzw. über das, was ich auf Bildern gesehen habe. Genau das habe ich bereits am Mittwoch auf der Pressekonferenz um 13 Uhr gesagt. Ich weiß nicht, warum das missverständlich ist. Die Gewalt, die in den frühen Morgenstunden von wenigen Hunderten ausgegangen ist,

(Alexander Bauer (CDU): Fast 4.000!)

ist in keinster Weise zu rechtfertigen, wird es von mir nicht und wurde es von mir auch nie. Ich bin entsetzt über die Gewalt und die Tatsache, dass Feuerwehrleute, Polizisten, alle Menschen im Ostend in Gefahr gebracht, attackiert und Menschen verletzt worden sind.

(Alexander Bauer (CDU): Verurteilen Sie das auch?)

Jede, jeder Verletzte ist eine, einer zu viel, egal auf welcher Seite. Unsere Anteilnahme gilt allen Verletzten.

(Beifall bei der LINKEN – Alexander Bauer (CDU): Das ist Scheinheiligkeit!)

– Ich finde es schade, dass nur meine Fraktion diesen Satz beklatschen kann.

(Widerspruch bei der CDU und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte aber auch zur Kenntnis, dass genau diese Irren, die da am frühen Mittwochmorgen durch das Ostend vandalisiert sind, eben nicht Blockupy waren, dass das nicht von Blockupy organisiert war, dass es nicht von mir organisiert war und nicht von meiner Partei.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Bitte nehmen Sie das doch auch einmal zur Kenntnis. Es haben schon einige gesagt, welche negativen Auswirkungen – außer den Verletzungen, die die Gewalttaten hervorgerufen haben, als Überschattung des ganzen Inhalts des Tages – es auch gegeben hat. Überlegen Sie doch einmal: Warum sollten wir selbst so etwas planen – unabhängig davon, meine Distanzierung ist vollkommen unabhängig von strategischen Überlegungen –, was uns selbst schadet? Denken Sie doch darüber einfach einmal nach.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich habe es in den letzten Tagen schon mehrfach gehört, und jetzt gerade wieder, von Herrn Wagner. Es ist doch eine vollkommen maßlose Überschätzung meiner Person und meines Einflusses: Ich hätte verhindern können, was da an Gewalttätigkeiten passiert ist und was 10.000 schwerbewaffnete Polizisten nicht verhindern können?

Tut mir leid, da überschätzen Sie mich nun einmal wirklich hoffnungslos.

(Alexander Bauer (CDU): Sie haben es nicht einmal probiert!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist doch jetzt eine völlige Verdrehung der Tatsachen: Weil ich als Anmelder die Kundgebung ab 14 Uhr auf dem Römerberg und die anschließende Demonstration durch die Innenstadt zu verantworten habe, fordern Sie jetzt meinen Rücktritt als Vizepräsident dieses Hauses. Ich zitiere aus dem Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für diesen Tagesordnungspunkt: Der Hessische Landtag würdigt diese friedlichen Ausdrucksformen als einen Beitrag zum öffentlichen Diskurs über den weiteren Umgang mit der Krise. Diese friedlichen Demonstrationen und Proteste gilt es auch in Zukunft zu ermöglichen.

(Lachen des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ja. Aber warum kritisieren Sie dann den Anmelder und Durchführer genau dieser friedlichen Proteste?

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Frau Faeser hat für die SPD an dieser Stelle eben gesagt: Wir achten die Demonstranten.

(Nancy Faeser (SPD): Die friedlichen!)

Und Sie schlachten den Anmelder? Frau Faeser, das ist unglaublich.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind Sie auch noch das Opfer?)

Meine Damen und Herren, wenn wir seitens des

Innenministers kritisiert werden, wir hätten im Vorfeld der Demonstration nicht genügend kooperiert – Herr Innenminister, so sind Sie falsch informiert. Unmittelbar nach der Anmeldung von Kundgebung und Demonstration haben wir das Ordnungsamt darauf gedrängt, ein Kooperationsgespräch zu bekommen. Das hat ein paar Tage gedauert, aber am 28. Januar hat das Ordnungsamt erstmals zu einem Kooperationsgespräch eingeladen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nicht früher!)

Wir hätten es lieber früher gehabt. Es hat aber seit dem 28.01. mehrere Kooperationsgespräche gegeben, bis hin zum letzten Gespräch, kurz vor dem Start der Demonstration. Ein Zeichen dafür, wie gut die Kooperation bei der Anmeldung und Durchführung der friedlichen Demonstration war: Der Abschnittsleiter hat mir als Anmelder kurz vor dem Start der Demonstration noch einmal gesagt, dass die Polizei unter den Demonstranten sehr wohl Menschen identifiziert hat, die sie auch am Vormittag gesehen hatte, und hat mich darauf hingewiesen, dass die Demonstration sofort angehalten werde, falls es zu Gewalttaten komme. Ich habe ihm geantwortet, dass ich alles in meiner Kraft Stehende tun werde, dass es eben nicht zu Gewalttaten kommt. Das haben wir seitens der Demonstrierenden, seitens der Anmelder und seitens unserer Ordnerinnen und Ordner geschafft. Bitte nehmen Sie auch das zur Kenntnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich bin mit Ihnen vollkommen einer Meinung,

(Michael Boddenberg (CDU): Das halte ich für ausgeschlossen!)

dass das, was von wenigen Hunderten am Vormittag gemacht wurde, ohne jeden Zweifel Straftaten waren – Straftaten gegen Sachen und, noch viel schlimmer, Attacken, Angriffe auf Personen. Diese Straftaten gehören verfolgt. Da sind wir vollkommen einer Meinung. Sie unterstellen aber uns als Partei – oder mir als Person –, dass wir diese Straftaten vorbereitet hätten. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Frankfurter Polizeipräsident hat im hessischen Fernsehen behauptet, dass in unserem „Parteibüro“ in der Schönstraße Straftaten vorbereitet worden seien. Ich hoffe, dass der Polizeipräsident, nachdem er die Ermittlungen in aller Akkuratess durchgeföhrt hat, eine ein wenig genauere Aussage treffen wird. Es ist nämlich kein „Parteibüro“ von uns, das er als solches bezeichnet hat,

(Holger Bellino (CDU): Sondern?)

sondern in diesem Büro arbeiten unterschiedliche Aktivistinnen und Aktivisten aus den Stadtteilen zusammen.

(Michael Boddenberg (CDU): Und Sie auch! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Es ist aber kein Parteibüro!)

Dazu gehören auch Mitglieder der LINKEN – das ist korrekt –, aber ich hoffe, dass die Frankfurter Polizei bei der Straftatermittlung sehr korrekt arbeitet und solche kleinen Fehler nicht mehr begeht.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle sollten uns darüber einig sein, welche Bedeutung es hat, wenn Blockupy es schafft, am Nachmittag eines Werktages über 20.000 Menschen zu einem friedlichen antikapitalistischen Protest zusammenzubringen – selbst unter dem Eindruck der Geschehnisse, der Straftaten, der sinnlosen Gewalt am Vormittag. Es ist einfach Fakt, dass die Politik, gegen die Blockupy demonstriert und Widerstand organisiert, Wut und Empörung auslöst. Dies abzustellen kann nur durch eine Veränderung der Politik gelingen. Da Sie mir vielleicht nicht glauben, möchte ich an dieser Stelle den Frankfurter CDU-Stadtverordneten Stephan Siegler zitieren, der im hessischen Fernsehen Folgendes gesagt hat: Wenn man sieht, wie die Menschen in Spanien und Italien leben, da haben viele die Hoffnung auf politische Lösungen verloren: 50 % Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, eine noch höhere in Griechenland, in Griechenland im Grunde genommen keiner mehr, der normal Geld verdient, eine Wirtschaft, die de facto zusammengebrochen ist. Da suchen sich gerade junge Leute dann schon diejenigen, die Verbesserungen und Veränderungen versprechen, weil ja die etablierte Politik eben zu den Lebensverhältnissen geföhrt hat, in denen sie zurzeit leben. Ich gebe Herrn Siegler ausdrücklich recht.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Frankfurter, der Kulturschaffende Willy Praml, sagt – ich zitiere aus der aktuellen Ausgabe des „Spiegel“ –: Ich verstehe die Wut, die viele der Leute gerade aus südeuropäischen Ländern haben. Denen geht es dreckig. Die haben eine enorme Jugendarbeitslosigkeit. Natürlich ist es blödsinnig, Scheiben einzuschmeißen und Autos anzuzünden. Damit haben sich die jungen Leute nur selbst geschadet. Oder vielmehr: Einige wenige haben der großen Mehrheit von ihnen geschadet. Die meisten waren zwar tatsächlich sehr wütend, aber sie wollten ohne Gewalt gegen die in Europa vorherrschende Politik demonstrieren und müssen jetzt erleben, dass fast alle Medien nur über brennende Straßensperren und Krawalle berichten.

Dabei haben die junge Leute etwas zu sagen, wenn man ihnen zuhört.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, was nun als Konsequenz auch aus den durch nichts zu rechtfertigenden Gewalttaten am Morgen des 18. März droht, sind Verschärfungen und Beschränkungen des Demonstrationsrechts. Ich erinnere daran: Wir haben friedliche Blockaden als Demonstrationsmittel durchgesetzt – z. B. in Mutlangen, wo wir unter anderem mit Heinrich Böll demonstriert haben. Vielleicht war auch der eine oder andere von Ihnen dabei. Davon ist im Moment keine Rede mehr, sondern Ihre Argumentation ist jetzt, Blockade sei ein Aufruf zur Gewalt. Meine Damen und Herren, jetzt wird vorgeschlagen, verschärfte Grenzkontrollen wieder einzuführen. Damit droht eine Einschränkung unseres Grundrechts auf Freizügigkeit. Und es droht eine weitere Aufrüstung der Polizei, wie wir letzte Woche hören durften.

(Michael Boddenberg (CDU): Es geht schon wieder los! Das ist es, was Sie immer wieder machen! – Weitere Zurufe von der CDU)



Meine Damen und Herren, was hat denn der eine oder andere CDU-Vertreter für ein Verständnis des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, wenn jetzt gefordert wird, dass der Anmelder einer Demonstration – regional und zeitlich weit von Gewalttaten entfernt – für Schäden haftbar gemacht werden soll?

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn sich das durchsetzt: Wie weit wollen Sie das ausdehnen? Soll das auch für die Nachbarstadt gelten? Soll das für die ganze Woche gelten?

(Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was haben Sie für ein Verständnis von diesem Grundrecht, wenn die Haftbarkeit eines Demonstrationsanmelders für Vorgänge hergestellt werden soll, die nicht auf seiner Veranstaltung passieren, sondern zeitlich und räumlich entfernt geschehen? Das wäre eine vollkommen unzulässige Einschränkung des Demonstrationsrechts. Wer sollte sich dann überhaupt noch finden, als Anmelder zu fungieren?

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich habe mich letzte Woche dafür eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun, dass friedlicher Protest und Widerstand organisiert werden, weil nur ein Politikwechsel – das ist das Ziel von Blockupy – Verelendung und damit Wut und Empörung darüber beenden kann. Ich will dazu Heribert Prantl aus der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren: Natürlich darf man zornig sein, wenn die Aktienmärkte bersten, die EZB aber immer mehr Geld samt Sparauflagen in die Welt schüttet. Natürlich darf man zornig darüber sein, dass die unglaublich niedrigen Zinsen nur zu Spekulationen führen und nicht zu Investitionen. Natürlich darf man fordern, dass die Staaten Europas das billige Geld vom Kapitalmarkt nehmen und damit ein gewaltiges Konjunkturprogramm finanzieren, eines, das sich gewaschen hat; das Europa reinigt von Defätismus ... Meine sehr verehrten Damen und Herren, Blockupy hat Schaden genommen.

(Lachen bei der CDU)

Die Menschen, die von Menschen verletzt worden sind, die nicht zu Blockupy gehören, die nicht zu meiner Partei gehören, haben noch viel mehr Schaden genommen. Das tut mir entsetzlich leid. Aber differenzieren Sie bitte zwischen den Gewalttätern, auf die ich keinen Einfluss habe und hatte, und den –

(Alexander Bauer (CDU): Sie sollten das einmal verurteilen!)

– Ich habe eindeutig verurteilt, was dort geschehen ist. Das ist nicht meine Politik.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das hat er doch gesagt! – Janine Wissler (DIE LINKE): Wie oft soll er es denn noch sagen? – Zurufe von der CDU)

Ich möchte mit dem Wunsch schließen, dass wir uns weiterhin dafür einsetzen, das zu ermöglichen, für das ich am Mittwoch, dem 18. März 2015, nachmittags, als Anmelder stand: friedlich, gewaltfrei und unter offenem Himmel. Setzen Sie sich mit mir zusammen dafür ein. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Rede von Elisabeth Kula

zu einem SPD-Vorwahlkampf-Antrag mit dem Titel „Hessen 2030 – die Weichen jetzt aktiv für ein modernes und zukunftssicheres Land stellen“ am 19. Juli 2023:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man diese Debatte ein bisschen verfolgt hat, fragt man sich schon, in welcher Parallelwelt manche Debattenteilnehmer leben. Ich schaue einmal in die Richtung von Frau Claus und auch von Herrn Lichert. Irgendwie habe ich das nicht so richtig verstanden. Das Theater zwischen Selbstlob der Landesregierung und Gehampel in der Ampel braucht Hessen nun wirklich nicht.

An dieser Stelle will ich der SPD-Fraktion noch einmal Danke sagen, dass wir mit diesem Setzpunkt die Möglichkeit haben, einmal ein Resümee zu ziehen. Das hat auch Frau Claus gesagt. Aber natürlich fällt unser Resümee etwas anders und vielleicht etwas realitätsbezogener aus als das von Frau Claus.

Nach zehn Jahren schwarz-grüner Landesregierung müssen wir feststellen, dass unser Bundesland weder sozialer noch ökologischer oder demokratischer geworden ist. Im Gegenteil: Die Armut ist in Hessen unter Schwarz-Grün weiter gewachsen und befindet sich auf einem Höchststand. Mittlerweile lebt jeder fünfte Erwachsene, jedes vierte Kind und fast jede zweite Alleinerziehende in Armut. Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie am Monatsende noch über die Runden kommen sollen.

Gleichzeitig steigt aber auch die Zahl der Einkommensmillionäre in Hessen immer weiter an. Mittlerweile sind es über 2.000 Menschen in Hessen. Die oberen 10 % besitzen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens in Hessen.

(Zuruf AfD: Wo ist das SED-Vermögen?)

Armut und Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. Um es mit Bertolt Brecht zu sagen:

Reicher Mann und armer Mann standen da und sahen sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.

Das gilt auch heute noch.

(Beifall DIE LINKE)

Unter der schwarz-grünen Landesregierung ist die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergegangen. Die Wohlfahrtsverbände und wir als LINKE mahnen seit Jahren an, Programme zur Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen. Aber bei Schwarz-Grün haben arme Menschen leider keine

Priorität.

Ich muss aber leider sagen: Auch im vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, der so ein bisschen das Wahlprogramm der SPD zusammenfasst, kommen die Worte Armut oder Reichtum überhaupt nicht vor, also die beiden Seiten der Medaille. Ich finde, das ist nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, es ist die Fraktion DIE LINKE, die dafür Sorge trägt, dass das Thema der sozialen Spaltung in den Landtag getragen wird. Wir bleiben dabei: Die genannten Zahlen aus dem Landessozialbericht sind im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis für Schwarz-Grün.

(Beifall DIE LINKE)



Die soziale Spaltung in unserem Land zeigt sich auch an unseren Schulen. Während so viele Schülerinnen und Schüler wie noch nie eine Privatschule besuchen, sind es gerade Kinder aus den benachteiligten Familien, die in unserem Schulsystem zurückgelassen werden. Alle Bildungsstudien zeigen uns, dass der Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Eltern und dem Bildungserfolg noch stärker geworden ist. Gleichzeitig bröckelt an vielen Schulen der Putz. Es fehlt an Aufenthaltsräumen, an Mensen und an digitaler Ausstattung. Dadurch, dass man sich jahrelang den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern kleingerechnet hat, haben wir jetzt einen riesigen Lehrkräftemangel. Das Studium bereitet nicht ausreichend auf den Lehrerberuf vor. Die Verantwortung für Aufgaben wie die Inklusion und die Digitalisierung wird auf die Schulen abgewälzt. Der Kultusminister macht sich einen schlanken Fuß.

Der ganzen unverantwortlichen Schulpolitik von Schwarzgrün wurde im letzten Jahr noch die Krone aufgesetzt, als Sie mit der Änderung des Schulgesetzes geregelt haben, dass die Tablets für Schüler nicht unter die Lernmittelfreiheit fallen, ergo in Zukunft selbst mitgebracht werden sollen. Das ist zutiefst sozial ungerecht. Die Lernmittelfreiheit muss auch im

digitalen Zeitalter gelten und darf nicht immer weiter ausgehöhlt werden. So zementiert man die Bildungsungerechtigkeit, statt sie abzubauen.

(Beifall DIE LINKE)

Ungerecht ist weiterhin die Regelung beim Schülerticket. Wie kann es sein, dass immer noch die Schülerinnen und Schüler, die vermeintlich zu nah an der Schule wohnen, das Ticket nicht bezahlt bekommen, aber die Freundin, die vielleicht im Haus nebenan wohnt, es bezahlt bekommt? Das kann man wirklich niemandem erklären. In Zeiten des 49-€-Tickets und der Klimakrise müssen solche absurden Regelungen endlich der Vergangenheit angehören. Das Schülerticket kostenfrei für alle Schülerinnen und Schüler, das fordern wir als LINKE schon lange.

(Beifall DIE LINKE)

In Hessen haben wir von Anfang an Druck gemacht, damit das 9-€-Ticket zumindest als Sozialticket weitergeführt wird. Jetzt konnte sich Schwarz-Grün dazu durchringen, ein solches einzuführen. Aber zum einen ist es mit 31 € für viele Menschen leider immer noch zu teuer. Zum anderen ist und bleibt das Ticket eine Abofalle, wenn man dieses Ticket nicht jeden Monat einzeln kaufen kann. Das ist für arme Menschen weiterhin ein echtes Problem.

Absurd ist, dass gleichzeitig die Preise für Einzelfahrscheine im ÖPNV um satte 8,2 % angehoben werden. Der grüne Verkehrsminister hat sich im letzten Jahr noch dafür gefeiert, dass das Land Rekordsummen für den ÖPNV ausgibt. Blöd ist dann nur, wenn der Geschäftsführer des RMV in der Presse sagt, dass die Mittel nur dafür ausreichen werden, das bisherige Angebot im ÖPNV zu halten, aber nicht dafür, den ÖPNV auszubauen. Der war schon zu diesem Zeitpunkt eine Katastrophe. Wir brauchen mehr ÖPNV, vor allem im ländlichen Raum.

Mit der Inflation führte das dazu, dass die Preise für Einzelfahrtickets noch weiter ansteigen. Das trifft wieder genau diejenigen, die sich die Abomodelle nicht leisten können. Das ist sozial ungerecht.

(Beifall DIE LINKE)

Wer die Verkehrswende in Hessen wirklich will, der darf keine Wälder für Autobahnen roden und keinen weiteren Ausbauprojekten in Hessen zustimmen, sondern muss massiv in Schienen und Busse investieren, die Fahrpreise senken und Bahnstrecken reaktivieren. Da ist aber in den gesamten zehn Jahren Schwarz-Grün nichts passiert. Sie haben keine stillgelegten Strecken reaktiviert.

Tarek Al-Wazir hat sowieso seit einiger Zeit den politischen Kompass komplett verloren.

(Beifall Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

So berichtete die „Zeit“, er habe gesagt, er habe Angst vor einer Radikalisierung der Klimaschutzbewegung. Das sagt ein grüner Verkehrsminister.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, ich habe keine Angst vor jungen Menschen, die sich an der Straße festkleben. Ich habe Angst vor der Radikalisierung des Klimawandels, und genau darum sollte sich der Superminister kümmern, und nicht jungen Menschen mit gehobenem Zeigefinger sagen, wie sie zu demonstrieren haben.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn jetzt Boris Rhein mit den Schlagworten „Herz, Härte und Hightech“ in den Wahlkampf gehen will, dann fragt man sich schon, für wen diese Landesregierung bisher eigentlich ein Herz hatte und wem gegenüber sie Härte gezeigt hat. Ein Herz hatte sie auf jeden Fall für Immobilienkonzerne. Härte hingegen zeigte sie gegenüber Mieterinnen und Mietern.

Schwarz-Grün geht nicht gegen Leerstand und Zweckentfremdung vor. Die Nassauische Heimstätte verkauft öffentlich geförderte und bezahlbare Wohnungen. Beim sozialen Wohnungsbau ist die Landesregierung ein Totalausfall. Unter Schwarz-Grün ist der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen um 25 % zurückgegangen. Noch nie gab es so wenige Sozialwohnungen in Hessen wie im Jahr 2020. (Jürgen Frömmrich

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Wohnungen habt ihr noch mal in Berlin verkauft? 60.000? Das ist ohne Worte! – Weitere Zurufe)

Gleichzeitig hat mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung. So schafft man Konkurrenz unter denen, die auf dem vollkommen wahnwitzigen Wohnungsmarkt keine bezahlbare Wohnung finden, statt für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Es braucht endlich einen Politikwechsel in der Wohnungspolitik, hin zur Schaffung von bezahlbarem und öffentlich gefördertem sozialem Wohnraum – ein Herz für Mieterinnen und Mieter statt für Konzerne.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber auch in anderen Bereichen applaudiert man von der schwarz-grünen Regierungsbank, wenn Konzerne sprudelnde Gewinne machen: So bezeichnet Tarek Al-Wazir die Lieferung von Leopard-2-Panzern in der „hessenschau“ als „gute Nachricht ... für den Wirtschaftsstandort“. Wenn mit Krieg Geld verdient wird, dann ist das keine gute, sondern eine schlechte Nachricht – nicht nur für Hessen, sondern für die gesamte

Menschheit, meine Damen und Herren. Über blutige Profite für die Rüstungsindustrie kann ich persönlich mich nicht freuen.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Alexander Bauer (CDU))

Als letzten Punkt kann ich Ihnen aber eines der größten Versagen dieser Landesregierung wirklich nicht ersparen. Im Kampf gegen rechts ist diese Landesregierung, insbesondere ihr Skandalinnenminister Peter Beuth, ein Totalausfall. Hessen hat sich leider zum Hotspot rechten Terrors entwickelt, mit dem NSU, der Ermordung von Walter Lübcke durch einen behördenbekannten Neonazi, mit dem Terror in Hanau und dem Anschlag von Wächtersbach; und die regierungstragenden Fraktionen, insbesondere der Innenminister, glänzen durch Vertuschen und Verharmlosen der Verantwortung der eigenen Sicherheitsbehörden.

(Alexander Bauer (CDU): Frechheit!)

Ob rechtsextreme Chatgruppen oder verschwundene Waffen bei der hessischen Polizei: Konsequenzen und Verantwortungsübernahme bleiben aus. Dass Peter Beuth immer noch im Amt ist, ist eigentlich ein politischer Skandal und der unerschütterlichen Treue der GRÜNEN zu verdanken, die dem Innenminister die Treue gehalten haben.

(Alexander Bauer (CDU): Er ist der erfolgreichste Innenminister in den letzten 20 Jahren! – Lachen und Zurufe SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

– Wie bitte?

(Unruhe)

Ich verstehe ja die Erheiterung, aber Minister Beuth hat sich wirklich einiges zuschulden kommen lassen.

Ich will jetzt noch eine ernsthafte Sache anfügen, die wirklich wichtig ist.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das andere war also nicht ernsthaft, alles klar!)

Dass Minister Beuth es bei seiner letzten Befragung im Untersuchungsausschuss zu Hanau nicht zustande brachte, sich bei den Angehörigen der Opfer für nachgewiesene Fehler bei der Polizei zu entschuldigen, das zeigt, dass diesem Innenminister wirklich jeder politische Anstand fehlt, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Darüber kann man sich jetzt lustig machen; ich finde aber, es ist ein sehr ernstes Thema.

Wir als LINKE wollen für Hessen eine andere Politik, eine Politik für die Mehrheit der Menschen, die Armut bekämpft, Reichtum umverteilt, Arbeit durch höhere

Tarifbindungen schafft, Investitionen in Klimaschutz, in Bildung, in Krankenhäuser und bezahlbaren Wohnraum tätigt, sodass die Lebensverhältnisse der Menschen wirklich spürbar verbessert werden.

Einige von der SPD aufgeschriebene Forderungen in dem Antrag können wir durchaus unterstützen. Die Erfahrung zeigt aber, dass die SPD in der Opposition auch gerne mal links blinkt, aber, wenn sie in Regierungsverantwortung ist, gerne auch wieder rechts abbiegt. Das kann man gerade an der Kürzungspolitik der Ampel bei Pflege, Bildung und Kindergrundsicherung sehr gut beobachten.

Nein, ich bleibe dabei: Wer Schwarz-Grün abwählen und weiterhin eine starke Stimme für den sozial-ökologischen Umbau haben will, der muss DIE LINKE stark machen.

(Beifall DIE LINKE)

Rede von Heidemarie Scheuch-Paschkewitz

zu einer Debatte um die Wolfspopulation in Hessen am 24. Februar 2022:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestatten Sie auch mir vorab ein paar Worte. Ich habe mich eigentlich auf diesen Tagesordnungspunkt sehr gefreut. Aber nun haben uns die Ereignisse eingeholt, und es fällt mir eigentlich schwer, jetzt über den Wolf zu reden. Aber es ist, wie es ist.*

Zu Beginn möchte ich eines klarstellen: Der Wolf gehört nach Hessen. Er ist im 19. Jahrhundert ausgerottet worden, und es ist sein Recht, wieder hier zu leben. Es handelt sich mitnichten um eine invasive Art wie etwa Nilpferde in Kolumbien. Die Wölfe kehren nach und nach in ihre ehemaligen mitteleuropäischen Gebiete zurück.

Die Kolleginnen und Kollegen der FDP fordern nun ein Bestandsmanagement für die Wolfspopulation in Hessen. Wir sollen als Landtag begrüßen, dass im Ampelkoalitionsvertrag auf Bundesebene beschlossen worden sei, den Ländern ein solches zu ermöglichen.

Da muss ich Sie enttäuschen. Die Vorrednerin ging eben schon darauf ein: Ein Bestandsmanagement mit Obergrenzen für Wölfe ist europarechtswidrig. Nein, auch eine Herabstufung des Wolfes in eine niedrigere Schutzklasse der FFH-Richtlinie ist nicht möglich;

* Am Morgen des 24. Februar 2022 begann Russland seinen Überfall auf die Ukraine.

denn der Erhaltungszustand des Wolfes ist nicht gesichert. Zum Beispiel ist er im Bayerischen Wald oder in der Rhön noch nicht verbreitet – noch nicht. Der Begriff eines Problemwolfes ist purer Populismus und Angstmacherei.

(Lachen und Zurufe AfD)

Entnahmen von einzelnen Wölfen sind aus spezifischen Gründen möglich; dafür brauchen wir nicht die FDP im Bund oder diesen Antrag. Das ist schon jetzt im Bundesnaturschutzgesetz geregelt.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Wiebke Knell (Freie Demokraten))



Das Wachstum der Zahl der Wölfe in Hessen könne „nicht grenzenlos hingenommen werden“, schreibt die FDP. Das ist schon sehr amüsant, sonst geht es Ihnen doch immer um grenzenloses Wachstum ohne jedwede Einmischung. Aber eines ist doch auch klar: Dass die Natur kein grenzenloses Wachstum der Wolfspopulation zulassen wird, das sehen wir an anderen Orten in Deutschland, beispielsweise in der Oranienbaumer Heide in Sachsen-Anhalt, wo die Population der Wölfe stabil ist.

Die Halter der Nutztierbestände hätten Sorgen, schreiben Sie. Das stimmt. Hauptursache der Sorgen der Schäferinnen und Schäfer ist aber sicher nicht der Wolf.

Eines wird in Ihrem Antrag überhaupt nicht erwähnt, und das ist die Rolle der Jägerinnen und Jäger,

(Zuruf AfD)

auch wenn einige von Ihnen glauben, es wäre ein schönes Hobby, in der Freizeit Tiere totzuschießen. Aber was doch ganz klar ist: Hauptbeute des Wolfes sind mitnichten Weidetiere, sondern es sind Rotwild und Rehe, also genau die Tiere, die die Jägerinnen und Jäger unter Ihnen lieber selbst schießen würden, als sie dem Wolf zu überlassen.

Die Weidetierhalterinnen und -halter halten nur als Sündenböcke her, um die Debatte zu verschärfen und die prekäre Situation der Schäferinnen und Schäfer möglichst emotional zur Sprache zu bringen. Die Bedrohung der Tierhalter ist vor allem ihre finanzielle Notlage. Wir brauchen endlich eine existenzsichernde Bezahlung für die wichtige Gemeinwohlarbeit der Weidetierhalterinnen und -halter.

(Beifall DIE LINKE)

Diese pflegen die Natur- und die Agrarlandschaft und leisten einen wertvollen Beitrag für den Naturschutz. Aber sie werden durch den Markt nicht entlohnt. Viele Schäferinnen und Schäfer erwirtschaften nicht einmal Mindestlohn – trotz der Agrarförderung. Was wir brauchen, ist ein effektiver Herdenschutz. Wir setzen uns schon lange für Sofortmaßnahmen für den Schutz weidetierhaltender Betriebe ein, unter anderem durch einen Rechtsanspruch auf Unterstützung für Herdenschutzmaßnahmen und den Ausgleich von Schäden durch Wolfsübergriffe.

Es müssen die Anschaffungs-, Installations- und Instandhaltungskosten von Herdenschutzzäunen inklusive der Arbeitskosten sowie die Anschaffungs-, Ausbildungs- und Erhaltungskosten für Herdenschutztiere ausgeglichen werden. Wir wollen, dass bei Übergriffen auf Nutztiere bei der Entschädigungszahlung eine Beweislastumkehr greift. Die Entschädigungen müssen schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden. So sähe ein effektiver Herdenschutz aus.

(Beifall DIE LINKE)

Eines wird bei diesem Antrag ganz deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Sie instrumentalisieren die Sorgen der Weidetierhalterinnen und -halter schamlos; denn Sie schlagen keine der oben genannten Lösungen vor.

Auch in Ihren Haushaltsanträgen konnte ich derlei nicht finden. Es wird nur reflexartig die Angst vorm bösen Wolf geschürt. Was wir also auch noch brauchen, sind Aufklärungsprogramme für die Anwohnerinnen und Anwohner und keine diffusen Andeutungen. Es ist ein großartiger Erfolg des Naturschutzes, dass Wölfe in Deutschland und in Hessen wieder einen Lebensraum gefunden haben. Ich freue mich sehr darüber. Weidetierhalterinnen und -halter werden wir unterstützen. Das haben wir mit unseren Haushaltsanträgen deutlich gemacht. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Rede von Axel Gerntke

in einer Debatte zur Rentenpolitik am 30. März 2022:

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren!

„So darf man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen.“

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Das ist ein Zitat aus dem Wahlprogramm der SPD von 1998. Ich glaube, es war die Seite 34.

(Zuruf: Das war Gerhard Schröder!)

– Gerhard Schröder, genau. „So darf man mit Menschen ... nicht umgehen“, das war damals die Ansage der SPD. Das war eine harte Kritik an Schwarz-Gelb in den späten Neunzigerjahren, eine berechtigte Kritik. Man kann sagen – oh, Wunder –, die SPD hat das darin enthaltene Wahlversprechen auch eingehalten. Sie ist nicht so mit den Menschen umgegangen, sondern sie hat damals noch einen draufgesetzt:

(Beifall DIE LINKE – Tobias Eckert (SPD): Das ist typisch DIE LINKE! Ihr macht etwas, und wir bekommen es ab!)

Riester-Treppe, Kürzung der Hinterbliebenenrente, Streichung der Berufsunfähigkeitsrenten – das waren einige Stichworte – und die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors. Warum der „Nachhaltigkeitsfaktor“ hieß, war damals das Geheimnis der Regierung. Wahrscheinlich hieß er so, weil er die Rentnerinnen und Rentner nachhaltig schädigte.

Die GRÜNEN waren mit dabei. Die haben das alles mitgemacht.

Dann kam die Große Koalition. Es ist nicht so, dass man da einen Kurswechsel vorgenommen hätte, sondern man hat dann obendrein mit einer schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters die Rente mit 67 eingeführt. Bis zum Jahr 2035 sollte das geschehen, hieß es im Koalitionsvertrag. Dank Münte wurde das – kurz bevor der Vertrag unterschrieben wurde, wurde das noch einmal geändert – noch fünf Jahre vorgezogen. Ich bin ihm auch persönlich sehr dankbar, dass ich als Mitglied des Jahrganges 1964 noch in den vollen Genuss der Rente mit 67 komme. Das kam noch obendrauf.

(Bijan Kaffenberger (SPD): Das geht auch früher, Herr Kollege!)

Warum das Ganze? Wegen der Demografie. Bei immer mehr Älteren und immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss man doch etwas machen. Das lesen wir auch jetzt hier im Antrag zur Deutschland-Rente. Weil die Menschen immer älter werden,
60

müssen wir doch alle den Gürtel enger schnallen. Da gab es Prognosen. Die wurden hier heute auch über das Jahr 2035 und über das Jahr 2040 gemacht, wie sich hinter der zweiten Stelle nach dem Komma der Rentenbeitragssatz im Jahr 2035 entwickelt. Berufen wurde sich auf die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.

Das Bundesamt sagt aber: Das sind keine Prognosen, sondern wir haben Annahmen getroffen. Wenn die Annahmen eintreten, dann entwickelt es sich auf eine bestimmte Art und Weise. – Das Statistische Reichsamt hatte beispielsweise nicht mit dem Zweiten Weltkrieg gerechnet, deswegen war das schlecht mit den Prognosen, die die aufgestellt haben. Das Statistische Bundesamt hatte in den Sechzigerjahren nicht mit dem Pillenknick gerechnet. Das Statistische Bundesamt hatte auch nicht mit der sogenannten Wiedervereinigung gerechnet. Auch die Zuwanderung im Jahr 2015 war nicht Bestandteil der Berechnung. Deswegen sind es nicht zwei Stellen hinter dem Komma, sondern eine Stelle vor dem Komma, um die es hier eigentlich geht, nämlich darum, dass Prognosen, die die Zukunft betreffen, bekanntlich schwierig sind. Darauf fußte aber der neoliberale Mainstream, der über zehn Jahre lang versucht hatte, das gesamte Rentensystem zu privatisieren.

(Beifall DIE LINKE)



Aber entscheidend ist doch nicht nur das Verhältnis von Jüngeren zu Älteren für die Entwicklung einer Rente, sondern entscheidend ist doch, wie sich Wachstum entwickelt, wie sich Produktivität entwickelt. Bei einem lohnbasierten System ist entscheidend, wie sich die Löhne entwickeln. Das ist doch für die Frage entscheidend, wie sich eine gesetzliche Rentenversicherung entwickeln lässt. Wenn es demografische Probleme gibt – um das auch klar zu sagen –, dann hat auch ein kapitalbasiertes System diese Probleme.

Es ging aber auch nicht um die Demografie. Auf der einen Seite ging es darum, die Interessen der Arbeit-

geber zu wahren, nämlich die Sozialversicherungsbeiträge möglichst niedrig zu halten, die in einem Sozialsystem paritätisch getragen werden, an denen die Arbeitgeber also beteiligt werden. Auf der anderen Seite ging es darum, die private Versicherungswirtschaft zu pampern. Die neoliberale Politik, die Fraktionen, die hier alle sitzen, haben sich doch am Ende alle als Versicherungsvertreter betätigt.

(Beifall DIE LINKE)

Es ging um eine totale Entfesselung der Finanzmärkte. Das war der falsche Weg. Das war der neoliberale Weg. Das war der Weg in den ungebremsten Finanzmarktkapitalismus.

Diesen Weg will Schwarz-Grün jetzt mit der Deutschland-Rente weitergehen: Schwächung der gesetzlichen Rentenversicherung, kapitalmarktbasierende Rentenleistungen, deren Höhe nicht garantiert ist. So ist das Modell. Es geht hier nicht darum, einen neuen Motor zu finden, sondern es geht darum, Zucker in den Tank der gesetzlichen Rentenversicherung zu schütten. Das ist das Modell.

(Beifall DIE LINKE)

Nun kann man meinen, die neue Bundesregierung hat verstanden und bremst den bisherigen Kurs, indem sie sagt: Wir wollen das bisherige Niveau halten. – Dies ist von der Ansage her schon einmal ganz nett. Das Problem ist allerdings, dass das ein Taschenspielertrick ist; denn das Niveau wird nicht gehalten.

Vielmehr haben wir auf der einen Seite die Rente mit 67, die weiter schrittweise angehoben wird. Das Rentenniveau basiert auf dem Regelrenteneintrittsalter. Wenn es höher ist, dann bezieht sich das Rentenniveau auf 48 % netto vor Steuern. Wenn die Leute mit 67 in Rente gehen, ist dieses Niveau natürlich niedriger, als wenn auf der Basis von 45 % gerechnet wird. Das ist ungefähr so, als hätten wir ein Thermometer und ziehen die Skala nach unten, und wundern uns, dass wir bei gleicher Gradzahl dennoch frieren.

(Beifall DIE LINKE)

Dazu gibt es aber Alternativen, nämlich den Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung, die Ausdehnung der Prinzipien der gesetzlichen Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen, nicht nur auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch auf Selbstständige, Apotheker, Rechtsanwälte, aber auch auf Beamtinnen und Beamte und nicht zuletzt auch auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

(Beifall DIE LINKE)

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier machen natürlich eine vergleichsweise kleine Gruppe aus,

sodass das ökonomisch nicht so sehr viel für die Rentenversicherung bringt. Aus pädagogischen Gründen fände ich es aber sehr sinnvoll, wenn diejenigen, die über die Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung entscheiden, auch diesen Bedingungen unterworfen sind.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir diese Erwerbstätigenversicherung einführen und wenn wir außerdem die Beitragssätze, an denen die Arbeitgeber beteiligt sind, moderat erhöhen, dann können wir auch eine vernünftige Rente mit einem Niveau erreichen, das vor dem Agenda-Niveau existierte und mit dem wir wieder zurück zur Regelaltersgrenze von 65 kommen. Das können wir dann auch finanzieren. Dafür stehen wir. Einen weiteren Weg in den Neoliberalismus werden wir nicht mitgehen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Rede von Christiane Böhm

zum Thema Armut im reichen Hessen und zur Lage der von Armut betroffenen Menschen, die unter dem Hashtag #IchbinArmutsbetroffen ihren Alltag schildern, am 2. Juni 2022:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich habe „#IchBinArmutsbetroffen“ auf ein Blatt Papier geschrieben und es Ihnen mitgebracht, damit Sie es sich noch einmal genau anschauen können. Diesen Hashtag lege ich Ihnen ganz besonders ans Herz.

(Die Rednerin hält ein großes Blatt Papier hoch.)

Ich selbst bin natürlich nicht unmittelbar von Armut betroffen – na klar –; ich habe aber vor einigen Jahren von einem niedrigen Einkommen gelebt und kann nachvollziehen, wie es Menschen in solchen Situationen geht. Unter diesem Hashtag äußern sich gerade viele, die bisher aufgrund von Schamgefühlen geschwiegen haben, die Angst hatten, in dieser Gesellschaft weiter ausgegrenzt, schief angesehen und individuell dafür verantwortlich gemacht zu werden, dass sie ein geringes Einkommen oder Vermögen haben, dass sie von Sozialleistungen leben.

Genau das ist das Perfide an dieser Gesellschaft: dass es nicht reicht, jemanden durch Armut auszugrenzen, sondern dass man ihm auch noch die Würde nimmt, indem man ihm selbst die Schuld gibt.

Es ist aber nicht die Schuld der von Armut Betroffenen, es ist die Schuld dieser Gesellschaft, dieses neoliberalen Wirtschaftssystems. Es ist die Schuld einer

ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung und eines arm gerechneten Staates,

(Beifall DIE LINKE)

der nicht einmal bereit ist, einen angemessenen Regelsatz bei Hartz IV und anderen Grundsicherungsleistungen zu zahlen.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist die Schuld von politischen Entscheidungen – gerade der Agenda 2010, die einen ungeheuren Billiglohnsektor geschaffen hat, sodass Millionen Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können.

Es ist die Schuld von Regierungen, die die Gemeinnützigkeit von Wohnungsbaugesellschaften abgebaut und Teile des sozialen Wohnraums ausverkauft haben, sodass Mieterinnen und Mieter heute mit enormen Mietpreisen zu kämpfen haben.

Es ist die Schuld von politischen Entscheidungen, die den Energiemarkt liberalisiert und keine entschlossene Energiewende eingeleitet haben und die Menschen heute mit galoppierenden Preisen alleinlassen, während die Mineralölkonzerne weiter boomen.

So könnte ich weitermachen. Ich will Ihnen aber lieber ein paar Posts von Armutsbetroffenen, die auf Twitter geschrieben haben, vorlesen. Ich glaube nämlich, viele in diesem Haus können die Lebensrealität von Menschen in Armut in unserem Land nicht annähernd nachvollziehen. Hören wir diesen Menschen zu.

Ein Mann twittert, dass er seit sechs Monaten auf Wohnungssuche ist und nur noch bis Ende Juni Zeit hat. Er schreibt:

Vermieter wollen Menschen, die Sozialleistungen beziehen, einfach nicht die Chance geben, sich auch nur die Wohnungen anzusehen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es scheint, dass nicht alle zuhören können. – Er schreibt weiter:

Man wird darauf getröstet, dass man später angerufen wird. Keine Nachricht nach einer Woche, und nachdem man sich dann selbst gemeldet hat, heißt es plötzlich, dass die Wohnung vergeben sei. Die konstante Angst, die man sowieso dauernd hat, weil das Geld nie reicht, wird seit mehreren Monaten nun begleitet durch die erdrückende Panik, obdachlos zu werden, seine Tiere zu verlieren. So ergeht es Menschen jeden Tag.

Eine Frau schreibt:

#IchBinArmutsbetroffen und möchte noch mal über den Punkt Gesundheitspflege im Regelsatz sprechen. Dafür sind monatlich genau 17,14 €

vorgesehen. Das reicht für Menschen mit Uterus kaum für die Pille und Kondome zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Sexual Health ist wohl nicht vorgesehen für uns.

„Auch Hygieneartikel nicht“, fügt sie an. Eine andere sagt:

#IchBinArmutsbetroffen ist, wenn die Kinder ...

(Unruhe)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Einen kleinen Moment. – Bitte ein bisschen mehr Ruhe. Ich hatte darauf hingewiesen, dass die Gespräche vielleicht draußen geführt werden; das wäre besser für alle.



Christiane Böhm (DIE LINKE):

#IchBinArmutsbetroffen ist, wenn die Kinder denken, dass du nicht gerne schwimmen gehst, weil du nie mitgegangen bist. Du bist aber nie mitgegangen, damit die Kinder schwimmen gehen konnten.

Eine Antwort auf diesen Tweet war:

Mein Kind dachte mit vier Jahren, Mamas essen nicht. Schon heftig, was man Kindern alles erzählt, damit sie nicht so unter dem Geldmangel leiden.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt inzwischen auch Tweets, die fordern, Armut abzuschaffen. Ich glaube, das ist das richtige

Motto, unter dem wir weiterleben müssen. Denn dieses „von Armut betroffen“ heißt – –

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Abg. Böhm, Sie müssen zum Schluss kommen.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Ja, ich bin jetzt aber öfter gestört worden; ich werde gleich zum Schluss kommen. – Das ist die

Lebenswirklichkeit – –

Vizepräsidentin Karin Müller:

Deswegen habe ich Ihnen schon 28 Sekunden dazugegeben, also letzter Satz.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Danke. – Dann möchte ich Ihnen nur den Tweet der Grünen Jugend zu diesem Thema vortragen:

Dass die Bundesregierung 100 Milliarden € für Aufrüstung übrig hat, aber Armut nicht ernsthaft bekämpfen will, ist unverständlich. Es ging nie darum, dass kein Geld da ist. Es ist immer eine Frage des politischen Willens. Und der fehlt. #IchBinArmutsbetroffen

Ich bedanke mich.

(Beifall DIE LINKE)

Rede von Torsten Felstehausen

zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschuss zum Mord an Walter Lübcke am 19. Juli 2023:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch in unserer Fraktion war das Entsetzen groß, als klar wurde, dass Dr. Walter Lübcke von einem szenebekanntem Neonazi am Abend des 1. Juni 2019 auf der Terrasse in Wolfhagen-Istha erschossen wurde. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen und den Freunden von Walter Lübcke.

Meine Damen und Herren, dieser Mord an Walter Lübcke war einer von über 200 Morden, die seit der Wiedervereinigung von Rechtsextremen, Neonazis und Faschisten in Deutschland begangen worden sind. Aber dieser Mord an Walter Lübcke war anders: Er war weiß, CDU-Mitglied, aktiver Politiker. Walter Lübcke war nicht politisch links. Er hatte keine Migrationsgeschichte, gehörte nicht zu den marginalisierten Gruppen in diesem Land. Diese Tat entsetzte auch konservative und reaktionäre Kräfte: Fassungslosigkeit, „er war doch einer von uns“.

Aber, meine Damen und Herren, diese Betroffenheit muss auch entstehen, wenn Rechtsterroristen Menschen ermorden, die nicht vorher im Parlament saßen, die nicht bei der CDU sind, die nicht persönlich mit Landtagsabgeordneten bekannt sind. Sie muss entstehen, wenn in unserer Gesellschaft Menschen für ihre Herkunft diffamiert, für ihr Aussehen abgewertet, für ihre Religion beschimpft oder für ihre Überzeugungen angegriffen werden.

Die immer wieder zu diesem Untersuchungsausschuss gestellte Frage ist, ob der Mord an Dr. Walter Lübcke

hätte verhindert werden können. In unserem Sonderbericht als LINKE beantworten wir diese Frage mit: Ja, es hätte dazu verschiedene Ansatzpunkte gegeben; denn der Mord basierte auf einem Versagen auf zwei Ebenen, dem politischen Versagen, dem zunehmenden Rechtsschwenk in dieser Gesellschaft nicht konsequent entgegenzutreten, und dem Versagen der Sicherheitsbehörden in Bezug auf Tätergruppen und Akteure.

Lassen Sie mich zunächst etwas zu dem politischen Versagen sagen. Wie Anfang der 1990er-Jahre, wie 2016 und auch heute werden rechte Narrative hoffähig und von der sogenannten bürgerlichen Mitte bereitwillig aufgesogen. Ja, aus Worten werden Taten, heißt es so oft.

Doch wir müssen es ernst nehmen. Unsere Aufgabe im Parlament ist es, dafür zu sorgen, dass unsere Arbeit und unsere Art, wie wir über Menschen sprechen, niemanden entwerten und niemanden entmenslichen. Es ist unsere Aufgabe, rechtem Terror schon im Parlament die Grundlage zu entziehen.

Doch anstatt standhaft zu bleiben, versprach der deutsche Innenminister Horst Seehofer, dass sich die Regierung „bis zur letzten Patrone“ gegen die massenhafte Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren würde. Da ist es nicht mehr weit zu den Äußerungen von Beatrix von Storch, an den deutschen Außengrenzen zukünftig auch Schusswaffen einzusetzen.

Sekundiert wurden solche Aussagen von einem radikalisierten Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen, der zu verstehen gibt: „Ich bin vor 30 Jahren nicht der CDU beigetreten, damit heute 1,8 Millionen Araber nach Deutschland kommen.“ Es ist genau der Maaßen, der im Kreis der 16 Landesämter für Verfassungsschutz dafür bekannt war, die Beobachtung der AfD mit allen Mitteln verhindern zu wollen.

Meine Damen und Herren, sich einem rechten Populismus zu öffnen, ist der Nährboden für rassistische Taten, für pogromartige Stimmung und für rechten Terror. Das haben wir historisch schon an vielen Beispielen gesehen: Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Mölln, Heidenau, Wolfhagen, Halle, Hanau. Politische Entscheidungen haben immer einen großen Einfluss darauf, ob sich rechte Täter zu Gewalttaten berufen fühlen. Auf rassistische Anschläge dieser Art darf es aus Sicht der LINKEN nur eine Antwort geben: Solidarität und Antifaschismus.

(Beifall DIE LINKE)

Es darf kein Anbiedern an rechte Positionen geben, keinen Abbau des Asylrechts, kein Erschweren des Bleiberechts und von Einbürgerungen. Es muss ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten erfolgen, und

wir müssen die Rechte aller Menschen verteidigen. Die Entrechtung von Geflüchteten, die aktuell von der Bundesregierung vorangetrieben und auch hier von der CDU beklatscht wird, führt nicht nur erneut zu einer pogromartigen Stimmung und zu einer Stärkung der Rechten, sie tritt auch die Werte mit Füßen, für die Dr. Walter Lübcke sein Leben geben musste.

Dann gab es noch ein zweites vielfaches Versagen der Ermittlungsbehörden; der Berichterstatter hat gerade darauf hingewiesen. Dass Lübcke im Fadenkreuz der extremen Rechten steht, hätte 2015 klar sein müssen. Es hätte klar sein müssen, als er Hunderte von Mails voller Hass und Hetze und Mordfantasien bekam. Es hätte klar sein müssen, als er anhaltend Thema in rechtsradikalen Foren war, und es hätte klar sein müssen, als unter Beiträgen der AfD Lübckes Wohnanschrift in den sozialen Medien geteilt wurde.

Meine Damen und Herren, diese Verantwortung trifft den Verfassungsschutz und die Polizei; denn beiden entging diese Hetzkampagne gegen Lübcke, und das, obwohl Polizeikräfte 2015 vor Ort waren, als Lübcke von Kagida bei der Bürgerversammlung beschimpft wurde. Aber rechte Hetze wurde nicht ernst genommen. Keine einzige Person, die Walter Lübcke bedrohte, wurde bis zu seinem Mord verurteilt.

Es wurde nicht ermittelt, wer das Video ins Netz gestellt hat, auch nicht, als dieses Video im Jahr 2019 nach einer erneuten Veröffentlichung durch Erika Steinbach wieder viral ging.

Für dieses Versagen der Sicherheitsbehörden trägt Innenminister Beuth die politische Verantwortung. Er müsste sie tragen, aber bei einer Mehrheit von nur einer Stimme lässt man ihn nicht fallen.

Dann gab es den Mordanschlag auf Ahmed I. am 6. Januar 2016 in Lohfelden. Er wohnte genau in der Unterkunft, für deren Einrichtung sich Dr. Walter Lübcke bereits seit Monaten starkgemacht hatte, wofür er bedroht wurde. Ahmed I. wurde von einem Mann auf einem Fahrrad von hinten mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt. Er vermutete einen rassistischen Hintergrund und gab dies auch bei der Polizei zu Protokoll.

Der spätere Mörder von Dr. Walter Lübcke, Stephan Ernst, wurde zu dem Mordversuch befragt. Er wohnte nah am Tatort. Er war für Messerangriffe und als rassistischer Täter bekannt. Sein Fahrrad passte zu den Tatortaufnahmen. Doch obwohl er kein Alibi hatte, wurde er nicht einmal vernommen. Erst nach dem Mord an Dr. Walter Lübcke stellten die Ermittler ein Messer mit Blutanhaftungen in seinem Keller sicher. Leider konnten die DNA-Spuren nach mehr als drei Jahren nicht mehr mit ausreichender Sicherheit Ah-

med I. zugeordnet werden. Die Ermittler verpassten so die Chance, den späteren Mörder von Walter Lübcke zu überführen und aus dem Verkehr zu ziehen.

Doch damit nicht genug. In den Monaten nach dem Mordversuch kam es zu weiteren Bedrohungen von Ahmed I. Die Polizei nahm ihn aber nicht ernst, und zwar in einem Muster, das wir strukturell rassistisch nennen. Das muss hier so klar gesagt werden. Es wurde nicht auf Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt hingewiesen. Ihm wurden seine Rechte als Opfer einer Gewalttat nicht erklärt. Ahmed I. wurde nicht nur von den ermittelnden Behörden alleine gelassen, er wurde auch von der Politik, er wurde von uns allen alleine gelassen.

Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bei der Beratungsstelle *response* bedanken, die Ahmed I. über seine Rechte informierte, die sich solidarisch an seine Seite stellte und die gegen die geschehenen Versäumnisse arbeitete.

(Beifall DIE LINKE)

Natürlich müssen wir auch auf das erneute fundamentale Versagen des Verfassungsschutzes hinweisen. Dieses Versagen ist so gravierend und so strukturell, dass DIE LINKE in ihrem Sondervotum zu Recht zu dem Ergebnis kommt, dass dieser Dienst nicht reformierbar ist und deshalb aufgelöst werden muss.

Das Versagen des Landesamtes für Verfassungsschutz ist vielschichtig und langjährig; wir haben es gerade gehört. Das betrifft die Analyse rechter Strukturen und Personen, das Erkennen rechter Phänomene und die Einschätzung ihrer Gefährlichkeit. Das Landesamt ist schlicht und ergreifend nicht in der Lage, Erkenntnisse zur Vernetzung der rechten Szene zuzuordnen. Wesentliches Wissen über die Strukturen, die Aktionen von Neonazis und deren Bündnisstrategien kommen daher nicht aus dem Landesamt für Verfassungsschutz, sondern von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die das Treiben der Neonazis beobachten. Deshalb muss ich hier einmal ganz deutlich sagen: Danke, Antifa!

(Beifall DIE LINKE)

Zu den Lehren aus dem NSU-Skandal gehört das Löschoratorium, aufgrund dessen seit Juni 2012 keinen Akten zu Rechtsextremisten mehr vernichtet werden durften. Doch statt einer Prüfung der Akten nach fünf Jahren, wie das Gesetz es vorsieht, wurden die Akten einfach ungeprüft im System belassen.

Nach nur drei Jahren stapelten sich 1.345 Akten von Neonazis und der rechten Szene auf den Tischen und in den Tresoren, darunter auch von Personen, wir haben es gehört, die als „brandgefährlich“ eingestuft

waren. Bei allen war die Frist zur Aktenprüfung fällig oder längst überfällig.

So erfand die Abteilung Rechtsextremismus im Verfassungsschutz ein neues Verfahren – „mit Wut im Bauch“, wie eine Mitarbeiterin aussagte, da sich keiner um ihre Beschwerden kümmerte.



Das Verfahren beschleunigte die Vorgänge, indem für einen großen Teil der Akten eben keine Einzel-fallprüfung durchgeführt wurde, und das, obwohl es gesetzlich vorgeschrieben ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz setzte also die gesetzliche Regelung kurzerhand außer Kraft und wendete die Prüffrist stattdessen pauschal als Löschfrist an.

Da kommt dann alles zusammen: die Verharmlosung rechter Strukturen, die Überforderung nach dem NSU und die dehnbaren Vorschriften im Landesamt, wenn es um Rechtsextremismus geht. Niemand im LfV stellte sich offensichtlich die Frage, wohin denn die vermeintlich „abgekühlten“ 1.345 Neonazis abgetaucht sind. Denn sie waren nicht weg. Sie traten weniger offen auf und schlossen sich neuen Zusammenhängen an, Zusammenhängen wie Kagida oder der AfD, die im Jahr 2015 eine erfolgversprechende rassistische Mobilisierung darstellten.

So wurde ein Persilschein durch die Sicherheitsbehörden ausgestellt. Denn die Sicherheitsbehörden sahen nur besorgte Bürger aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft, obwohl sich regelmäßig das Who's who der nordhessischen Neonazis an den Aufzügen der Kagida beteiligte.

Die Gleichung des Landesamts für Verfassungsschutz heißt: keine Erkenntnisse, kein Eintrag, keine Gefährlichkeit. Meine Damen und Herren, das ist ein fatales Versagen.

(Beifall DIE LINKE)

Wie fatal das Vorgehen war, zeigte der Mord an Dr. Walter Lübcke durch eine Person, deren Akte im beschleunigten Verfahren bearbeitet wurde. Stephan Ernst war noch 2009 am Überfall auf die DGB-Demo

in Dortmund beteiligt gewesen. 2010 nahm er am geschichtsrevisionistischen Trauermarsch in Dresden teil. 2011 besuchte er eine Sonnenwendfeier beim Neonazikader Thorsten Heise. Er beteiligte sich 2015 bei Kagida und suchte zunehmend die Nähe zur AfD. Er fuhr zu dem Faschisten Björn Höcke, überwies den Rundfunkbeitrag mit Morddrohungen und diskutierte mit Rechtsterroristen im Internet.

In der Wahrnehmung des Verfassungsschutzes aber war er seit 2009 nicht mehr aktiv. Auch seine Akte war 2015 intern gelöscht – zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Das ist kein „Malheur“, wie es eine ehemalige Abteilungsleiterin formulierte. Das ist ein massives tödliches Versagen, ein Versagen qua Dienstanweisung.

(Beifall DIE LINKE)

Festzustellen ist: Das Landesamt für Verfassungsschutz scheiterte daran, diese Betätigungsfelder der extremen Rechten als solche zu erkennen. Das ist ein massives Versagen des sogenannten Frühwarnsystems und eine Verharmlosung rechter Inhalte und Strukturen.

Die Aufgabe, rechten Terror und seine Hintergründe aufzuklären, ist mit dem Untersuchungsausschuss noch lange nicht abgeschlossen. Daher haben wir heute einen Dringlichen Antrag eingebracht, um sicherzustellen, dass die Akten zum Rechtsterrorismus nicht vernichtet werden. Wir haben kein Vertrauen, dass sich das Landesamt für Verfassungsschutz an sein Archivgesetz halten wird. Dafür sind bereits viel zu viele Aktenstücke im LfV nicht mehr auffindbar.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Felstehausen, Sie müssen dann zum Schluss kommen.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Ich komme zum Ende meiner Rede. – Lassen Sie sich zum Schluss sagen: Wenn heute Angehörige von Menschen, die Opfer rechter Gewalt wurden, Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen fordern, dann gilt diesen Menschen unsere Solidarität. Denn nur, wenn wir den Betroffenen der rechten Gewalt zur Seite stehen und uns an die Opfer erinnern, die Taten aufklären und Gerechtigkeit gegenüber den Opfern und den Angehörigen walten lassen, aber auch Konsequenzen aus den Taten ziehen, können wir die Spaltung dieser Gesellschaft und das Erstarken der rechten Kräfte verhindern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Rede von Saadet Sönmez

in einer von der CDU angezettelten Debatte zum „Heimatbegriff“ am 2. Juni 2022:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Es ist schon erstaunlich, wenn Herr Müller hier ausführt, der Begriff Heimat sei nichts Politisches.

Da muss man sich doch fragen: Warum gibt es auf Bundesebene ein von CDU und CSU eingerichtetes Heimatministerium, wenn dies kein politischer Begriff sein soll, wenn dieser Begriff nicht politisiert werden soll?

(Beifall DIE LINKE)

Das aber nur am Rande. Lassen Sie mich von den ideologischen und ethnologischen Abhandlungen wegkommen, in denen der Begriff Heimat ein Kampfbegriff ist zwischen links und rechts, liberal und traditionell oder, oder, oder.

Lassen Sie mich einmal darstellen, lassen Sie uns einmal gemeinsam schauen, was Menschen brauchen, damit sie sich zu Hause, daheim, also in der Heimat fühlen.

Heimat ist der Ort, wo die Miete bezahlbar ist und Konzerne uns nicht aus unseren Stadtteilen und Dörfern verdrängen,

(Beifall DIE LINKE – Zuruf AfD: Nordkorea!)

wo die Menschen von ihrer Arbeit auch wirklich leben können und konsequent gegen Lohndumping vorgegangen wird,

(Beifall DIE LINKE)

wo alle Kinder genug zu essen haben und ihr Bildungserfolg nicht vom Einkommen oder der Herkunft der Eltern abhängt.

(Beifall DIE LINKE)

Heimat ist, wo die Existenzangst der Einzelnen von der Solidarität der vielen besiegt wird.

(Beifall DIE LINKE)

Heimat ist, wo Reiche angemessen besteuert werden, oder besser noch, wo es weder Arm noch Reich gibt.

(Beifall DIE LINKE)

Heimat ist, wo niemand bangen muss, nachts geweckt und abgeschoben zu werden, wo die Menschenwürde nicht am Aufenthaltstitel hängt.

(Beifall DIE LINKE)

Zu Hause und heimisch kann man sich nur fühlen, wenn man keine Angst vor der Polizei haben muss, z. B. weil man vermeintlich anders aussieht, und wo die Polizei private Meldeadressen ihrer Bürgerinnen

und Bürger für sich behält.

(Beifall DIE LINKE)

Heimat ist, wo Antifaschismus eine Selbstverständlichkeit ist. Heimat ist, wo Wälder nicht Autobahnen weichen müssen und der Bus regelmäßig ins Dorf kommt.

(Beifall DIE LINKE)

Heimat ist – Herr Müller, da Sie schon von Sicherheit reden –, wo rechte Netzwerke ernsthaft bekämpft werden und nicht stattdessen seitenweise Akten geschreddert werden und die Verantwortlichen dafür auch noch in höhere Ämter erhoben werden.

(Beifall DIE LINKE)



Heimat sollte ein Ort sein, an dem Menschen leben, die ihren Reichtum und ihren Wohlstand eben nicht auf Kosten der Menschen des globalen Südens vermehren, sodass diese gezwungen werden, ihre Heimat wiederum zu verlassen. Heimat ist ein Ort, an dem nicht mehr Waffen gesegnet werden, sondern der Krieg geächtet wird.

(Beifall DIE LINKE)

Egal wie sehr Sie das Gegenteil heraufbeschwören wollen: Hessen ist leider noch sehr weit davon entfernt, eine solche Heimat zu werden. Hessen hat da leider noch einen sehr langen Weg vor sich.

Wir laden Sie aber ganz herzlich dazu ein, gemeinsam mit uns dafür zu streiten, dass Hessen Heimat wird, dass Hessen eine Heimat wird, wo nicht jedes vierte Kind in Armut aufwächst, wo Menschen nicht zwei Jobs auf einmal nachgehen müssen, um ein einigermaßen menschenwürdiges Leben zu führen und über die Runden zu kommen, wo Wohnungslose nicht nur ein Dach über dem Kopf haben, sondern wirklich ein Zuhause haben, wo es keine Zweiklassenmedizin gibt, wo jeder Mensch uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung hat, wo dem Einbürgerungswunsch von Menschen tatsächlich entsprochen wird, wo keinem Menschen die politische und gesellschaftli-

che Teilhabe verwehrt wird. Das ist eine Heimat.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, Heimat ist der Ort, wenn wir von Sicherheit reden und eine Heimat haben möchten, in der wir auch sicher und frei leben können. Heimat ist der Ort, an dem rassistische Morde wie in Hanau ein Ding der Unmöglichkeit sind.

(Beifall DIE LINKE)

Solange wir nicht genau auf diese Gesellschaft hinarbeiten, wird uns jegliches Jonglieren mit dem Begriff der Heimat auch nicht wirklich viel weiterbringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Rede von Petra Heimer

*über die drohende Entwertung des Erzieher*innenberufs am 29. Juni 2023:*

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Aktuelle Stunde der FDP doppelt ein wenig unsere Debatten, die wir im Moment zum Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch führen. Trotzdem kann es bei diesem wichtigen Thema nicht schaden, das noch einmal ins Spiel zu bringen.

Ich frage mich, ob für die Damen und Herren der Landesregierung dieser Fachkräftemangel über Nacht gekommen ist. Wir wissen seit Jahren, dass wir diesen Fachkräftemangel zu erwarten haben. Aber das Einzige, was Ihnen einfällt, ist eine Dequalifizierung der Fachkräfte. Ich habe nichts dagegen, dass Sie Physiotherapeuten, Logopäden oder wen auch immer mit in die Kitas hineinnehmen –

(Zuruf Claudia Ravensburg (CDU))

aber, bitte schön, nicht als Ersetzung der Fachkräfte, sondern als Ergänzung.

(Beifall DIE LINKE – René Rock (Freie Demokraten): Sie ersetzen sie aber! – Gegenruf Ines Claus (CDU): Nein, sie unterstützen!)

Sie dürfen nicht auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet werden. Das heißt nicht, dass ich den Physiotherapeuten, Logopädinnen usw. ihre Qualifikation absprechen möchte.

Nein, sie haben in ihrem Fachgebiet auch eine lange Ausbildung hinter sich. Genauso wenig maße ich mir als ausgebildete Erzieherin an, ein bisschen als Physiotherapeutin tätig sein zu wollen, nur weil ich ein paar

Zusatzstunden genommen habe.

(Beifall DIE LINKE)

Versprochen haben Sie den Menschen in Hessen etwas völlig anderes. Wir sind jetzt kurz vor der Landtagswahl, und da lohnt es sich vielleicht, einen Blick in Ihren Koalitionsvertrag zu werfen. 2018 sprachen Sie von einem „Dreiklang Ausbau, Qualität und Beitragsfreiheit“. Heute müssen wir leider feststellen: Nichts davon ist Ihnen gelungen.

Der Kita-Platzausbau ist in vielen Kommunen kaum vorangekommen, auch weil das Land nicht ausreichend mit Investitionsmitteln unterstützt. Dort, wo die Kommunen trotz mangelhafter Landesunterstützung Plätze geschaffen haben, können diese oft nicht besetzt werden, weil schlicht das Personal fehlt.

Bei der Qualität hatten Sie zwar Verbesserungen im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes angekündigt, diese aber größtenteils immer wieder ausgesetzt und die tatsächliche Umsetzung verschoben. Mit der aktuell in der Beratung befindlichen HKJGB-Reform verabschieden Sie sich nun endgültig von dieser Forderung und entwerten das Berufsbild der pädagogischen Fachkraft Erzieherin massiv.

(Beifall DIE LINKE und Freie Demokraten)



Der dritte Punkt ist die schrittweise Ausweitung der Beitragsfreiheit auch auf den U-3-Bereich. Daran haben Sie seit der Unterschrift unter Ihren Koalitionsvertrag nicht einmal mehr gedacht. Es war in den vergangenen fünf Jahren nicht ein einziges Mal Thema in Ihrer Koalition. Versprochen – gebrochen.

(Beifall DIE LINKE und Freie Demokraten)

Das ist das Fazit der vergangenen fünf Jahre schwarz-grüner Landespolitik im Bereich frühkindliche Bildung und leider in vielen anderen Politikfeldern auch.

Ich möchte Ihnen zum Abschluss noch einmal sagen, wie man das Ganze beheben kann. Wir haben sehr viele gut ausgebildete Fachkräfte, die aber aus dem Beruf herausgegangen sind. Und warum?

(René Rock (Freie Demokraten): Schlechte Arbeitsbedingungen!)

Weil die Arbeitsbedingungen so schlecht sind, weil das Gehalt so schlecht ist.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind bereit, die Menschen, denen wir unser Geld anvertrauen, fürstlich zu bezahlen. Aber diejenigen, denen wir das Kostbarste, unsere Kinder, anvertrauen, speisen wir mit einem Hungerlohn ab. Sie sollen sehen, wo sie bleiben.

(Claudia Ravensburg (CDU): Das ist nicht wahr!)

So werden Sie es nicht schaffen, den Fachkräftemangel zu beheben. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Dirk Bamberger (CDU))





Im Landtag

16 Jahre Störenfriede ...



DIE LINKE: Meisterin des parlamentarischen Schlagabtauschs mit Schiffsflotten

Im Landtagsplenum hat DIE LINKE sich nicht immer Freunde gemacht. Vor allem, wenn es um kreative Ideen des Protests oder der Solidaritätsbekundung ging, bemühten andere Abgeordnete, vor allem aus den Reihen der CDU, regelmäßig die „Würde des Hauses“. Wenn schon Abschiebungen in Hessen mit Härte durchgesetzt werden, warum nicht den symbolischen Einsatz von Miniaturbooten als Ausdruck unveräußerlicher Menschenrechte und Seenotrettung im Landtag befürworten?

Im Juni 2023 brachte DIE LINKE im Hessischen Landtag das aktuelle Thema des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ auf die Tagesordnung. Elisabeth Kula bezeichnete den Tod von etwa 750 Menschen vor der griechischen Küste nicht als Schiffsunglück, sondern als das, was es ist: Europäischen Grenzermord.

Nicht überraschend gerieten die Vertreter*innen der anderen Parteien in helle Aufregung. SPD, Grüne, FDP, CDU und AfD versuchten sich gegenseitig in einer ab-

schieberhetorischen Schlammschlacht zu überbieten, wobei der Wettbewerb teilweise so wurde, dass selbst Zyniker beeindruckt waren.

Doch das eigentliche Drama spielte sich ab, als Holger Bellino, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, den „brutalen Angriff“ auf die Bundesinnenministerin und die Würde des hohen Hauses entdeckte. Kleine orange Schiffe zierten die Tische der Linksfraktion – ein Skandal sondergleichen! Schiffe, die als Symbol unveräußerlicher Menschenrechte auf Leben dienen, hatten es gewagt, die Plenartische zu schmücken.

Die Empörung Bellinos kulminierte in einem Aufschrei. Schiffe auf den Tischen und ein entsprechender Tweet mit einem Foto der Schiffchen auf Twitter wurden als unverzeihliche und brutale Attacke interpretiert. Doch, liebe Leserinnen und Leser, die Linksfraktion bevorzugt es, lieber gegen die Geschäftsordnung zu verstoßen, anstatt gegen elementare Menschenrechte an Europas Außengrenzen.

**Antrag
der Fraktion der CDU
betreffend eine Aktuelle Stunde**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Schutz unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vor revolutionären Zielen der Linkspartei!

Wiesbaden, 25. August 2008

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

"Die SPD ist für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich" - der weiteren Geschichtsverfälschung durch die Linke Einhalt gebieten!

Wiesbaden, 22. September 2008

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Rot-rot-grün war schlecht für Hessen, ist schlecht für Deutschland - soziale Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungsverantwortung bekommen!

Wiesbaden, 14. September 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

US-Armee in Wiesbaden willkommen - gegen "kalte Krieger" von der Links-Partei.

Wiesbaden, 22. August 2011

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Nach Gabriels Koalitionsabsage an "DIE LINKE" - wo steht Schäfer-Gümbel?

Wiesbaden, 30. Januar 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

"Zusammenarbeit mit den LINKEN: was gilt, Steinbrück oder Schäfer-Gümbel?"

Wiesbaden, 10. Dezember 2012

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Lebendige Demokratie – im Hessischen Landtag unerwünscht

Der Hessische Landtag – ein Ort, an dem die feinen Geister der Politik aufeinandertreffen, um in einem harmonischen Miteinander die Geschicke des Landes zu lenken. Oder etwa nicht? Insbesondere wenn es um das Versammlungsrecht und die Würde des Hauses geht, zeigt sich das Parlament von seiner wenig charmananten Seite.

Am 21. März 2023 fand eine Abstimmung zur dritten Lesung des Versammlungs(*unfreiheits*)-Gesetzes statt – ein Ereignis, das selbst die diplomatischsten Gemüter auf die Probe stellte. Die Fraktion DIE LINKE griff zu den scharfen Schwertern der Hochhalteschilder. Ein taktisches Manöver, das die CDU aus den Sitzen hob, die GRÜNEN nach dem Rauschmiss rufen ließ und den Rest des Landtages mit einem Schmunzeln zurückließ.

Aber Moment mal, wo bleibt der gesunde, politische Streit? Im Plenum mag man ja einiges gewohnt sein, von sexistischen bis hin zu rassistischen Entgleisungen, aber wehe, es wird auf Verfassungsverstöße bildreich hingewiesen! Hier zieht die Union ihre rote Linie. Schließlich muss man Prioritäten setzen.

Der Höhepunkt des Spektakels kam jedoch erst, als ein Mitarbeiter der linken Landtagsfraktion, in seiner

Doppel-Rolle als akkreditierter Journalist, es wagte, seiner Arbeit nachzugehen und ein Foto zu machen.

Die AfD eilte der Präsidentin zu Hilfe, indem sie pflichtgemäß Meldung erstattete, dass Fotos angefertigt worden seien. Eine beispielhafte Demonstration von Wachsamkeit, Rechtstreue und politischer Loyalität. Doch, oh Schreck, selbst Twitter hatte bereits von den skandalösen Vorgängen in Wiesbaden erfahren! Die Enttäuschung der Präsidentin war so groß wie die Unverschämtheit der Linken.

Das war der Skandal nach dem Skandal! Die Präsidentin war entsetzt. Um den Schaden zu begrenzen, verfügte die Präsidentin, dass die Bilder zu löschen seien. Schließlich sollte das Treiben der LINKEN nicht auch noch öffentlich breitgetreten werden. Doch Twitter war schneller, und die Enttäuschung wuchs.

Die Lehre daraus: Wer das dokumentiert, was nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangen soll, verliert eben das Recht, Fotos im Plenarsaal anzufertigen.

In einem Landtag, wo die „Würde des Hauses“ höchste Priorität genießt, bleibt nach dem Ausscheiden der LINKEN nun eine Leerstelle.

darf noch fragen: Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen und wird zum Gesetz erhoben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der LINKEN halten Plakate hoch mit der Aufschrift „Grundrechte schützen, Versammlungsgesetz stoppen“.)

– Ich bitte – – Wir haben hier Umgangsformen miteinander vereinbart. Ich bitte, dass Sie das jetzt unterlassen und die Schilder bitte herunternehmen.

(Unruhe)

... dem gemütlichen Durchregieren

Holger Bellino (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eine klare Missachtung der parlamentarischen Regeln. Das waren nicht unbedarfte Zuschauer, die hier vielleicht ihr Mütchen kühlen wollten, sondern das war eine gewählte Fraktion. Das gehört sich nicht. Das ist unparlamentarisch. Ich bitte, das zu rügen.

(Zuruf CDU: Alles inszeniert! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eindeutiger Verstoß gegen die Geschäftsordnung!)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und vereinzelt Freie Demokraten)

Ich würde jetzt vorschlagen – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine grobe Verletzung des Hausrechts! Ihr gehört rausgeschmissen!)

Ich habe dazu jetzt alles gesagt und bitte, dass wir in der Debatte fortfahren – nach den Regeln, die wir uns miteinander gesetzt haben.



Im Landtag

Auswahl unserer Schwerpunkte im Parlament

NSU-Aufklärung

Ein zentrales Thema für die hessische Linksfraktion war stets der Kampf gegen neue und alte Nazis. Bereits kurz nach dem Landtagseinzug sorgte DIE LINKE dafür, dass der Hessische Landtag sich erstmals mit der NS-Vergangenheit seiner früheren Abgeordneten auseinandersetzte.

In der 19. Legislaturperiode ab 2014 wurde maßgeblich von Seiten der LINKEN ein Untersuchungsausschuss initiiert, der das Verhalten der Landesbehörden in die Umstände und die Aufklärung des Kasseler NSU-Mordes aufklären sollt. Dort wurde 2006 Halit Yozgat ermordet, während ein V-Mann des hessischen Verfassungsschutzes am Tatort war. Ungewöhnlich war, dass der Untersuchungsausschuss nicht einstimmig, sondern nur mit den Stimmen der LINKEN und der SPD eingesetzt wurde. Leider zog sich die nicht immer um Erkenntnisgewinn bemühte Arbeit der Koalitions-Fraktionen aus CDU und Grünen auch im Ausschuss oft fort.

Im Laufe der unzähligen Sitzungen hat sich immer wieder ein verheerendes Bild der Zustände im hessischen

Geheimdienst, aber teilweise auch bei Polizei und Politik gezeigt. Im Sommer 2018 wurde ein Abschlussbericht vorgelegt, der auch durch ein ausführliches Sondervotum der LINKEN ergänzt wurde und eine deutlich weitergehende und fundiertere Kritik an der Arbeit der Sicherheitsbehörden übt, als der Bericht der Mehrheitsfraktionen.

Die Linksfraktion hat die Arbeit im Ausschuss immer wieder mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um die Erkenntnisse auch bekannt zu machen. Bereits begleitend zum Beginn der Ausschussarbeit fand beispielsweise eine prominent besetzte Podiumsveranstaltung in Frankfurt statt, um die offenen Fragen einzukreisen mit denen sich der Ausschuss beschäftigen sollte. Aber auch nachdem der Ausschuss seine Arbeit beendet hatte, bearbeiteten wir den NSU-Komplex weiter. So veranstalteten wir im November 2022 beispielsweise eine Podiumsdiskussion zu den sogenannten „NSU-Geheimakten“, die von der Landesregierung ursprünglich für 120 Jahre gesperrt wurden.

Präsident Norbert Kartmann:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle zunächst fest, dass, soweit wir es mitbekommen haben, der Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Tagesordnungspunkt 34, zurückgezogen worden ist. Das erspart uns eine Abstimmung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD unter Tagesordnungspunkt 69. Dazu gebe ich ein paar Erläuterungen: Es handelt sich hierbei um einen Antrag auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der unter das Minderheitenrecht fällt, das erfüllt ist, wenn ein Fünftel der Abgeordneten unterschrieben hat. Das ist der Fall.

Wir müssen aber, wie es formal geboten ist, trotzdem über diesen Antrag abstimmen, sodass ich jetzt frage: Wer dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Drucks. 19/445, unter Tagesordnungspunkt 69 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und DIE LINKE. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit stelle ich fest, dass der Untersuchungsausschuss eingesetzt ist durch Beschluss des Landtags, so, wie es der Formalität entspricht.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, jetzt noch nicht zu gehen. Wir haben noch etwas zu tun.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 39:**

*Beschluss zur Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses am 22. Mai 2014.
DIE LINKE zog zuvor ihren inhaltsähnlichen Einsetzungsantrag zugunsten des SPD-Antrags zurück.*



Im Landtag



Abgründe des Staatsversagens? Verfassungsschutz und NSU

Einleitende Beiträge von
HERMANN SCHAUS (MdL) und **MARTINA RENNER** (MdB)

Podiumsdiskussion mit
ALEXANDER KIENZLE - Anwalt der Familie Yozgat im NSU-Prozess
DIRK LAABS - Journalist und Autor des Buches „Helmatschutz“
PETRA PAU - MdB und Obfrau im NSU-Ausschuss
HANS-CHRISTIAN STRÖBELE - MdB und Mitglied NSU-Ausschuss
Moderation: **HANNING VOIGTS** - Frankfurter Rundschau

am **29. September** ab **18 Uhr**
im **Theater Willy Praml**, Wittelsbacherallee 29, Ffm



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSENISCHEN LANDTAG

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

DIE LINKE.
IM BUNDEESTAG

Aufklärung des Mordes an Dr. Walter Lübcke

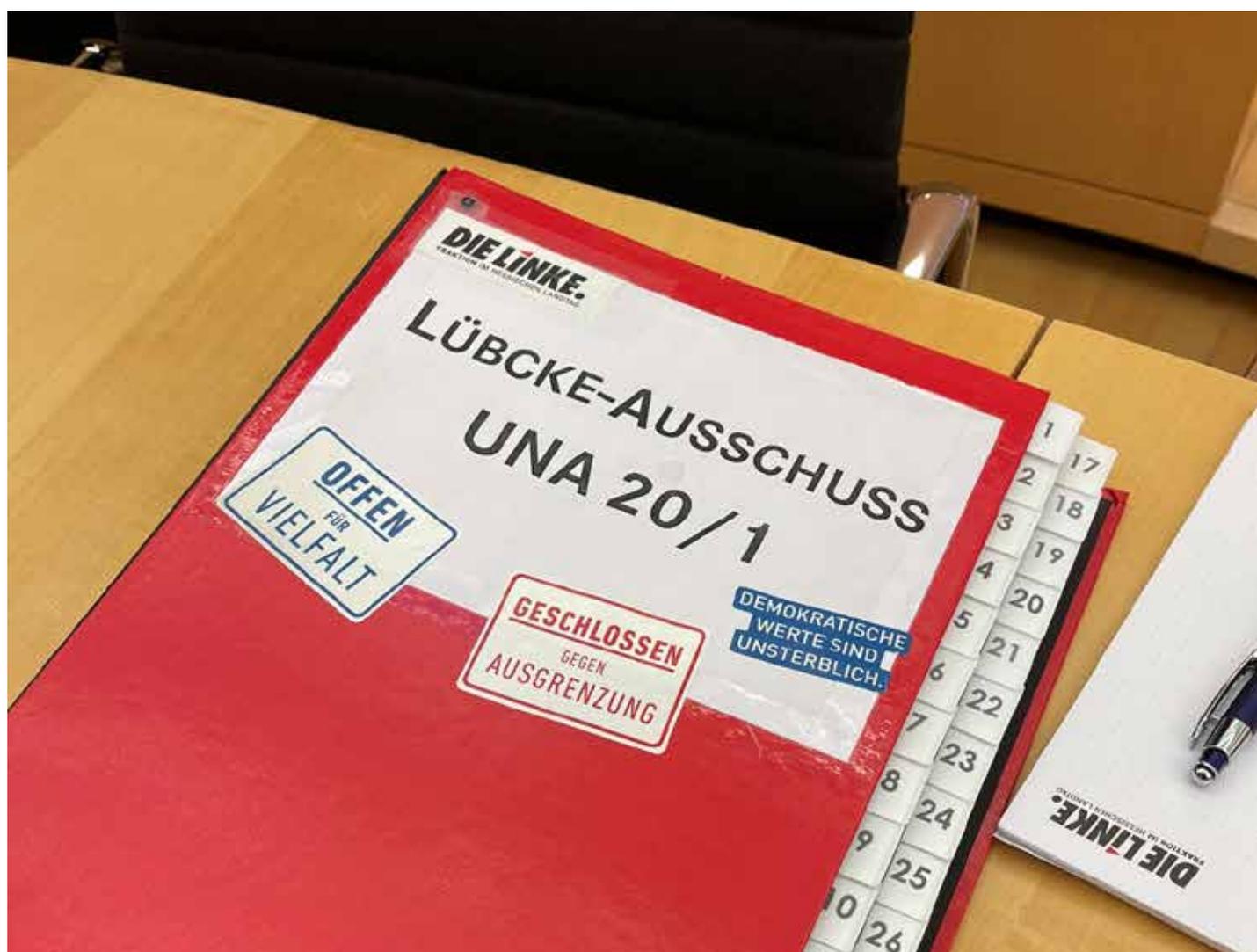
In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke auf der Terrasse seines Hauses durch einen Neonazi ermordet. Der Täter war den Behörden lange bekannt, fest verwurzelt in der nordhessischen extrem rechten Szene und bereits im NSU-Untersuchungsausschuss thematisiert worden. Trotzdem stuften die Sicherheitsbehörden ihn als „abgekühlt“ ein und verloren ihn aus den Augen, so dass der hessische Verfassungsschutz seine Akte intern gelöscht hatte. Im Laufe der Ermittlungen zum Mord an Walter Lübcke geriet der Täter auch in den dringenden Verdacht, im Jahr 2016 einen Mordversuch gegen den Geflüchteten Ahmed I. begangen zu haben. Dies konnte im gerichtlich jedoch nicht mehr nachgewiesen werden.

Der Täter bewegte sich zeitweise im direkten NSU-Unterstützungsumfeld und hatte zu den selben Personen Kontakt. Der Mord an Dr. Walter Lübcke und der Angriff auf Ahmed I. zeigen also deutlich, dass die Sicherheitsbehörden nichts aus ihrem Versagen im NSU-Komplex gelernt haben und weiterhin auf dem

rechten Auge blind sind. Auch daher steht der Mord an Dr. Walter Lübcke für uns in direkter Kontinuität zum NSU.

Wieder sollte ein Untersuchungsausschuss das Behördenversagen aufdecken. Nachdem wir diesen erstmalig forderten, wurde er gemeinsam von SPD, FDP und uns beantragt. Dieses Mal stimmten auch CDU und Grüne unserem Einsetzungsantrag zu. Diese Einigkeit hielt jedoch nicht lange an. Im Ausschuss versuchte Schwarzgrün zu mauern wo es nur ging um sich weiter schützend vor die hessischen Sicherheitsbehörden zu stellen. Dies ging so weit, dass CDU und Grüne sogar gemeinsam mit der AfD stimmten um die öffentliche Vernehmung einer Schlüsselzeugin zu verhindern.

Auch dieses Mal setzten wir dem Abschlussbericht der Mehrheitsfraktionen ein sehr umfassendes Sondervotum entgegen, das das Behördenversagen deutlich detaillierter und grundsätzlicher herausarbeitet als der Bericht der Ausschussmehrheit.





Im Landtag



Der „NSU 2.0“ und rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden

Am 2. August 2019 erhielt die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız ein Drohfax, welches mit dem Kürzel „NSU 2.0“ unterschrieben wurden. Es sollten rund 170 Morddrohungen gegen 70 Adressaten und 60 Institutionen in Deutschland und Österreich folgen. Das Brisante: Die ersten beiden Drohschreiben gegen Başay-Yıldız enthielten persönliche Daten wie ihre eigentlich gesperrte Privatadressen, die unmittelbar vor dem Versand des Drohschreibens von einem Polizeicomputer im 1. Frankfurter Polizeirevier abgerufen wurden. In Folge der Ermittlungen zu den Morddrohungen und der Datenabfrage wurde ein neonazistisches Netzwerk im 1. Frankfurter Polizeirevier aufgedeckt, das sich unter anderem in mehreren rechten Chatgruppen austauschte.

Im Februar 2020 erhielt auch unsere langjährige Fraktionsvorsitzende Janine Wissler eine erste Morddrohung des „NSU 2.0“ Auch darin wurden nicht öffentliche Informationen genannt. Später wurde bekannt, dass auch Janines Daten zuvor von einem Polizeicomputer in Wiesbaden abgerufen worden waren.

Auch bei den Morddrohungen gegen Hengameh Yaghoobifarah, Idil Baydar und Jan Böhmermann kam es im zeitlichen Zusammenhang zu Datenabfragen von Polizeicomputern. Am 17. November wurde ein einzelner Haupttäter wegen einer Vielzahl der Drohschreiben verurteilt. Die Rolle der Polizei in dem Komplex blieb im Prozess unbeachtet. Bisher ist nicht eine Po-

lizistin oder ein Polizist wegen der Drohschreiben, der Datenabfragen oder menschenverachtender Äußerungen in Chatgruppen verurteilt worden und das, obwohl es starke Indizien dafür gibt, dass Beamte in den Komplex verwickelt sind. Innenminister Beuth sprach die hessische Polizei sogar von jeglicher Mitschuld frei.

Nicht nur wegen der direkten Betroffenheit von Janine war der „NSU 2.0“-Komplex für uns ein Thema, das uns in den letzten Jahren maßgeblich beschäftigte. Immer wieder versuchten wir dort aufzuklären, wo Innenminister Beuth oder die Sicherheitsbehörden mauerten. Wir stellen eine Vielzahl von Kleinen Anfragen und ließen Beuth durch mehrere Dringliche Berichtsanträge und Sondersitzungen des Innenausschusses Rede und Antwort stehen. Auch den Prozess gegen den Haupttäter begleitet wird intensiv. So führten wie eine regelmäßige Prozessbeobachtung durch und veröffentlichten Zusammenfassungen der jeweiligen Prozesstage auf unserer Website. Wenn der Prozess neue Erkenntnisse brachte, thematisierten wir diese im Parlament und führten eine Vielzahl an Hintergrundgesprächen mit Journalistinnen und Initiativen. Über eine sehr offensive Öffentlichkeitsarbeit versuchten wir so zur Aufklärung des „NSU 2.0“-Komplexes beizutragen.

Den ersten Tag des Prozesses gegen den Haupttäter als auch die Urteilsverkündung begleiteten wir jeweils mit einer Protestaktion vor dem Landgericht Frankfurt.





Im Landtag



Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Landtages

DIE LINKE hat im Mai 2011 mit ihrer Studie ‚NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter‘ den Nachweis erbracht, dass statt der bisher angenommenen drei Abgeordneten mindestens 75 Abgeordnete Mitglied der NSDAP waren. Das anschließend vom Hessischen Landtag in Auftrag gegebene Forschungsprojekt ‚Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen‘ konnte im Zwischenbericht sogar Hinweise auf die NS-Vergangenheit von mehr als 100 Abgeordneten nachweisen. Darunter auch höchste NS-Funktionäre, die in schlimmste Verbrechen verwickelt waren, nach dem Krieg aber erneut in höchste Partei- und Regierungsämter aufstiegen.

Die politische Geschichte Hessens muss neu bewertet und teils neu geschrieben werden. Die Studie spricht viele Fragen an, die nun ins Blickfeld geraten und

denen weiter nachgegangen werden muss. So sind weiterhin Fragen nach dem Grad der individuellen Schuld und Verantwortung der betroffenen Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu beantworten. Auch Fragen nach dem Einfluss überzeugter Nazis auf Staat, Politik und Gesellschaft in Hessen nach 1945 müssen offen diskutiert und beantwortet werden. Die Autoren machen zudem deutlich, dass auch eine Aufarbeitung in hessischen Behörden und der Verwaltung sowie bei den kommunalen Gliederungen erfolgen sollte. Und wie von den Autoren ebenso angeregt, sollte auch die Erforschung von Verfolgung und Widerstand ein Untersuchungsgegenstand sein.



Die „Schuldenbremse“ - der Staat spart sich kaputt

Im Zusammenhang mit der so genannten Schuldenbremse haben deren Befürworter oft davon gesprochen, dass es nicht gerecht sei, den nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg zu überlassen. Dem hält DIE LINKE entgegen: Es ist weder gerecht noch Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik, nachfolgenden Generationen eine marode Infrastruktur zu überlassen.

Die „Schuldenbremse“ kürzt die laufenden Ausgaben für Bildung, Umweltschutz und die Sozialsysteme. Massiver Personalabbau im Öffentlichen Dienst unter dem Druck von Schuldenbremse und Fixierung auf die „Schwarze Null“ im Haushalt destabilisieren das Land.

Sparen auf Kosten der Funktionsfähigkeit des Staates geht nicht. Der Investitionsstau muss dringend abgebaut werden, nicht nur beim Straßenbau. Die

Schuldenbremse dürfe kein Dogma sein. Stattdessen müssen die Einnahmen durch Steuern auf große Vermögen und große Erbschaften erhöht werden. Beides sind Steuern, die Hessen seine Handlungsfähigkeit zurückgeben würden.

DIE LINKE unterstützte die Kampagne gegen die Schuldenbremse im Vorfeld der Volksabstimmung zur Verfassungsänderung im Jahr 2011 und fordert weiterhin, das pauschale Schuldenverbot rückgängig zu machen, um wieder Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen.

In die Haushaltsberatungen des Landtags brachten wir regelmäßig dutzende Änderungsanträge ein, um Alternativen aufzuzeigen, die sofort umsetzbar wären, politischen Willen vorausgesetzt. Diese veröffentlichte die Fraktion auch immer in einer Haushaltsbroschüre.



Terroranschlag in Hanau: Versuch der parlamentarischen Aufklärung von Behördenversagen

Fast vier Jahre sind seit dem rechten Terroranschlag am 19. Februar in Hanau vergangen: neun Menschen wurden aus rassistischen Gründen ermordet, viele weitere körperlich und psychisch schwer verwundet.

Die Ermordung von neun jungen Menschen am 19. Februar 2020 in Hanau ist einer der schwersten rechten Terroranschläge in der Geschichte der Bundesrepublik. Anders als nach den rechten Morden Anfang der 90er und im Kontext der NSU-Morde, sind die Überlebenden und Angehörigen zu einer politischen Stimme geworden, die beharrlich für Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen sichtbar und wirksam geworden ist. Ihnen ist zu verdanken, dass wir uns an die Namen der Ermordeten erinnern: Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Vili-Virol Păun, Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi und Hamza Kurtovic. Gemeinsam mit ihren vielen Unterstützer:innen – allen voran der Initiative 19. Februar – ist es den Angehörigen gelungen, dass ihre Geschichte erzählt und gehört wird. Aufgrund Ihres beharrlichen Engagements wurde mit Stimmen der Fraktion DIE LINKE, SPD und FDP der Untersuchungsausschuss Hanau im Hessischen Landtag im Sommer 2021 eingesetzt. In seiner Herangehensweise leistete der Ausschuss Pionierarbeit: Mit ihren Erfahrungen, Fragen und Perspektiven, die die Überlebenden und Angehörigen in den ersten Sitzungen vortrugen, prägten sie die Arbeit im Ausschuss entscheidend mit.

Der mehrheitlich beschlossene Abschlussbericht fällt hinter die tatsächliche Aufklärungsarbeit des Ausschusses zurück. Deshalb lehnte die Fraktion DIE LIN-

KE diesen ab und entschied sich für ein Sondervotum. Erstens, weil es relevante Auslassungen gibt; Zweitens: weil viele Punkte anders bewertet wurden und drittens, weil Handlungsempfehlungen versuchen Probleme an den Wurzeln zu packen.

Unsere Bilanz unterm Strich: Seitens hessischer Behörden – nicht nur aber insbesondere der Polizei – gab eine lange Kette von Fehlern, von Organisationsversagen, von institutionellem Rassismus. Beispiele dafür sind das Versagen des Notrufs, die Gefährderansprachen und die damit verbundene Täter-Opfer-Umkehr, die die Überlebenden der Angehörigen erhielten, die Lücken bei der Überwachung des Täterhauses und das (Kommunikations-)Chaos beim Einsatz des Überwachungshubschraubers und die laxen Kontrollpraxis der Waffenbehörde Main-Kinzig.

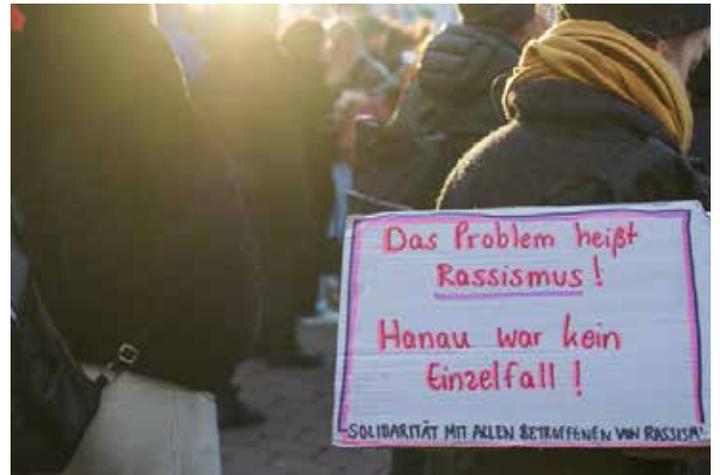
Für die Fraktion DIE LINKE ist der rassistische Anschlag von Hanau jedoch nicht ohne den gesellschaftlichen Kontext zu verstehen. Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist sozial tief gespalten. Eine aggressive Vorstellung der Ungleichwertigkeit von Menschengruppen gewinnt in beängstigendem Tempo immer mehr Raum.

Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit können wir nur erfolgreich bekämpfen, wenn Sozialstaatlichkeit ausgebaut wird und dem das Projekt einer solidarischen Gesellschaft entgegengestellt wird. Deshalb ist es unsere Aufgabe und die einer wehrhaften Zivilgesellschaft, den Rechten die Stirn zu bieten und Demokratie und Leben zu verteidigen.





Im Landtag



Das Schutzzonengesetz

Bereits 2019 hat die Fraktion DIE LINKE einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der sich ganz konkret dem Thema Schutz des anonymen, vertraulichen und ergebnisoffenen Beratungsgesprächs für ungewollt Schwangere widmet. In diesem Kontext wurde 2023 erneut ein Gesetzesentwurf zu diesem Thema eingebracht und es ist deshalb erforderlich, weil einige rechtskonservative und ultrareligiöse Kräfte das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren eigenen Körper, ihr Recht auf Gesundheit, auf Leben und auf körperliche Unversehrtheit öffentlich infrage stellen.

Schwangere in einer Konfliktsituation, die überlegen, einen Abbruch vornehmen zu lassen, oder die sich entschieden haben, einen Abbruch durchführen zu lassen, befinden sich in einer schwierigen und emotional sensiblen Situation. Keine Schwangere nimmt ein solches Thema auf die leichte Schulter. Der Weg in eine Beratungsstelle, Praxis oder Klinik darf deshalb nicht zum Spießbrutenlaufen werden. In dieser verletzlichen und intimen Situation muss jeglicher physische und psychische Druck ferngehalten werden. Dieses Versprechen wird auch in Hessen verletzt. Die Belagerung der Beratungsstellen und Praxen stellt einen massiven Angriff auf die Grundrechte insbesondere der Frauen dar.

Die schwarzgrüne Landesregierung hatte schon im Jahr 2018 vereinbart, an diesem unseligen Zustand etwas zu ändern. Leider ist dies nicht gelungen!

Am 31. Mai 2023, hat das Komitee zur Überwachung der Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention Deutschland erneut gerügt, weil ungewollt Schwangere weiterhin kriminalisiert werden und Schwangerschaftsabbrüche für viele Frauen gar nicht oder nur beschwerlich zugänglich sind. Die Beratungspflicht gehört gestrichen – so, wie es die Frauenbewegung in Deutschland seit Jahrzehnten fordert. Aber solange dies noch nicht erfolgt ist, müssen wir als Land Hessen dafür sorgen, dass ungewollt Schwangere, Mediziner und das Beratungspersonal ungehinderten Zugang zu ihrer Arbeit bzw. zu Beratung und Schwangerschaftsabbruch erhalten können, um straffrei und sicher abtreiben zu können.

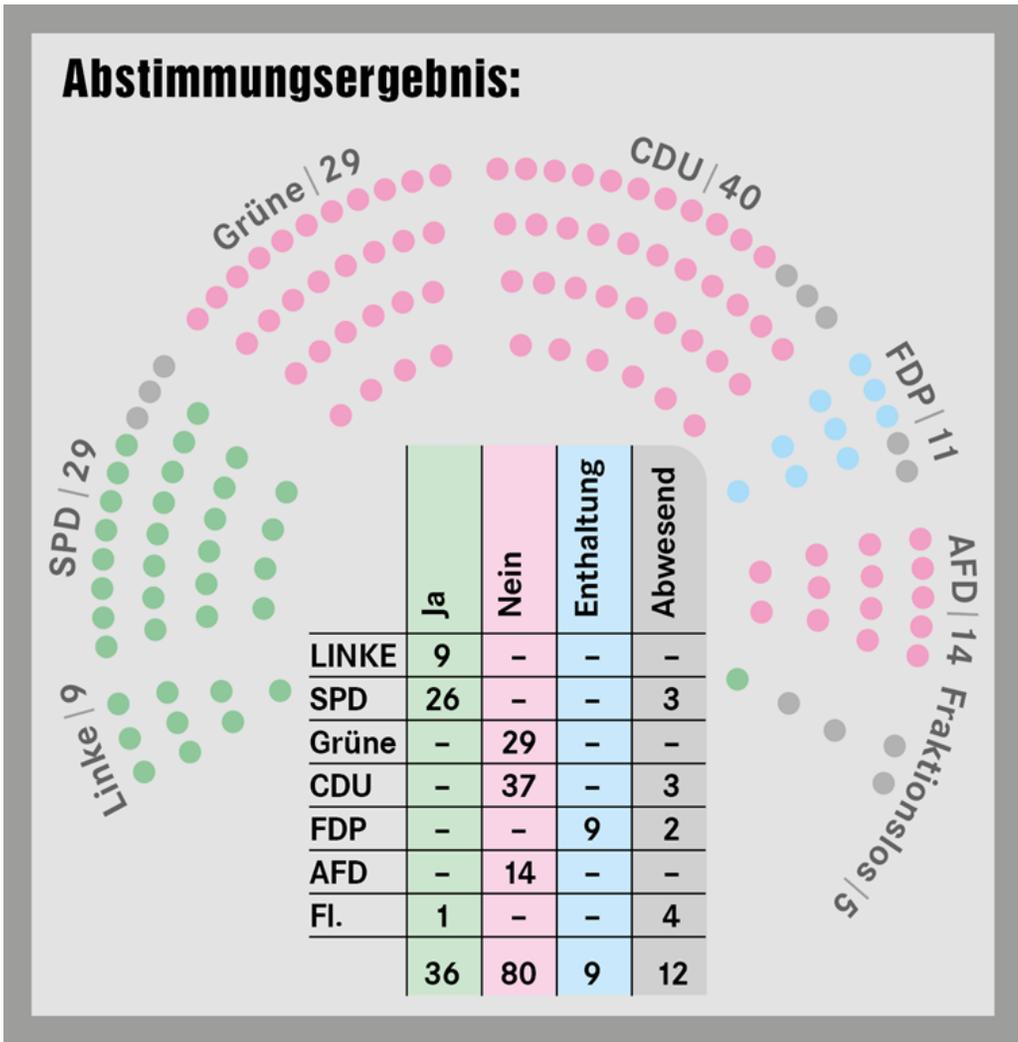
So brachten wir einen Gesetzesentwurf ein, der Betroffenen unmittelbar helfen würde, indem das Gesetz vorsah eine Schutzzone rund um Beratungsstellen und Praxen einzurichten. Demonstrationen oder Kundgebungen, die sich gegen Abtreibungen aussprechen wären hiermit in einem Radius von 150m untersagt.

Andere Protestgründe, wie z.B. für den Klimaschutz oder das Tierwohl wären davon unbetroffen und könnten weiterhin stattfinden. Das Gesetz wurde abgelehnt, ein schwerer Schlag für alle Betroffenen!

Wir erleben in unserem Land aktuell einen massiven Kulturkampf von rechts. Dieser richtet sich gegen Migrantinnen und Migranten, gegen unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensweisen, gegen queere Menschen und auch gegen Frauen. Wer mit Schaum vor dem Mund von „Genderwahn“ faselt und den Untergang des Abendlandes beschwört, will eigentlich nur eines erreichen: Frauen an einen angeblich angestammten Platz verweisen, sie gesellschaftlich unsichtbar machen und ihnen die über Jahrtausende erkämpften Rechte wieder streitig machen.

Wieder wurde eine Chance verpasst in Hessen dem Grundsatz „Mein Körper, meine Entscheidung“ ein deutliches Stück näherkommen, da der Koalitionszwang höheren Wert hat, als der Schutz der Frauen.

Auch das Verhalten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bestürzt uns nachhaltig. Nicht nur DIE LINKE ist regelmäßig vor der ProFamilia in Frankfurt und bekundet ihre Solidarität mit den Betroffenen, sondern auch die Grünen. Doch im Hessischen Landtag ergriffen sie nicht die Chance die Situation für Betroffene unmittelbar zu verbessern, sondern bieben stattdessen ihren Prinzipien, nicht mit der LINKEN zu stimmen und brav die CDU-Tour zu fahren treu und ignorierten damit das Leid und die Notwendigkeit zu handeln. Wir beantragten eine namentliche Abstimmung. (Abstimmungsverhalten siehe Abbildung.)



Dagegen: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD

Dafür: DIE LINKE, SPD, 1 fraktionslos

Enthaltung: FDP

„Frauen, die eine Schwangerschaftsberatungsstelle aufsuchen wollen, sollten dies ungehindert und ohne Belästigung tun können.“

(Martina Feldmayer, Bündnis 90/Die Grünen, stimmte dagegen)

„Der Staat muss ihnen dann aber auch ermöglichen, die Beratungstermine ungehindert wahrnehmen zu können“

(Kai Klose, Bündnis90/Die Grünen, stimmte dagegen)

„Es geht um nicht weniger als um das Menschenrecht auf reproduktive Selbstbestimmung und um das Recht von Frauen, über ihren Körper selbst zu entscheiden“

(Eva Goldbach, Bündnis 90/Die Grünen, stimmte dagegen)

„Wir brauchen im Nahbereich unserer Beratungsstellen eine gesetzliche Regelung, die Demonstrationen von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern rechtskräftig unterbindet.“

(Silvia Brünnel, Bündnis 90/Die Grünen, stimmte dagegen)



Keine Nato- und-Abtrübselung

Deine Stimme
on Nation

Ein



In Aktion

me
anatismus
solidarisch da

EUROPA
NUR SOLIDARISCH

DIE LINKE

**Kein
Flughafen-
Ausbau!**
wir können ihn stoppen!
DIE LINKE.

09/28/2008



Kampf gegen Fluglärm und Flughafenausbau

Im Sommer 2008 war der Widerstand gegen die geplante Nordwestlandebahn auf seinem Höhepunkt. Im von der weitgehenden Abholzung bedrohten Kelsterbacher Wald entstand ein Hütendorf, getragen von einer breiten Bewegung aus Anwohner*innen, Naturschützer*innen, Fluglärm-Gegner*innen und anderen Aktiven.

Die junge Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag suchte den Kontakt zur Bewegung und eröffnete kurzerhand ein Bürgerbüro im Camp. Den Kelsterbacher Wald hat es leider nicht gerettet - aber es blieb bis heute die einzige Baumarkt-Hütte mit eigener Plenardebatte im Hessischen Landtag.

Auch nach der Rodung des Waldes und der Eröffnung der Nordwestlandebahn blieb die Fraktion Teil der Bewegung gegen Fluglärm und gegen den ungebremsten Ausbau des Frankfurter Flughafens. Bei den über 200 Montags-Demos im Terminal des Flughafens waren die LINKEN Abgeordneten stets regelmäßige Teilnehmer.



Der Dannenröder Forst: Rodung und Bau der A 49

Verkehrswende statt Autobahnbau

Unter einem grünen Verkehrsminister wurde der Weiterbau der A 49 in Mittelhessen durch eines der wichtigsten Trinkwassergebiete unseres Bundeslandes gegen breite zivilgesellschaftliche Proteste durchgesetzt und der Dannenröder Wald gerodet. Die Auseinandersetzung um den „Danni“ wurde zu einem bundesweit beachteten Symbol im Ringen um die Verkehrswende.

DIE LINKE stand von Beginn an der Seite der Bürgerinitiativen in der Region gegen den Weiterbau der A 49. Der Bau von Autobahnen ist das Gegenteil der Verkehrswende. Ein Antrag unserer Fraktion für ein Moratorium zu Rodung und Weiterbau wurde im Oktober 2020 von allen anderen Fraktionen im Landtag abgelehnt. Auch waren und sind wir solidarisch mit den vielen Menschen, die mit Mitteln des zivilen Ungehorsams als friedlichen Protest auf die Klimakrise, die fehlende Verkehrswende und das Versagen der Politik

aufmerksam gemacht haben. Im Rahmen von „Fraktion vor Ort“ fand unter den Baumhäusern im besetzten Waldstück eine Fraktionsitzung statt.

Als Parlamentarische Beobachterinnen und Beobachter waren Abgeordnete und Beschäftigte der LINKEN während der gesamten Rodungsmaßnahmen 2020 vor Ort, um mögliche Einschränkungen von Grundrechten wie etwa der Versammlungsfreiheit durch Polizeimaßnahmen zu beobachten, in Konfliktfällen zur Deeskalation beizutragen und um Geschehnisse im Nachgang parlamentarisch zu bearbeiten.

Im Anschluss an die Rodung haben wir den Weiterbau im Schulterschluss mit den Initiativen weiter kritisch begleitet und immer wieder etwa auf Gefahren für die Trinkwasserversorgung und das Grundwasser hingewiesen.





In Aktion

Kein Fußbreit den Faschisten #noAfD

Antifaschismus – DIE LINKE bleibt stabil an der Seite der Betroffenen

Im Hessischen Landtag setzte DIE LINKE konsequent auf Aufklärung und den Kampf gegen rechte Strukturen.

DIE LINKE hat dem Kampf gegen rechtsextreme Tendenzen und dem Aufdecken von Versäumnissen in der Vergangenheit und Gegenwart immer einen hohen Stellenwert eingeräumt. Ob es um die Aufarbeitung der Nazivergangenheit von früheren hessischen Abgeordneten geht, Untersuchungsausschüsse zum NSU, den Mord an Walter Lübcke oder den Anschlag von Hanau – DIE LINKE bleibt eine treibende Kraft bei der Aufklärung.

Im Schatten der Geschichte: DIE LINKE und die Aufarbeitung der Vergangenheit

Die LINKE setzt sich intensiv mit der Nazivergangenheit früherer hessischer Abgeordneter auseinander. In ihren parlamentarischen Bemühungen deckt die Fraktion Versäumnisse auf, die von den Herrschenden gerne verschwiegen werden würden. Durch ihre konsequente Arbeit trägt DIE LINKE dazu bei, dass die Geschichte nicht vergessen wird und dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

„Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen“ (Esther Bejarano)

Ein weiterer Fokus der politischen Arbeit der LINKEN liegt auf der Aufdeckung rechter Netzwerke innerhalb der Polizei und anderer Sicherheitsdienste. Unter dem Sichtwort „NSU 2.0“ wurde bekannt, dass in rechten Chatgruppen Frankfurter und Wiesbadener Polizeireviere übelste Nazi-propaganda, Antisemitismus und Ausländerhass an der Tagesordnung war. Es waren genau die Reviere, aus denen Daten von Betroffenen unberechtigt abgefragt wurden, die sich öffentlich gegen Rassismus, Antisemitismus, für Flüchtlinge und Migranten engagierten, meist Frauen, oft Menschen mit Migrationsbiografie. Die Betroffenen erhielten über E-Mail, SMS oder Fax mehr als 170 Todesdrohungen.

Es verging kaum eine Innenausschusssitzung, in der nicht über die Aufdeckung weitere Verstrickungen und neue Verdachtsfälle berichtet wurde. 2021 wurde wegen rechtsextremer Gesinnung sogar das gesamte Frankfurter SEK aufgelöst. Ohne die hartnäckigen Nachfragen, Dringende Berichtsanhträge und Kleine Anfragen, hätten viele Polizeiskandale und das Versagen des Innenministers nie das Licht der Welt erblickt.





Parlamentarische Arbeit als Schlüssel zur Aufklärung

In den zahlreichen Innenausschusssitzungen des Landtags wurde immer wieder über die Enthüllung weiterer Verstrickungen und neuer Verdachtsfälle berichtet. Ein besonders drastischer Fall war die Auflösung des gesamten Frankfurter SEK im Jahr 2021 aufgrund rechtsextremer Gesinnung. Ohne die hartnäckigen Nachfragen, Dringenden Berichtsanträge und Kleinen Anfragen der LINKEN wären viele Polizeiskandale und das Versagen des Innenministers möglicherweise im Dunkeln geblieben.

Im Parlament und auf der Straße: DIE LINKE als verlässlicher Partner

Neben der parlamentarischen Arbeit ist DIE LINKE auch auf der Straße ein verlässlicher Partner von antifaschistischen Initiativen und Verbänden. Mit parlamentarischen Beobachter*innen unterstützt die Partei Demonstrationen und Blockaden, schafft Öffentlichkeit und organisiert Veranstaltungen in der Fläche. Durch diese Kombination aus parlamentarischer und

außerparlamentarischer Arbeit setzt sich DIE LINKE konsequent für eine antifaschistische Gesellschaft ein.

Ein unerfüllter Wunsch: Der 8. Mai als Feiertag

Trotz aller Erfolge bedauert DIE LINKE, dass der Wunsch von Esther Bejarano, den 8. Mai als Feiertag zu erklären, bisher nicht erfüllt werden konnte. Die Partei bleibt jedoch entschlossen, weiterhin für eine gerechte und antifaschistische Gesellschaft einzutreten.

Insgesamt zeigt sich, dass DIE LINKE im Hessischen Landtag nicht nur Wortführer im Kampf gegen rechte Strukturen, sondern auch aktiv an der Aufklärung von Missständen beteiligt war. Ihr Engagement erstreckt sich von der Parlamentsarbeit bis hin zur Unterstützung von Basisinitiativen und verdeutlicht die Notwendigkeit einer vielseitigen und konsequenten antifaschistischen Politik.

Für soziale Teilhabe – gegen Armut

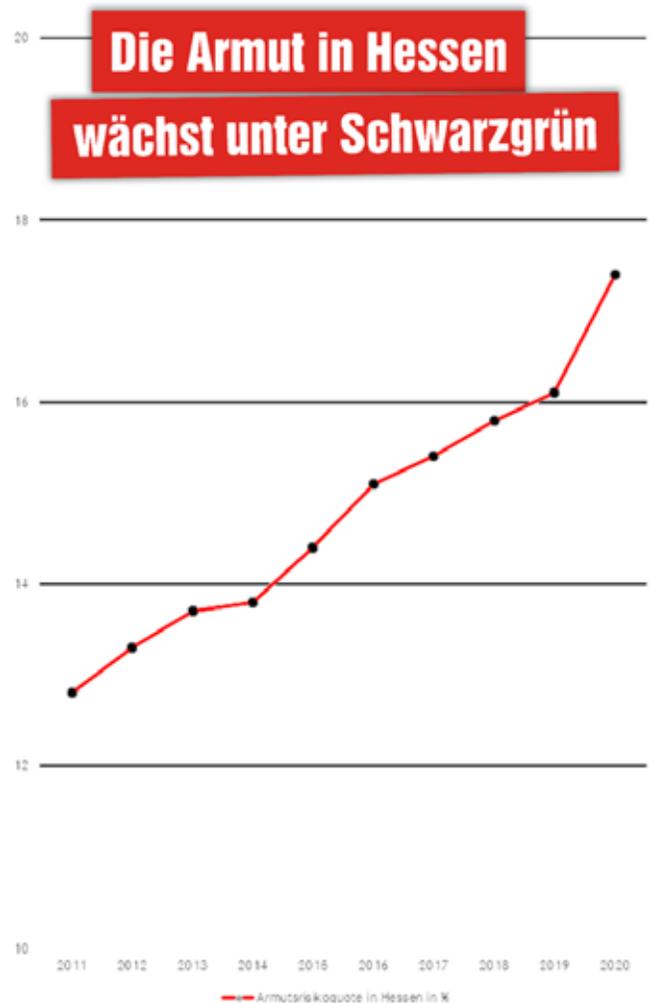
Schwarzgrün hat in knapp zehn Jahren dafür gesorgt, dass Hessen von Platz 3 bei den Armutsquoten auf Platz 11 gerutscht ist. 2021 liegt die Armutsquote bei 18,3%. Fast jedes fünfte Kind und mehr als 30 % der weiblichen Jugendlichen gelten als arm.

Die Hälfte der Hessinnen und Hessen verfügt zusammen über 6 Prozent des Vermögens, die andere Seite der Medaille sind die 10 Prozent der Menschen, die über 49 Prozent des Vermögens verfügen. 45 Prozent der Alleinerziehenden-Haushalte sind von Armut betroffen.

Aus der niedrigsten Einkommensgruppe sterben etwa doppelt so viele Menschen vor Vollendung des 65. Lebensjahres als in der höchsten Einkommensgruppe. Miete und Nebenkosten belasten Haushalte von erwerbslosen Menschen mit fast der Hälfte des Einkommens, während es im Durchschnitt etwa 30 Prozent sind.

Die Landtagsfraktion hat innerhalb von etwas mehr als einer Woche 28 Aktionsstände in 26 Orten durchgeführt. Wir waren in fast allen hessischen Kreisen und Städten und haben dort das Gespräch zum Thema Armut, ihren Ursachen und die Möglichkeiten der Bekämpfung gesprochen. Wir haben gehört, dass sich viele Menschen viele Gedanken dazu machen, wie es in diesem Land weitergeht.

Es braucht eine treibende Kraft, die einkommensschwache und armutsbetroffene Menschen nicht nur mitdenkt, sondern sich auch dafür stark macht Armut perspektivisch abzuschaffen.



Thema Armut hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt

Hanau – Bei ihrer Bustour durch Hessen gegen die sich ausbreitende Armut und für soziale Teilhabe machte die Linksfraktion im hessischen Landtag nun auch in Hanau Station. Am Infostand beteiligte sich auch der Kreisverband der Linken.

Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Petra Heimer standen die Hanauer Direktkandidatin Emine Pektas und der Direktkandidat des Wahlkreis 40, Matthias

Okon, den interessierten Bürgern am Hanauer Marktplatz Rede und Antwort.

Der Kreisvorsitzende Thomas Maurer resümierte: „Wir haben viele tolle Gespräche führen dürfen und festgestellt, dass eine starke Linke den Bedürfnissen vieler Menschen entspricht. Die vergangenen anderthalb Jahre haben zu großen Verwerfungen geführt, die Menschen leiden unter der Inflation und wünschen sich eine politi-

sche Kraft, die sich tatsächlich für ihre Interessen einsetzt.“

Gemeinsam mit dem Stadtverordneten Jochen Dohn besuchten Heimer, Pektas und Okon auch den Verein Lichtblick, der sich zentral mit der Versorgung wohnungsloser Menschen befasst und unter anderem die Tafel in Hanau unterhält. Beim gemeinsamen Austausch mit dem stellvertretenden Geschäftsführer Jörg Mair stand ebenfalls das Thema Armut im Mittelpunkt.

Mair und Okon waren sich einig, dass Armutsprävention in Form guter frühkindlicher Bildung ein Schlüssel zur zukünftigen Verbesserung der Lebensbedingungen vieler Menschen sein kann.

Emine Pektas zeigt sich beeindruckt von der von Lichtblick geleisteten Arbeit und dankte Jörg Mair und dem gesamten Lichtblickteam für ihre Arbeit.



Linken-Politiker aus Land, Kreis und Stadt statten der Hanauer Tafel einen Besuch ab.

FOTO: PM

upri



In Aktion

Widerstand gegen das „Versammlungsfreiheitsgesetz“

DIE LINKE hat sich im Hessischen Landtag von Beginn an unermüdlich für den Schutz der Grundrechte eingesetzt. Insbesondere die Versammlungsfreiheit stand in den vergangenen Jahren immer wieder unter Druck und DIE LINKE hielt im Parlament und auf der Straße dagegen. Eine rechtliche Zäsur stellte die Verabschiedung eines Hessischen Versammlungsfreiheitsgesetzes Anfang 2023 dar. Schon im Gesetzgebungsverfahren wurde klar: Die weitreichenden Einschränkungen und Eingriffsmöglichkeiten für die Polizei, die in dem Gesetz vorgesehen sind, sind nicht mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit vereinbar. Insbesondere wurde verkannt, dass nach der Hessischen Verfassung Einschränkungen der Versammlungsfreiheit nur in ganz engem Rahmen möglich sind. Das Gesetz geht weit darüber hinaus. Aber selbst wenn man den Maßstab von Artikel 8 des Grundgesetzes

anlegt, sind weite Teile des Gesetzes verfassungswidrig. Beispielhaft sind die weitreichenden Pflichten der Versammlungsleitung zu Anzeige und Datenerhebung genannt. Oder auch die weitreichenden Möglichkeiten der Anwesenheit der Polizeibehörden, von Bild- und Tonaufnahmen oder von Verbot und Auflösung.

Dies wurde von den Regierungsfractionen ignoriert und das Gesetz trotz der Warnungen in der Anhörung zum Gesetzgebungsverfahren verabschiedet. Für die LINKE im Hessischen Landtag war klar, dass wir alles dafür tun werden um diese verfassungswidrige Rechtslage zu beenden. Wir haben im Sommer 2022 gegen das Gesetz eine Klage eingereicht beim Hessischen Staatsgerichtshof. Das Verfahren läuft derzeit noch. Wir sind überzeugt, dass das Gesetz aufgehoben wird.



Uniklinikum Gießen und Marburg: Privatisierung rückgängig machen!

Das landeseigene Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) wurde 2006 von einer CDU-Landesregierung unter Roland Koch an einen privaten Krankenhauskonzern verkauft. Seitdem haben sich die Bedingungen für die Patientenversorgung und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie die Situation von Forschung und Lehre verschlechtert.

Viele Privatisierungsversprechen lösten sich schnell in Luft auf. Seit der Privatisierung reißen die Proteste in Mittelhessen gegen die Zustände am UKGM nicht ab. DIE LINKE hat Beschäftigte sowie Patientinnen und Patienten innerhalb und außerhalb des Landtags nach Kräften unterstützt und immer wieder die Rückführung des Klinikums in öffentliches Eigentum gefordert.

Ein wissenschaftliches Gutachten der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, der Gewerkschaft ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat belegt: Eine Vergesellschaftung auf der Basis des Grundgesetzes ist möglich. Ein landeseigenes Klinikum bietet die besten Voraussetzungen, um gute Arbeitsbedingungen, qualitativ hochwertige Forschung und Lehre und eine optimale Patientenversorgung zu garantieren.



In Aktion

Für Frieden und Abrüstung

DIE LINKE ist eine Antikriegspartei. Als einzige der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien steht sie konsequent zu dem Bekenntnis in Art. 69 der Hessischen Verfassung: „Der Krieg ist geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Deshalb kämpft DIE LINKE auch dagegen, dass an hessischen Schulen und auf Ausbildungsmessen Jugendoffiziere der Bundeswehr für Kriegseinsätze werben dürfen – als Alternative zu fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem Hessentag und das Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“. An hessischen Hochschulen sollte nur Forschung erfolgen, die zivilen Zwecken und damit dem Wohl der Menschen dient (Zivilklausel). Vom hessischen Boden geht auch dadurch Krieg aus, dass hier Waffen zur Lieferung in alle Welt hergestellt werden. Wir wollen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit dem die Produktion in den betroffenen Betrieben auf zivile Güter umgestellt wird,

damit die dort Beschäftigten ihre Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern an diesen Arbeitsplätzen auch eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ausüben.

Angesichts der aktuellen Kriege und drohenden Kriegsgefahren sehen wir in den Ostermärschen einen wichtigen Beitrag, um mehr Menschen für eine friedliche Politik zu mobilisieren. Wir rufen dazu auf, sich aktiv in die Vorbereitung der hessischen Ostermärsche einzubringen und an den Ostertagen ein deutliches Zeichen gegen Krieg und Militarisierung zu setzen.

Auch die Veranstaltung mehrerer friedenspolitischer Konferenzen im Landtag stärkt diesen unverrückbaren „Markenkern“ der LINKEN.





Rüstungsatlas Hessen

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



Solidarisch mit Streikenden und sozialen Kämpfen

DIE LINKE ist eine Partei an der Seite der sozialen Bewegungen. Es entspricht nicht unserem Politikverständnis, dass Fortschritte primär in den Parlamenten erstritten werden.

Daher stehen wir solidarisch an der Seite der Menschen, die sich für Verbesserungen einsetzen und für ihre Rechte auf die Straße gehen. Ob bei Streiks oder Großdemonstrationen: Wir unterstützen die Menschen, die für eine Verbesserung ihrer Lebenssituati-

onen und für eine gerechtere und solidarischere Welt auf die Straße gehen. Gleichzeitig versuchen wir auch stets, deren Anliegen in das Parlament zu tragen.

Wir stehen für eine gerechte Entlohnung, faire Arbeitsbedingungen und eine Umverteilung von Oben nach Unten. Wir machen Politik für Bürgerinnen und Bürger, nicht für Großkonzerne.

Solidarisch an eurer Seite!





Bildungsproteste

„Zeit für mehr Zeit – Bildungswende jetzt!“

Hinter diesem Aufruf standen viele unserer Bündnispartner wie die Schülerinnen- und Elternvertretungen, Lehrkräfte und natürlich auch die Gewerkschaften. DIE LINKE hat dafür im Bund und Land mobilisiert. In Hessen gingen am 20. September 2023 zahlreiche Akteure dafür protestieren, die Bildungsmisere im Land zu beenden. Dies war der Auftakt zu bundesweiten Streiks am 23. September, die unter anderem die dringend notwendige Großinvestition in Bildung, die Abschaffung der Ziffernoten und eine echte Fachkräfteoﬀensive forderten.

A 13 für Alle

Neben vielen parlamentarischen Aktivitäten war der Kampf für eine gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte nach A 13 ein jahrelanger Protestakt – sowohl auf dem parlamentarischen Papiere als auch auf den Straßen. Beispielsweise begleiteten wir 2022 ein Jahr

lang die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft monatlich initiierten Demonstrationen einmal quer durch Hessen. Völlig unverständlich ist nach wie vor, dass Grundschullehrkräfte schlechter bezahlt werden als die Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen. Und gerade an den Grundschulen ist der Lehrkräftemangel am höchsten, etwas, was sich durch den 2026 einsetzenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz noch verstärken wird. Er kämpfen könnten wir eine kleine Verbesserung, nämlich die Anpassung der Besoldung gestreckt auf fünf Jahre. Das dauert natürlich gerade in Zeiten der Inflation viel zu lange. Wir werden unsere Forderung, die Lehrerinnen und Lehrer sofort gerecht zu bezahlen daher auch weiter mit aller Unterstützung aufrechterhalten.





In Aktion

Lautstark gegen Abschiebungen

Abschiebungen, gerade in Kriegsgebiete, haben in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Dagegen setzt sich DIE LINKE lautstark ein.

Unser Ziel bleibt eine bundesweit wirksame Bleiberechtsregelung und eine stichtagsunabhängige Alt-fallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge und Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus, damit Menschen, die seit vielen Jahren bei uns mit einer sogenannten Duldung leben, eine faire Chance für einen dauerhaften Aufenthalt bekommen.

Solange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repres-

siven Asylpolitik gegen die Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung.

In Zeiten des zunehmenden Rechtsrucks, der Asylrechtsverschärfungen und der Abschottungspolitik ist es umso wichtiger eine Kraft zu haben, die sich bedingungslos für Menschenrechte und Humanität einsetzt. Nicht so wie die Grünen, die zwar „Bauchschmerzen“ bei der Verschärfung des Asylrechts haben und dennoch mitziehen...



Anti-AKW, Umwelt- und Naturschutz

Beim Kampf für die Abschaltung des Atomkraftwerks in Biblis, für die Energiewende und Klimaschutz oder für eine umweltverträgliche Produktion im nordhessischen Kalirevier: DIE LINKE steht an der Seite der Naturschützer und Umweltbewegten, wenn es darum geht, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Eine herausragende Rolle spielt in der Landespolitik auch die Forstwirtschaft und der Lebensraum Wald. DIE LINKE fordert die flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus.

DIE LINKE nimmt regelmäßig an Demonstrationen und Kundgebungen zum Klimaschutz teil. Als parlamentarische Beobachter waren wir bei der Räumung des Fechenheimer Waldes dabei. Auch die zunehmende Belastung von PFAS-Chemikalien im Grundwasser kritisierten wir im Hessischen Landtag stark. Der Dannenröder Forst, der Bau der A 49 und die Trinkwasserverschmutzung in der Wasserschutzzone II waren in unserer Zeit im Landtag besonders dominant. Wir bleiben weiterhin im ständigen Austausch mit Bürgerinitiativen.



In Aktion

Tiere

Tiere sind in unserer Gesellschaft als ‚Produktionsfaktor‘ der Ausbeutung und Quälerei durch Wirtschaft und Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden. Im Gegenteil: Tiere sind generell als fühlende Wesen zu behandeln. Ihnen stehen Rechte auf Unversehrtheit und angemessenen Umgang zu.

Dies gilt auch für die mehr als 23 Mio. Haustiere, die teilweise unter qualvollen Umständen leben, weil kein Gesetz sie schützt. Deshalb unterstützt DIE LINKE Tierschutzorganisationen in ihren Forderungen nach einem ‚Heimtierschutzgesetz‘. DIE LINKE will die

Massentierhaltung verbieten, Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren stärker auf das Tierwohl ausrichten und den Antibiotikaeinsatz in der Tierzucht deutlich reduzieren.

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag veranstaltete Tiertagungen, vernetzte sich erfolgreich mit Menschen aus den Tierschutz- und Tierrechtsbewegungen und lieferte wertvolle Beratung für die Arbeit im Parlament. Mit „Ärzte gegen Tierversuche“ setzten wir uns für ein Ende von Affenhirnforschungen in Hessen ein und brachten im Landtag einen umfassenden Antrag zur Abschaffung aller Tierversuche ein.

Mensch-Tier-Verhältnis: Von der Ausbeutung zum Respekt?

2^{te} Tiertagung der Fraktion DIE LINKE.
im Hessischen Landtag Wiesbaden
1. Oktober 2016 (ganztagig)



U.S.G.P. - www.vonDyren | Schöpfer: 1-3 | 60533 Wiesbaden | Kolibri-Henna-Herdt

linksfraktion-hessen.de twitter.com/LinkeLTGHessen facebook.com/linksfraktion.hessen



Christopher Street Day

DIE LINKE setzt sich für die rechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen ein. Menschen, die anders als die gesellschaftliche Norm leben oder lieben, müssen vor Diskriminierung geschützt werden. Zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung von queeren eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern.

Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten (z.B. gegenseitige Unterhaltspflichten) gleichgestellt, die eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner werden aber in vielen Bereichen, etwa

im Steuerrecht im Adoptionsrecht und in der Sozialversicherung weiter benachteiligt. Außerdem setzen wir uns für die Rechte von trans*, inter- und nichtbinären Menschen ein.

Für den Abbau dieser Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen setzt DIE LINKE sich ein, im Hessischen Landtag und auf den Christopher-Street-Days in ganz Hessen.



Hessentag

Ein Klassiker im Jahreskalender der Fraktion war stets das Landesfest „Hessentag“, wo die Landtagsfraktionen sich zwischen Fressbuden, Verkaufsmesse und Trachtenschauen vorstellen dürfen. Dabei ergab sich häufig ein etwas anderes Gespräch über Politik an unserem Infostand oder in der obligatorischen öffentlichen Fraktionssitzung. Außerdem ergibt sich in dieser Woche oft ein Austausch mit anderen anwesenden Verbänden und Institutionen - oder auch dem jeweiligen „Hessentagspaar“.



Danksagung - Ein Ausblick

Wir möchten uns bei allen Beschäftigten der Landtagsfraktion und in den Wahlkreisbüros bedanken, ohne die unsere parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Wir haben uns immer als gemeinsames politisches Projekt verstanden und mit vielen Höhen und Tiefen am Ende immer zusammengehalten.

Danken möchten wir auch den ehemaligen Abgeordneten und dem Landesverband der Linken, dessen Beschlüsse für uns politische Leitlinien waren und mit dem wir solidarisch und freundschaftlich zusammengearbeitet haben.

Unser Dank gilt zudem unseren zahlreichen außerparlamentarischen Bündnispartnerinnen und -partnern, deren Anliegen wir gern in den Landtag getragen haben und mit denen wir auf der Straße solidarisch Seite an Seite für ein sozialeres, ökologischeres, demokratischeres und friedlicheres Hessen gekämpft haben.

Mit der neuen Legislatur des Hessischen Landtages endet nun leider unser gemeinsamer parlamentarischer Kampf – vorerst. Denn Eines steht fest: wir kommen wieder!

Und bis dahin werden wir außerparlamentarisch aktiv bleiben, werden alte Bündnisse pflegen und neue schmieden, werden gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft kämpfen und die Stimme der außerparlamentarischen Opposition gegen die hessische GroKo sein.

Dafür haben wir gute Voraussetzungen! Als Linke stellen wir uns neu auf. Seit der Landtagswahl haben wir im Landesverband über 200 neue Mitglieder dazugewinnen können – das macht Mut. Mit Landesarbeitsgemeinschaften werden wir die im Landtag geleistete Arbeit ehrenamtlich fortführen und den ländlichen Raum noch mehr in den Blick nehmen.

Darüber hinaus bleiben wir auch in den sozialen Netzwerken als kritische Beobachterin und Kommentatorin des politischen und gesellschaftlichen Geschehens in Hessen aktiv und wahrnehmbar. Angesichts der enormen sozialen Spaltung der Gesellschaft, der Militarisierung, des Rassismus und des Sozialchauvinismus braucht es dringend linke Gegenerzählungen und gesellschaftliche Kräfte, die sich mit diesen Zuständen niemals abfinden werden. **Wir machen weiter – versprochen!**







WELT N24

POLITIK HESSEN-WAHL

Kochs schlimmster Alptraum kommt von links

Von Thomas Delekat |
Veröffentlicht am 24.01.2008 |
Lesedauer: 6 Minuten



